RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

146

Wien, am 2.Mai 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche hält am Freitag um 17 Uhr der Wiener Gemeinderat eine Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Widmung einer Ehrennische im Krematorium für Kammersänger Erik Schmedes

In Würdigung der grossen künstlerischen Bedeutung des am 21. März verstorbenen Kammersängers Erik Schmedes und in Anerkennung der Verdienste des Verstorbenen um das Wiener Musikleben hat der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Fürsorge in seiner letzten Sitzung im Einverständnis mit Bürgermeister Seitz beschlossen, zur Bestattung der Asche des verstorbenen Künstlers eine Ehrennische im Wiener Krematorium zu widmen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Vergrösserung der Feuerhalle der Stadt Wien.

Da die Zahl der Einäscherungen in Wien ständig zunimmt, sind die Aufbahrungen in der Feuerhalle der Stadt Wien so zahlreich geworden, dass die vorhandenen Aufbahrungsräume nicht mehr ausreichen. Schon vor einigen Jahren mussten die Aufbahrungsräume vergrössert und sämtliche Kanzleien und Warteräume im Erdgeschoss der Feuerhalle in Aufbahrungsräume umgewandelt werden. Auch diese Erweiterungsbauten haben sich schliesslich als unzulänglich erwiesen. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat daher in seiner letzten Sitzung den Anbau von acht Aufbahrungsnischen an den bestehenden Aufbahrungsraum in der Feuerhalle der Stadt Wien beschlossen. Im Untergeschoss des Zubaues sollen Aufenthaltsräume für die Bediensteten und Depoträume für Werkzeug und Geräte geschaffen werden. Da die geplanten Zubauten nur die Höhe des Erdgeschosses erreichen und grösstenteils durch Arkaden abgedeckt werden, werden sie vom Ehrenhofe und von der Hauptzufahrt der Feuerhalle fast überhaupt nicht sichtbar sein. Der architektonische Gesamteindruck der Feuerhalle wird daher durch die Zubauten nicht gestört. Die neuen Aufbahrungsnischen sollen mit Glasvitrinen und Lüftungsanlagen versehen werden, wie das in anderen Leichenhallen der Stadt Wien üblich ist. Die Kosten der Zubauten und der Einrichtung der neuen Räume werden ungefähr 120.000 Schilling betragen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling.

Die Bezirksvertretung Meidling hält am Donnerstag, den 7. Mai, um 18 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

333

-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 2. Mai 1931.

Erweiterung der Besuchszeiten im Historischen Museum der Stadt Wien.

Im Historische Museum der Stadt Wien im Rathaus werden von heute, Samstag, an die Besuchszeiten bedeutend erweitert. Das Museum wird künftig Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonntag von 9 Uhr bis 13 Uhr, Samstag von 15 Uhr bis 19 Uhr geöffnet sein. Die Erweiterung der Besuchszeiten erfolgt nicht nur im Interesse der Wien besuchenden Fremden, sondern auch im Interesse der Wiener Schulen und der Arbeiter-und Angestelltenkreise, die wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben haben, die Sammlungen der Stadt Wien auch in den Nachmittagsstunden besichtigen zu können. Der Eintritt in das Museum ist unentgeltlich.

-.-.-.-.-.-.-

Aenderung der Besuchszeiten im Römischen Museum der Stadt Wien.

Im Römischen Museum der Stadt Wien, Rainergasse 13, werden die Besuchszeiten dahin abgeändert, dass das Museum statt Montag und Mittwoch von heute, Samstag, an Dienstag und Donnerstag von 9 Uhr bis 13 Uhr und Samstag von 15 Uhr bis 19 Uhr besichtigt werden kann. Der Eintritt ist unentgeltlich.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wettbewerb der Gemeinde Wien für einen Autoglasleichenwagen.

An dem Wettbewerb, der von der Wiener städtischen Leichenbestattung zur Erlangung von Entwürfen für die Krosserie eines Autoglasleichenwagens veranstaltet wurde, beteiligten sich 45 Bewerber, die zusammen 65 Projekte einreichten. Das Preisgericht unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Emmerling verlieh den ersten Preis im Betrage von 1000 Schilling dem Entwurf des Architekten Oswald Haerdtl, den zweiten Preis im Betrage von 600 Schillingdem Entwurf der Architekten Max Nouper und Josef Hawranek und den dritten Preis im Betrage von 400 Schilling dem Entwurf der Architekten Hans Gassner, Heinz Infeld und Ingenieur Erwin Pock. Ausserdem wurden sieben belobende Anerkennungen ausgesprochen. Die Entwürfe werden im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, Neues Rathaus, ausgestellt und können dort in der Zeit vom 3. bis 17. Mai während der gewöhnlichen Besuchsstunden des Museums besichtigt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

In diesen Tagen feierten die Ehepaare Hermann und Antonia Maurüber, Adolf und Marie Neuwirth und Lorenz und Therese Rieder das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

334

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

147

Wien, am 4. Mai 1931.

Die Gemeinde Wien widmet eine Grabstätte für den Schauspieler Sebastian Stelzer.

Im Jahre 1892 ist der seinerzeit überaus populäre Charakterdarsteller und Komiker Sebastian Stelzer gestorben. Die Witwe des Künstlers hat nun an die Gemeinde Wien die Bitte gerichtet, die Grabstätte ihres Gatten im Wiener Zentralfriedhof ehrenhalber auf die Dauer des Friedhofsbestandes zu widmen und die Ausschmückung der Grabstätte dauernd zu übernehmen. In Anerkennung der Verdienste des Verstorbenen, der oft Partner Alexander Girardi's war, hat der zuständige Gemeinderatsausschuss in seiner letzten Sitzung dem Ansuchen der Frau Karoline Stelzer entsprochen und in Würdigung der künstlerischen Bedeutung des verstorbenen Schauspielers beschlossen, die Grabstätte Stelzer's auf dem Zentralfriedhofe ehrenhalber kostenlos auf die Dauer des Friedhofsbestandes zu widmen und für die Ausschmückung und Pflege der Grabstätte zu sorgen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Schülerreisen nach Wien.

In der Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates haben im Laufe der vergangenen Woche 701 Schüler Quartier genommen, die zumeist aus den Bundesländern nach Wien gekommen waren, um die Bundeshauptstadt kennenzulernen. Es waren Volksschüler, Hauptschüler, Fortbildungsschüler, Handelsakademiker, Mittelschüler und Haushaltungsschülerinnen, die meist einige Tage in Wien verbracht und die Stadt und ihre Umgebung eingehend besichtigt haben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Simmering.

Die Bezirksvertretung Simmering hält am Mittwoch, den 6. Mai, um 15 Uhr 30 eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau hält am Freitag, den 8. Mai, um 18 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Gebühren für die Vieh- und Fleischbeschau.

Für die Zeit vom 1. bis 31. Mai wurde die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch mit 1'48 Schilling festgesetzt. Die gleiche Grundgebühr gilt für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffstation ein- und ausgeladen werden.

335

-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

148

Wien, am 5. Mai 1931.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung berichtet über das vergangene Vierteljahr.

Fast 13.000 Wohnungssuchende vorgemerkt.-4648 wohnungsbedürftige Personen in einem Vierteljahr untergebracht.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung, die auch die Aufgabe hat, die Wohnungsbedürftigen in Evidenz zu halten und, soweit das möglich ist, ihnen Wohnungen zuzuweisen, hatte in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres, wie aus dem eben vorgelegten Berichte hervorgeht, wieder ganz bedeutende Arbeit zu leisten. Wie sehr die Zahl der wohnungsbedürftigen Personen in Wien ansteigt, kann man ermessen, wenn man erfährt, dass heuer im ersten Vierteljahr 2928 Eheschliessungen stattgefunden haben, dass also 2928 neue Haushaltungen gegründet worden sind. Aber nicht nur die Gründung neuer Haushaltungen steigert die Zahl der Wohnungssuchenden, der wohnungsbedürftigen Menschen in der Grosstadt. Viele, die eine Wohnung haben, müssen sie verlassen, weil sie gekündigt und delogiert wurden, weil die Wohnung unbewohnbar wird, weil sie überfüllt ist oder weil schwere Baugebrechen das weitere Verbleiben in der Wohnung unmöglich machen. Man könnte vielleicht glauben, dass die Zahl der Menschen, die ihre Wohnung verlieren, nicht allzu gross sei, wird aber bald eines Besseren belehrt, wenn man erfährt, dass in den Monaten Jänner, Februar und März allein bei den Wiener Bezirksgerichten 4491 Kündigungen eingebracht worden sind, von denen 3061 Hauptmieter und nur 1430 Untermieter betrafen. Sicher wird von diesen Kündigungen schliesslich nur ein Teil rechtswirksam; in vielen Fällen erweist es sich, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Kündigung nicht gegeben sind, dass insbesondere das Mietengesetz eine Kündigung nicht zulässt. Fast alle Gekündigten aber wenden sich sofort an die städtische Wohnhäuserverwaltung und suchen um Unterbringung in einer anderen Wohnung an, fürchten sie doch, ihr Obdach zu verlieren. So sind denn in den drei ersten Monaten des heurigen Jahres nicht weniger als 24.964 Wohnungsansuchen bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung, beim Wohnungsamte, wie die Wiener gern sagen, eingebracht worden, überdies auch noch 600 Ansuchen um Zuweisung von Geschäftslokalitäten. Am 1. Jänner 1931 waren bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung 11.334 wohnungssuchende und wohnungsbedürftige Personen vorgemerkt. Während in den Monaten Jänner, Februar und März 2.634 Parteien neu in Evidenz genommen werden mussten, konnten nur 1.371 Wohnungswerber von der städtischen Wohnhäuserverwaltung untergebracht werden. Da ausserdem in 227 Fällen festgestellt werden konnte, dass ein Wohnungsbedarf nicht mehr vorhanden sei, standen Ende März 1931 bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung 12.370 Wohnungssuchende in Evidenz. Es ist daher im

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II.Blatt

Wien, am 5. Mai 1931.

des heurigen Jahres die Zahl der vorgemerkten Parteien im ersten Vierteljahr um 1.036 gestiegen. Von den 1.371 Parteien, die die städtische Wohnhäuserverwaltung unterbringen konnte, waren 224 gerichtlich delogiert worden, 185 hatten ihre Wohnung wegen eines Baugebrechens oder wegen bevorstehender Demolierung des Hauses räumen müssen, in 235 Fällen war die Unbewohnbarkeit der bisherigen Wohnung amtlich festgestellt worden; in 291 Fällen war der Wohnungsbedarf wegen getrennten Haushaltes der Ehegatten und Untermiete in überfüllten Wohnungen und in 436 Fällen wegen allzuweiter Entfernung vom Arbeitsorte, wegen Ueberbelages der bisherigen Wohnung, aus beruflichen oder sonstigen Gründen eingetreten. Mit de Unterbringung der 1.371 Parteien haben 4.648 Personen, darunter 1.321 Kinder, ein neues, hygienisches Heim gefunden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ablenkung des Bahnhofrundverkehres.

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag und in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wird die Bahnhofrundlinie wegen Gleisarbeiten auf dem Praterstern über Wollzeilem Stubenring, Aspernplatz, Praterstrasse zur Nordbahnstrasse geleitet. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Simmering.

Morgen, Mittwoch, hält die Bezirksvertretung Simmering um 17 Uhr 30 eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-

50 Jahrfeier des österreichischen Vereines von Gas-und Wasserfachmännern

Die Jubiläumstagung des österreichischen Vereines von Gas- und Wasserfachmännern findet am 15. und 16. Mai im Festsaale des österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines, gemeinsam mit dem Bayrischen Verein von Gas- und Wasserfachmännern statt. Zahlreiche wichtige und zeitgemässe Vorträge über gas-und wasserfachliche Themen stehen auf der Tagesordnung. Es ist mit Rücksicht auf die Jubiläumstagung mit einem überaus zahlreichen Besuch aus Deutschland, aus Oesterreich und aus den Nachfolgestaaten zu rechnen.Aus Anlass des 50jährigen Bestandes wurde die Mai-Nummer der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Vereines als Festschrift herausgegeben. An der Festschrift haben namhafte und hervorragende Fachmänner mitgearbeitet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

149

Wien, am 6. Mai 1931.

Sitzung des Wiener Landtages.

Freitag, den 8. Mai, tritt um 16 Uhr 45 der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen.

-.-.-.-.-.-.-

Die diesjährige Kinderrettungswoche.

Neben einer Haussammlung eine Strassensammlung am 8. und 9. Mai.

Das Wiener Jugendhilfswerk veranstaltet auch heuer wieder eine Sammlung, die unter dem Namen "Kinderrettungswoche" bekannt ist. Die Gemeinde Wien, die Krankenkassen, Vereine ohne Unterschied der Parteirichtung, die Elternvereine und die Eltern selbst stellen Mittel zur Unterbringung von Kindern in Erholungsheimen zur Verfügung; diese Mittel reichen jedoch bei der grossen wirtschaftlichen Not nicht hin, um den zahlreichen unterernährten Kindern der Grosstadt durch einen Landaufenthalt körperliche Kräftigung und seelische Stärkung zu verschaffen.

Die Wiener Bevölkerung hat jedes Jahr grosses Interesse für das Wiener Jugendhilfswerk bekundet, hat doch die Kinderrettungswoche jährlich rund 200.000 Schilling ergeben. Dieses grosse Erträgnis ist aufgebracht worden, weil 45.000 Hauswarte und 6000 Fürsorgeräte, also mehr als 50.000 Menschen, die Auflage der Sammelbogen und die Einhebung der Spenden in den Häusern in selbstloser Weise besorgt haben.

Die bisherigen Leistungen des Wiener Jugendhilfswerkes rechtfertigen das Vertrauen der Bevölkerung: 241.525 Kinder verbrachten in den letzten zehn Jahren durch das Wiener Jugendhilfswerk 7,091.038 Verpflegstage auf dem Lande. Diese Leistung wird anschaulich, wenn man bedenkt, dass die Gesamtbevölkerung Oesterreichs weniger als 7,000.000 Einwohner beträgt. Mit den aufgewendeten Mitteln wäre das Wiener Jugendhilfswerk imstande gewesen, die gesamte Bevölkerung Oesterreichs einen Tag in einem Erholungsheime zu versorgen.

Die grössten dem Wiener Jugendhilfswerk angeschlossenen Organisationen sind der Allgemeine Verband für freiwillige Jugendfürsorge, der Karitasverband und der Deutsche Verband für Jugendwohlfahrt mit den zahlreichen diesen Verbänden angehörigen Vereinen, wie Lehrlingsfürsorge Aktion, Freie Schule Kinderfreunde, Frohe Kindheit, Societas, Kinderschutzstationen, Zentralstelle für jüdische Jugendfürsorge, evangelischer Zentralverein für innere Mission, Ferienhort für bedürftige Mittelschüler, österreichischer Pfadfinderbund, Pfadfinderkorps St. Georg, Landesverband Wien der Kriegsinvaliden, Reichsbund der Kriegsopfer Oesterreichs, Wirtschaftshilfe für Mittelschüler, Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mittelschülerheimen und viele andere mehr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 6. Mai 1931.

Die Verwaltung des Wiener Jugendhilfswerkes obliegt einem Kuratorium, dem Nationalrätin Amalie Seidel, Stadträtin Dr. Alma Motzko, Landtagspräsident Josef Hellmann und die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen Bock, Dr. Friedjung, Dr. Furtmüller, Glöckel, Hofbauer, Stöger und Waverka angehören. Vorsitzender des Kuratoriums ist Stadtrat Professor Dr. Tandler. Als Vertreter der Organisationen haben im Kuratorium Sekretärin Plan und Univ. Professor Dr. Julius Zappert für den Allgemeinen Verband für freiwillige Jugendfürsorge, Gemeinderat Dr. Franz Arnold, Präsident der Freien Kindheit, und Mathias Kowatsch für den Karitasverband, Sekretär Zvieger für den Verein Freie Schule-Kinderfreunde, Nationalrätin Amalie Seidel für den Verband Societas, Bezirksrätin Elvira Benesch für die Zentralorganisation der katholischen Frauen Sitz und Stimme.

Die diesjährige Sammlung der Kinderrettungswoche findet in den Häusern im Laufe des Monates Mai statt. Die Durchführung haben auch heuer wieder in dankenswerter Weise 45.000 Hauswarte und 6000 Fürsorgeräte übernommen. Ausserdem wird am 8. und 9. Mai eine Strassensammlung veranstaltet, bei der den Spendern Abzeichen eingehändigt werden. Viele Musikkapellen werden an diesen beiden Tagen durch die Strassen ziehen, um für die Kinderrettungswoche zu werben.

Gestützt auf die bisherigen Leistungen und die unparteiische Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel richtet das Wiener Jugendhilfswerk an die Wiener Bevölkerung die Bitte, durch zahlreiche Spenden der bedrängten Jugend zu helfen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eröffnung des Sonnen- und Luftbades im Amalienbad.

Wie bekannt, ist auf dem Dache des Amalienbades in Favoriten ein Sonnen- und Luftbad eingerichtet. Das Sommerbad verfügt über 200 Umkleidestellen und hat eine Männer-, eine Frauen- und eine Familienbadabteilung. Das Sonnen- und Luftbar wird für die heurige Badesaison morgen, Donnerstag, eröffnet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Keine Exkursionen in das Stadion.

Mit Rücksicht auf die termingerechte Fertigstellung des Wiener Stadions müssen über ausdrückliches Verlangen der Baufirmen, alle, auch bereits angemeldete und bewilligte Exkursionen in das Stadion bis auf weiteres unterbleiben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling.

Morgen, Donnerstag, tritt die Bezirksvertretung Meidling um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 150
KARL HONAY

Wien, am 7.Mai 1931.

Die Leichenhallen im Wiener Zentralfriedhof werden erweitert und ausgestaltet.

In der links vom Haupttor des Zentralfriedhofes gelegenen Leichenhalle reichen die Aufbahrungsnischen bei Leichenbegängnissen mit grosser Beteiligung nicht aus, um elle Leidtragenden zu fassen; die Leidtragenden müssen in solchen Fällen auf den Gängen stehen.Es sollen daher sechs Aufbahrungsnischen dieser Leichenhalle entsprechend vertieft werden.Gleichzeitig soll auch die ganze Halle neu ausgemalt werden. Die rechts vom Haupttor des Zentralfriedhofes gelegene Leichenhalle wird künftighin für die Aufbahrung von nichtinfektiösen Leichen verwendet werden. In dieser Halle werden die Räume neu ausgemalt und die Beleuchtung verstärkt werden;überdies soll der Mittelraum, den bisher die Leidtragenden nicht betreten durften, zu einer Trauerhalle umgewandelt und angemessen ausgestaltet werden. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat in seiner letzten Sitzung die geplante Ausgestaltung der Leichenhallen beschlossen und die notwendigen Kosten, die ungefähr 40.000 Schilling betragen, bewilligt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Neuerung im Autobusverkehr.

Zur Verbesserung des Verkehres auf der Autobuslinie 8 zwischen der Spitalgasse und der Erdbergstrasse (Rochuskirche) werden von Montag, den 11. Mai, an während der ganzen Betriebsdauer Autobusse mit dem Signal 18 geführt. Die Autobusse der Linie 18 fahren wie die der Linie 8 von der Spitalgasse über Alserstrasse-Schottengasse-Freyung-Bognergasse-Graben-Stephansplatz-Wollzeile- Landstrasse-Hauptstrasse bis zur Erdbergstrasse (Rochuskirche).

-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung des Wiener Landtages und des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Freitag, tritt um 16 Unr 45 der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen.

Anschliessend an die Landtagssitzung, um 17 Uhr,hält der Gemeinderat der Stadt Wien eine Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Musikkapellen spielen für die Kinderrettungswoche.

Zu Gunsten der Kinderrettungswoche veranstaltet die Musikkapelle der städtischen Feuerwehr morgen, Freitag, vormittags einen Musikumzug durch die Innere Stadt.

Uebermorgen, Samstag, veranstalten die Musikkapellen der städtischen Strassenbahner aus Rudolfsheim und Döbling, die Kapellen der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke und eine Reihe anderer Musikkapellen ebenfalls Werbeumzüge zu Gunsten der Sammlung "Kinderrettungswoche".

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Morgen, Freitag, findet um 6 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau statt.

340

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

151

Zweite Ausgabe.

Wien, am 7. Mai 1931.

Fahrzeitverkürzung und Fahrplanänderung bei der Wiener Stadtbahn.

Mit Beginn dieser Woche sind die Fahrzeiten auf den Linien der elektrischen Stadtbahn bis zu 3 Minuten in jeder Fahrtrichtung gekürzt worden. Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit einschliesslich der Haltestellenaufenthalte beträgt jetzt rund 25 Kilometer pro Stunde; sie ist um 20 Prozent grösser als früher beim Dampfbetrieb und auch grösser als die Reisegeschwondigkeit einzelner Schnellbahnen. Gleichzeitig mit dieser Verbesserung des Stadtbahnverkehres ist mit Rücksicht auf die ständig fallende Frequenz eine Einschränkung des Verkehres in den Abendstunden durchgeführt worden; in den dichtbefahrenen Strecken der Wiental-, Donaukanal- und Gürtellinie ist ab ½ 8 Uhr abends an Stelle des bisherigen Viermminutenintervalles eine Fünfminuten-Zugsfolge eingeführt worden.

WIENER STADTBIBLIOTHEK

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Professor Dr. Josef Hoffmann - Bürger der Stadt Wien.

Ueberreichung der Ernennungsurkunde.

In Vertretung des Bürgermeisters haben Senatsrat Dr. Trönle und Oberamtsrat Hansal dem Oberbaurat Professor Dr. Josef Hoffmann die Urkunde über seine Ernennung zum Bürger der Stadt Wien überbracht. Die Ueberreichung ist auf besonderen Wunsch Prof. Dr. Hoffmanns in einfacher Form in seinem Atelier erfolgt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

341

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 152
KARL HONAY
Wien, am 8. Mai 1931.

WIENER LANDTAG

Sitzung vom 8. Mai 1931.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 16 Uhr 45 die Sitzung.

Dem Haus liegt ein Antrag vor. Berichterstatter ist Abg. Schmid. Gegenstand des Antrages ist das Ersuchen des Bezirksgerichtes Fünfhaus um Zustimmung zur Verfolgung des Abg. Franz Haider wegen Uebertretung der Ehrenbeleidigung.

Abg. Haider hat in einer Versammlung des christlichsozialen Vereines Rudolfsheim, in der anlässlich des Wahl des Vereinsvorstandes eine Liste mit dem Privatankläger Dr. Kemptner als Obmann in Vorschlag gebracht wurde, gegen Dr. Kemptner Stellung genommen.

Abg. Haider wünscht seine Auslieferung. Das Immunitätskollegium hat in diesem Sinne entschieden.

Dem Antrag wird stattgegeben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und Präsident Dr. Danneberg schliesst um 16 Uhr 56 die Sitzung.

-.-.-.-.-.-.-.-

N-152 fehlt!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 153
KARL HONAY

Wien, am 8. Mai 1931.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 8. Mai 1931.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung.

Dem Gemeinderat liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:Die Lage auf dem Wiener Wohnungsmarkte ist noch immer sehr unbefriedigend. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat nach dem Berichte des Wohnungsamtes seit Dezember 1930 nicht nur keine Verringerung, sondern eine beträchtliche Vermehrung erfahren. Unter den Wohnungssuchenden befinden sich einige Hunderte, die zumeist durch Delogierung obdachlos geworden sind. Ein sehr beträchtlicher Teil der Wohnungssuchenden lebt in Wohnverhältnissen, die als absolut menschenunwürdig bezeichnet werden müssen. Alle diese bedauernswerten Menschen werden vom Wohnungsamte abgewiesen und immer wieder auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet mit dem Bemerken, dass dem Wohnungsamt freie Wohnungen nicht zur Verfügung stehen.Zur gleichen Zeit werden jedoch grosse für den Wohnbau bewilligte Summen für den Bau von Versammlungssälen verschwendet, nur um der sozialdemokratischen Parteiorganisation dienstbar zu sein. Besonders gebrandmarkt muss der Umstand werden, das durch das Wohnungsamt selbst auch Wohnungen in den vom Gemeinderat genehmigten Wohnhausbauten ihrer Bestimmung entzogen und sozialdemokratischen Parteizwecken zugeführt werden. In der Nummer des Fachblattes "Postgewerkschaft" vom 21. April 1931 steht auf Seite 83 als Mitteilung des Sekretariats des Internationale der Post-, Telegrafen- und Postangestellten zu lesen:"Durch Entgegenkommen der Gemeinde Wien wird das Sekretariat in neue geräumige, lichte, sonnige Räume eines Gemeindehauses übersiedeln. Die neue Adresse wird sein: Wien, XVIII., Gersthofer Strasse Nr. 75/77, I.Stiege. Die Uebersiedlung dürfte etwa in Monatsfrist erfolgen." Aehnliche Tatsachen liegen auch in anderen Wohnhausbauten vor, so z.B. ist im städtischen Wohnhausbau VIII., Wickenburggasse eine Wohnung der ersten österr. Krüppel- Arbeitsgemeinschaft für Sekretariatszwecke zugewiesen worden. Eine solche den Beschlüssen des Gemeinderates widersprechende Verwendung von Wohnungen in städtischen Wohnhausbauten ist nicht nur aus formalen Gründen absolut unzulässig, sie muss auch aufreizend auf alle jene wirken, die unter der Not an Wohnungen schwer zu leiden haben.

Es wird nun folgender Antrag gestellt:Der Gemeinderat wolle beschliessen: 1. Der Bürgermeister wird ersucht, unverzüglich feststellen zu lassen, welche Wohnräume in städtischen Gebäuden dem Wohnungszwecke entzogen erscheinen ; 2. der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe IV wird beauftragt, ungesäumt alle dem Wohnzwecke entzogenen Wohnungen in städtischen Wohnhausbauten ihrer widmungsgemässen Bestimmung wieder zuzuführen."

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II.Blatt

Wien, am 8.Mai 1931

GR.Holaubek (E.L.) stellt an den Bürgermeister eine Anfrage betreffend das Ansuchen um Ueberlassung eines Spielplatzes im Währingerpark an den christlich-deutschen Turnerbund Währing.

Ohne Debatte werden genehmigt der Neubau eines Hauptunratskanales in der Oberen Bahngasse- Hohlweggasse im III.Bezirk, der Neubau der Ratschkygasse, Rotenmühlgasse., Spittelbreitengasse im Bereich der Wohnhaus anlage Aichholzgasse im XII.Bezirk sowie Flächenwidmungs- und Bebauungspläne.

GR.Jenschik referiert an Stelle des verhinderten Berichterstatters GR.Schneider über den Neubau der Brockmanngasse,Hasenhutgasse zwischen Brockmanngasse und Schwenkgasse und der Schwenkgasse zwischen Hohenbergstrasse und Hasenhutgasse mit einem Kostenaufwand von S 6o.ooo.

GR.Müller (E.L.) verlangt dass auch die anderen in diesem Gebietsteil liegenden und durch die Errichtung von Wohnhausbauten stark mitgenommenen Strassen baldigst reguliert bezw. ausgebaut werden.Es handelt sich hier um Strassen, die früher in sehr gutem Zustand waren.Es sind das z.B. die Teile von der Tivoligasse bis zur Ratschkygasse bezw. die Rotenmühlengasse und Gatterholzgasse,die Schwenkgasse von der Hasenhutgasse bis zur Edelsinngasse, die Rolingergasse usw.In diesem Zusammenhang ersucht auch GR.Müller den von ihm seinerzeit gestellten Antrag auf Herstellung eines Steges von der Breitenfurterstrasse zur Edelsinngasse baldigst durchzuführen. Der Referentenantrag wird angenommen.

GR.Grünfeld berichtet über den Antrag, die Zubauten und Adaptierungsarbeiten der Feuerhalle mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von S 12o.ooo durchzuführen. Infolge der Zunahme der Einäscherungen haben sich die Aufbahrungen in der Feuerhalle so vermehrt, dass mit dem vorhandenen Aufbahrungsräumen das Auslangen nicht gefunden werden kann. Es sollen eigene Aufbahrungsnischen errichtet werden. Dadurch werden die Verhältnisse in der Feuerhalle ähnlich sein, wie in den anderen Leichenhallen.

GRtin Motzko (E.L.) bemerkt, es sei zunächst fraglich, ob in dem jetzigen Zeitpunkt, in dem allgemein Ersparungen gefordert werden, solche Auslagen überhaupt notwendig und gerechtfertigt sind. Seit dem Bestand der Feuerhalle wurden dort fortwährend Umbauten und Instandsetzungen grösseren Stils durchgeführt und man hat stark den Eindruck, dass die urspürngliche Herstellung der Anlage sehr flüchtig und überstürzt geschehen ist.Es wird eine starke Zunahme der Verbrennungsleichen ausgewiesen.Wenn man aber hinter die Kulissen schaut, weiss man auch warum. Der Verein "Flamme" wirkt mit einer ungeheuren Agitation für die Leichenverbrennung, namentlich dort wo Aussicht auf baldige Kundschaft besteht und wo die Leute leicht zu beeinflussen sind, wie z.B. in den Versorgungsanstalten der Stadt Wien. Uns interessiert auch,wieviel Gratisleichen im letzten Jahr der Feuerbestattung zugeführt wurden und mit welchem Aufwand die Gemeinde Wien bezw.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
III.Blatt
Wien, am 8.Mai 1931.

die Pflegeanstalten der Gemeinde dazu beigetragen haben.Es wäre sehr wünschenswert, wenn dem Teil der Bevölkerung, der für die Erdbestattung eingenommen ist, ein solches Entgegengekommen gezeigt werden würde, wie dem viel kleineren Kreise, der der Feuerbestattung anhängt.Die Gemeinde Kahlenbergerdorf bemüht sich z.B. schon sehr lange ohne Erfolg, eine Leichenhalle zu bekommen. Auch würde uns interessieren, woher die Reserven, die die Feuerhalle aufweist, kommen, da das Erdbegräbnis kaum kostspieliger sein kann, als die Feuerbestattung.Sind aber solche Reserven vorhanden, so könnte man sie an den Betrieb Friedhöfe abführen und die Ermässigung der Grabstellengebühren so ermöglichen. Zusammenfassend stellt die Rednerin fest, dass bei dem Betrieb "Feuerhalle" sehr viele Unklarheiten vorliegen.Solange hier nicht vollständige Aufklärung gegeben wird, sind wir, abgesehen von unserer grundsätzlichen Einstellung, nicht in der Lage, für solche Anträge zu stimmen(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR.Grünfeld (soz.dem) bemerkt auf die Ausführungen der GRtin Motz dass zur Zeit der Errichtung der Feuerhalle natürlich nicht vorausgesehen werden konnte, dass die Inanspruchnahme eine so grosse werden wird, wie die tatsächlich nun der Fall ist, und dass man deshalb nicht gleich eine grössere Feuerhalle bezw. grössere Aufbahrungsräume errichtet hat.Dass wir die Feuerhalle vor den Leichenhallen nicht begünstigen, geht aus der Tatsache hervor, dass in den letzten Jahren für Neubauten und Umgestaltungen von Leichenhallen 360.000 Schilling verwendet wurden.Im vorigen Jahre sind im ganzen 10 Einäscherungen gratis erfolgt, dagegen 3000 Erdbestattungen gratis erfolgt. Der Berichterstatter ersucht schliesslich den Referentenantrag anzunehmen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Es erfolgt sodann die Verhandlung uber den Dringlichkeitsantrag des GR.Kunschak.

GR.Kunschak (E.L.) erinnert in Begründung der Dringlichkeit seines Antrages daran, dass in der letzten Gemeinderatssitzung Stadtrat Weber die Mitteilung gemacht hat, er sei genötigt, sein am 18. Dezember gegebenes Versprechen zurückzunehmen, wonach die Pläne für den Bau von 6841 Wohnungen in den ersten Monaten dem Gemeinderat zur Genehmigung werden vorgelegt werden.Das bedeutet, dass der Wohnungsbau wesentlich eingeschränkt werden muss. Andererseits hat St.R.Weber im Wohnungsausschuss darüber berichtet, dass seit dem 18. Dezember 1930 sich der Stand der Wohnungssuchenden wieder vermehrt hat.Angesichts dieser beiden Tatsachen müsste bei der Bewirtschaftung der Wohnungen die grösste Oekonomie platzgreifen, dass heisst es, müssten vor allem diejenigen Wohnungssuchenden berücksichtigt werden, die die Wohnung am allerdringendsten brauchen.Da es die Aufgabe des Wohnungsamtes ist, Wohnungen zu vergeben, nicht aber Kanzleiräume, ist es selbstverständlich, dass die Vergebung von Kanzleiräumen den Interessen

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
IV. Blatt
Wien, am 8. Mai 1931.

der Wohnungssuchenden strikte widerstreitet. Ausserdem stellt der Gemeinderat bei jeder Baubewilligung die Widmung fast und noch niemals hat der Gemeinderat beschlossen, in städtischen Wohnhausbauten Büroräume zu errichten. Da solche Beschlüsse nicht vorliegen, ist es ganz ungeheuerlich, dass entgegen der ausdrücklichen Willensmeinung des Gemeinderates Wohnungen Bürozwecken für sozialdemokratische Organisationen zugeführt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

GR. Kunschak führt zum Meritum des Antrages aus: Wiederholt wurde schon im Gemeinderat darauf hingewiesen, dass Einbauten, die in den Gemeindwohnhausbauten mit der Begründung gemacht wurden, dass Tagräume für die Bewohner dieser Häuser, Zusammenkunftsorte für die Kinder oder Bibliotheken geschaffen werden sollen, dann sozialdemokratischen Parteiorganisationen zugewiesen wurden. Wie die Wahlen des Jahres 1930 und auch frühere Wahlen gezeigt haben, wurden in solchen Zusammenkunftsräumen Wählerversammlungen, Filmvorführungen für Wahlzwecke usw. veranstaltet, ja in diesen Einbauten wurden sozialdemokratische Parteisekretariate untergebracht. Fordert das an sich schon zur schärfsten Kritik heraus, so wird dieses Mass von Unzulässigkeit noch durch die Tatsache überstiegen, dass nun mehr auch Wohnräume für andere als Wohnzwecke zur Verwendung gelangen, dass in die vom Gemeinderat als Wohnräume bestimmten Räumlichkeiten Sekretariate sozialdemokratischer Parteiorganisationen untergebracht werden. Das Haus XVIII., Gersthoferstrasse 75-77, in das das Sekretariat der Internationale und der Post-, Telegrafenangestellten untergebracht werden soll, ist ein Gemeindneubau, und in dem vom Gemeinderat genehmigten Plänen dieses Baues ist von der Errichtung von Büroräumen mit keinem Wort die Rede. Das Sekretariat dieser Internationale hat wohl selbst das Gefühl gehabt, dass der Vorgang nicht normal sei, da es ausdrücklich feststellt, dass ihm diese Räume durch Entgegenkommen der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Wir konnten nicht ermitteln, ob für diese Zwecke nur eine Wohnung zur Verfügung gestellt wird oder ob gar mehrere Wohnungen. Eine andere Wohnung ist einer anderen sozialdemokratischen Organisaton in dem Neubau VIII., Wickenburggasse zugewiesen worden. Diese Unterbringungen stammen aus den letzten Tagen, es wurde mir aber seither gemeldet, dass auch in anderen Gemeindewohnungen Büroräume für ähnliche Zwecke vergeben worden sein sollen. Wir fragen, mit welchem formalen und moralischen Recht das städtische Wohnungsamt Wohnräume an sozialdemokratische Organisationen für Bürozwecke vergibt. Wenn der Gemeinderat beschliesst, dass Wohnungen gebaut werden sollen, haben die Wohnungen Wohnungen zu verbleiben, und wenn in keinem Wohnhausbau die Errichtung von Büroräumen beschlossen worden ist, hat niemand das Recht, in einem Wohnhausbau Büroräume unterzubringen. Es liegt hier also eine grobe Verletzung der Rechte und Hoheit des Wiener Gemeinderates vor, und wenn das auf den amtsführenden Stadtrat

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

Wien, am 8.Mai 1931.

zurückzuführen ist,ist hier das Delikt des Amtsmissbrauches klar und eindeutig gegeben(Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Auch die moralische Berechtigung hiezu hat der amtsführende Stadtrat nicht, denn er hat nur die eine Aufgabe, die Wohnungsnot zu bekämpfen, keine andere.Er weiss, dass es hunderte von obdachlosen Familien gibt,dass es genug Menschen gibt, die in Wohnungen leben, von welchen die Organe des Stadtphysikates erklärt haben,dass sie gesundheitsschädlich, ja gesundheitsmordend sind. Wenn trotzdem Wohnräume für Bürozwecke vergeben werden, so ist das eine Verletzung der primitivsten moralischen Begriffe, über die ein Mann in verantwortlicher Stellung doch unbedingt verfügen muss(GR.Jenschik :Was ist mit der Bundes-Wohnbauförderung für Pfarrhäuser?).Der amtsführende Stadtrat, der Bürgermeister und die Mehrheit mögen bedenken, wie aufreizend es wirken muss, auf die Leute, die stundenlang beim Wohnungsamt angestellt sind und immer wieder unverrichteter Dinge abziehen müssen, wenn sie hören, dass Wohnräume als Büroräume an sozialdemokratische Parteiorganisationen vergeben werden (GR.Jenschik : Es ist aufreizend,dass aus der Bundes-Wohnbauförderung Pfarrhäuser gebaut werden)Aus allen diesen Gründen ersuche ich den Gemeinderat, die von mir gestellten Anträge anzunehmen (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber :GR.Kunschak hat den Versuch unternommen, aus einem ganz klaren Sachverhalt eine grosse politische Angelegenheit zu machen. Er befindet sich mit seiner Kritik in einer sonderbaren Gesellschaft, in der Gesellschaft der "Freiheit". Denn das in seinem Dringlichkeitsantrag enthaltene Zitat ist der "Freiheit" wörtlich entnommen.Man weiss darum nicht, woher die "Freiheit" ihre Berichte bezieht bezw. ob nicht GR.Kunschak seine Informationen aus der "Freiheit" bezieht.Zur Sache selbst muss festgestellt werden,dass die Meinung des GR.Kunschak, es werde entgegen den Beschlüssen des Gemeinderates in den Neubauten Geschäftslokale, Büroräumlichkeiten,Ateliers und dergleichen eingebaut, absolut falsch ist.Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 27. Mai 1927 folgenden Beschluss gefasst: Die Gemeinde Wien wird in den nächsten fünf Jahren vom Jahre 1928 angefangen, durch Errichtung von Hoch- und Flachbauten jährlich 6000 Wohnungen, zusammen 30.000 Wohnungen, samt der entsprechenden Anzahl von Geschäftsräumlichkeiten, Werkstätten und den erforderlichen sozialen Einrichtungen zur Herstellung bringen(Stürmische Hört!Härtrufe bei der Mehrheit.-Rufe bei der Minderheit: Sind das Büroräume? GR.Kunschak hat nur von Büroräumlichkeiten gesprochen .-GR.Jenschik :Es kränkt Euch,dass das keine Pfarrhäuser sind!) Dieser Beschluss bedeutet eine in allen seinen Teilen der Verfassung durchaus entsprechende Ermächtigung an den Magistrat.Auf Grund dieser Ermächtigung werden die Projekte ausgearbeitet, jedes Projekt wird dem Ausschuss und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt und die Pläne werden jedesmal vor der Beschlussfassung aufgelegt.In den Plänen sind die Geschäftslokale eingezeichnet, sie sind auch in den Anträgen angeführt, es wird darüber

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
VI.Blatt
Wien, am 8.Mai 1931.

referiert und auf Grund dieser genauen Berichterstattung fasst der Gemeinderat seine Beschlüsse.Entsprechend diesen Beschlüssen wird dann gebaut.Es muss mit allem Nachdruck festgestellt werden,dass immer nur dem Projekt entsprechend die Wohnräume Wohnzwecken zugeführt werden.Die Mahnungen des GR. Kunschak an mich, ich möge Räumlichkeiten Wohnzwecken nicht entziehen, ist nicht am Platze, denn gerade ich bin geradezu verschrien als einer, der um jeden Quadratmeter , der für eine Wohnung gewonnen werden kann, ringt.Selbstverständlich werden auch in den Wohnhäusern den Projekten entsprechend Geschäftslokale und Ateliers eingebaut und diese Ateliers wurden in der überwiegenden Zahl der Fälle an Künstler, Photographen usw. für Arbeitsszwecke vergeben.Ein solches Atelier wurde auch in der Gerersthoferstrasse erbaut und zu Bürozwecken vermietet, weil es Wohnzwecken selbstverständlich nicht dienen kann(Lebhafte Hört!Hörtrufe bei der Mehrheit). In der Wickenburggasse ist die Krüppel-Arbeitsgemeinschaft untergebracht. Es ist das eine Gemeinschaft, die sich bemüht,für die allerärmsten der Armen, jene, die von Geburt aus krüppelhaft sind, Arbeiten zu erhalten und sie zu beschäftigen.Diese Gemeinschaft beschäftigt auch tatsächlich heute eine grössere Anzahl von Krüppeln.Sie erhielt dort im Souterrain ein Lokal, das für Werkstättenzwecke ausgezeichnet geeignet ist, für Wohnzwecke aber nicht in Betracht kommt.Zu diesem Lokal gehört auch ein Büroraum, der von der Gasse aus zugänglich ist, in der Grösse eines Einzelzimmers.Ist es wirklich ein Verbrechen,dass für diese aus serordentlich nützlichen Zwecke Räumlichkeiten zugewiesen wurden?(Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit) GR.Prinke (E.L.):Dagegen haben wir nichts einzuwenden.-Zwischenrufe).Dann hüten Sie sich aber, solche Verdächtigungen auszusprechen, ehe Sie sich überzeugen. Diese Reden werden ja hier offenbar nur zu dem Zweck vorgebracht, damit sie dann in einer Korrespondenz in die Provinz versendet werden können, wo man den Leuten zeigen will, wie die bösen Sozi wirtschaften.GR.Kunschak sollte sein gutes und weiches Herz im Nationalrat sprechen lassen. Sein Verhalten dort steht aber im schärfsten Widerspruch zu seinen heutigen Ausführungen.Er hat es hier sehr beklagt, dass eine so furchtbare Wohnungsnot besteht. Wir beklagen das mit ihm.Wir haben bisher eben infolge dieser grossen Wohnungsnot 45.000 Wohnungen erbaut und dem Wohnungsmarkt zugeführt.Wenn trotz des grossen Bevölkerungsrückganges daher noch eine Wohnungsnot besteht, ist das nur ein Beweis, wie schrecklich die Not war und wie fürchterlich es aussehen würde, wenn die Gemeinde nicht in so grossem Umfange gebaut hätte. GR.Kunschak hat gefordert, dass bei der Wohnungsvergebung die grösste Oekonomie walten möge.Wir sind selbstverständlich dafür.Nun entnimmt man dem Ihnen nahestehenden Blatt"Der österreichische Haus- und Grundbesitz", dass in Wien bereits mehrere tausende Wohnungen und

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

hunderte Geschäftslokale leerstehen. (Lebhafte Hört!Hörtrufe bei der Mehrheit). Das Blatt muss es wissen, und nach meiner Kenntnis kann ich diese Angaben nur bestätigen.Es gibt ungezählte leerstehende Wohnungen, die aber nicht an den Mann zu bringen sind, weil die Leute die Ablöse und Wohnungsmieten nicht bezahlen können.Wenn Sie immer von Oekonomie und Rationalisierung der Wohnungsbewirtschaftung sprechen, sorgen Sie bei Ihrer Regierung auch dafür, dass ein Wohnungsanforderungsgesetz geschaffen werde(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Erst wenn Sie in dieser Beziehung alles getan haben, haben Sie das Recht hier Moral zu predigen und Anklagen zu erheben.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit .-GR.Jenschik: Aus der Bundeswohnbauförderung bauen Sie Villen! Die ärmen Leute bekommen aber keine Wohnungen!)Die Bundeswohnbauförderung hat Projekte genehmigt, die eine grosse Zahl von Geschäftslokalen enthalten. Warum streitet Ihr soziales Empfinden nicht gegen die Unmoral, die drüben geübt wird? Wenn Sie konsequent sein wollen,müssen Sie drüben den Kampf eröffnen(GR.Jenschik:Drüben bauen Sie Villen).Da sind in Klagenfurt und Linz aus den Wiener Zinsgroschen unter anderem nicht nur Wohnungen sondern auch klösterliche Internate geschaffen worden.Dazu darf offenbar nach Ihrer Meinung Steuergeld verwendet werden.(GR.Jenschik:In der Riemergasse bauen Sie um 2 Millionen 2o Wohnungen aus der Bundeswohnbauförderung, das heisst, eine Wohnung kostet 100.000 Schilling!).Wir haben in den Rechnungsabschlüssen und Geschäftsberichten des Wohnungsamtes immer eine ausführliche Uebersicht über die Wohnungen und Geschäftslokale gegeben , im Gemeinderat und in den anderen kompetenten Instanzen wird über jede Einzelheit genauestens referiert und jedermann, den es interessiert, kannsich daher genau davon überzeugen,was gebaut wird.Es liegt nach all dem Gesagten kein Anlass vor, die Anträge des GR.Kunschak anzunehmen,ich bitte daher um Ihre Ablehnung.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St.R.Kunschak erwidert,dass St.R.Weber die Behauptung,er (Kunschak habe seinen Antrag aus der "Freiheit" abgeschrieben,beweisen müsse.Ich fordere St.R.Weber auf,mir die Worte zu bezeichnen,die ich abgeschrieben haben soll. Ich stelle fest,dass ich meinen Antrag vom ersten bis zum letzten Wort in die Schreibmaschine diktiert habe, ohne zu wissen,was in der Freiheit steht oder stehen soll.St.R.Weber hat sich auf das Bauprogramm des Jahres 1927 berufen.Ich verweise auf eine Rede des städtischen Finanzreferenten im Jahre 1923,in der vonder Errichtung von Wohnräumen für andere als für Wohnzwecke nicht die Rede ist .Wenn St.R.Weber festgestellt hat,dass der Gemeinderat das Recht hat,auch die Errichtung von Geschäftsräumlichkeiten und Ateliers zu beschliessen,rennt er mit dieser Feststellung offene Türen ein.Wir haben niemals die Errichtung von Räumen für Bürozwecke und die Errichtung von sozialdemokratischen Parteisekretariaten in städtischen Neubauten beschlossen.Wenn Räume solchen Zwecken zugeführt werden,ist dies eben keine

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
VIII. Blatt
Wien, am 8. Mai 1931.

rechtmässige Verwendung. (Zustimmung bei der E.L.) Alle Räume in den städtischen Neubauten sind vom Gemeinderat als vollwertige Wohnungen beschlossen, ihre Errichtung auch in diesem Sinne finanziert und sie zahlenmässig eingerechtnet worden. In dem konkreten Falle ist eine vom Gemeinderat zur Errichtung beschlossene Wohnung für sozialdemokratische Zwecke verwendet worden. Es wurde auch über die Bundeswohnbauförderung hier gesprochen und gegen mich der Vorwurf erhoben, dass sich meine Haltung hier mit meiner Haltung im Parlament drüben nicht decke. Ich stelle fest, dass Sie Vergleiche mit ganz untauglichen Objekten machen. Die Bekämpfung der Wohnungsnot ist nicht Sache des Bundes, sondern der Gemeinden und Länder, und die Bundeswohnbauförderung wurde unter dem Titel der Hebung der privaten Wohnbautätigkeit und nicht unter dem Titel der Bekämpfung der Wohnungsnot gemacht. (Widerspruch bei der Mehrheit). Selbstverständlich hat sich die Bundesregierung für verpflichtet gefühlt, mit dem Zweck der Hebung der privaten Bautätigkeit auch den der Bekämpfung der Wohnungsnot zu verbinden; sie trägt auch diesem Gedanken in weitestem Masse Rechnung. (GR. Jenschik: Internate werden mit dem Zinsgroschen gebaut!) Auch Priesterseminare haben ein Anrecht darauf, Wohnungen zu bekommen. Ich stelle fest, dass es keinen Widerspruch zwischen meiner Haltung hier und meiner Haltung im Parlament gibt. Es wurde auch wieder vom Anforderungsgesetz gesprochen. Dazu will ich sagen, wenn Sie mit dem Anforderungsgesetz nicht einen so unerhörten Missbrauch getrieben hätten, wäre es möglich gewesen, das Anforderungsgesetz in einer erträglichen Form in das neue Mietengesetz hineinzunehmen (Lebhafter Beifall bei der E.L. - Rufe bei der Mehrheit: Die Hausherren haben es nicht erlaubt. - Lebhafter Widerspruch bei der E.L.) Auch heute entziehen Sie durch Ihre Praktiken dem Wohnungsmarkt Wohnungen, da Sie die Hausherren zwingen wollen, den Mieter zu nehmen, den Sie wollen. Die Ausführungen des St.R. Weber waren ein Beschönigungsversuch, aber der Mohr, den er waschen wollte, ist schwarz geblieben. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Lärm bei der E.L. Den Sozialdemokraten wird zugerufen! Da muss es viel zu vertuschen geben!

Schluss der Sitzung 18 Uhr 45 .

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

350 Bogenabfertigung 19 Uhr 45 .

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 154
KARL HONAY

Wien, am 9.Mai 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um lo Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend daran hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Burgschauspieler Otto Tressler-Bürger der Stadt Wien.

Der Wiener Gemeinderat hat gestern in vertraulicher Sitzung den Wiener Burgschauspieler,Hofschauspieler Otto Tressler,in Würdigung der grossen Verdienste, die er sich auf dem Gebiete der deutschen Schauspielkunst im allgemeinen und um das Kunstleben der Stadt Wien im besonderen erworben hat,anlässlich seines 60. Geburtstages zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

Otto Tressler wurde am 13. April 1871 in Stuttgart als Sohn eines Kaufmannes geboren.Im Jahre 1892 wurde Otto Tressler an das Stuttgarter Hoftheater engagiert.Dort war er vier Jahre hindurch in jugendlich komischen Rollen mit grossem Erfolg tätig.1896 wurde er nach einem erfolgreichen Gastspiel an das Wiener Burgtheater berufen,an dem er vermöge seines Humors,seiner Redewandtheit und seiner starken Wandlungsfähigkeit in die erste Reihe der Darsteller vorrückte.Sein Rollenkreis umfasst alle humoristischen Gestalten des Schauspiels und des Lustspiels.In den modernen Stücken wirkt Tressler besonders durch seine lebendige Darstellungskunst, die stets durch eine originelle Maske unterstützt wird;aber auch ernste Rollen gestaltet er meisterhaft,wie seine Gestaltungen des Narziss,des Cyrano,des Peer Gynt,der am Burgtheater durch Tressler zum erstenmal verkörpert wurde,beweisen.Der neue Bürger der Stadt Wien hat auch als Bildhauer einen geschätzten Namen;das Museum der Stadt Wien besitzt eine von Tressler geschaffene Marmorplastik,die den ehemaligen Burgtheaterdirektor Berger darstellt.Tressler,der den Titel "Hofschauspieler" führt,ist seit 1913 Regisseur;vor einigen Jahren wurde er zum Ehrenmitglied des Burgtheaters ernannt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Neue Strassen in Wien.

Eine Montevideogasse in Hietzing.-Ein Hebenstreitplatz in Floridsdorf.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung die Benennung neuer Strassenzüge in Wien beschlossen.Eine Strasse in Hietzing nächst der Lainzer-Kirche ,die gegen Süden bis zur Versorgungsheimstrasse führt und mit deren Bebauung jetzt begonnen worden ist,erhält den Namen "Montevideogasse"nach der Hauptstadt der Republik Uruguay,die im vorigen Jahr die Hundertjahrfeier der Konstitution begangen hat.Diese Strassenbenennung geht auf ein Ersuchen der Gesandtschaft der Republik Uruguay zurück,eine Strasse in Wien nach der

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II. Blatt Wien, am 9. Mai 1931.

Republik oder deren Hauptstadt zu benennen. In Floridsdorf erhält ein langgestreckter Platz im Siedlungsgebiet Jägermais nächst der Benjowskigasse und der Heustadlgasse den Namen "Hebenstreitplatz" nach dem im Jahre 1795 als Teilnehmer an der sogenannten Jakobinerverschwörung hingerichteten Oberleutnant Franz Hebenstreit von Streitenfeld. Schliesslich wird ein Strassenzug in Hietzing, der die Fortsetzung der bestehenden Prehausergasse bildet, die nach dem Hanswurstdarsteller Gottfried Prehauser benannt ist, ebenfalls den Namen Prehausergasse führen. Die Texte der Erläuterungstafeln werden lauten: "Montevideo-Hauptstadt der Republik Uruguay", "Franz Hebenstreit von Streitenfeld (1748-1795), Platzoberleutnant in Wien, als Teilnehmer an der Jakobinerverschwörung hingerichtet" und "Gottfried Prehauser (1699-1769), Wiener Volksschauspieler, Darsteller des Hanswurst".

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Hugo und Karoline Botschen, Josef und Antonia Haim, Leopold und Katharina Jelenko, Franz und Marie Schönauer und Franz und Maria Theuerl das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Freie Aerztestellen.

Im Status der Anstaltsärzte des Versorgungsheimes Lainz gelangen die Stellen zweier ordinierender Aerzte mit den Anfangsbezügen nach Gruppe Ia, Klasse 7, Stufe 1 des Gehaltsschemas der städtischen Angestellten zur Besetzung. Die Bedingungen der Anstellung, die nach zweijähriger zufriedenstellender Dienstleistung eine definitive wird, sind die österreichische Bundesbürgerschaft, das Doktorat der gesamten Heilkunde und eine entsprechende Anstaltspraxis. Die Dienstverpflichtung beträgt 41 Stunden wöchentlich. Ausübung der Privatpraxis ist untersagt. Gesuche um diese Stellen, die mit den entsprechenden Personaldokumenten, dem Nachweis über das an einer inländischen Universität erlangte Doktorat der Heilkunde, die österreichische Bundesbürgerschaft und die entsprechende Ausbildung belegt sein müssen, sind bis längstens 15. Mai im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben ihre Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Diesen Gesuchen ist nur das Nachweis über die entsprechende Ausbildung anzuschliessen. Den bereits

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
III. Blatt
Wien, am 9. Mai 1931.

im Dienste stehenden Bewerbern bleibt die allfällig bereits erworbene definitive Anstellung und der allfällige höhere Rang gewahrt. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von 1 Schilling, die Gesuchsbeilagen, soferne sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von 2o Groschen zu versehen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Schweinetransporte für den Wiener Zentralviehmarkt mit Kraftwagen und Pferdefuhrwerken.

Da häufig vor Marktbeginn eine grosse Anzahl von Schweinen mit Kraftwagen und Pferdefuhrwerken angeliefert wurde und dadurch eine genaue Untersuchung der für die Hauptmärkte bestimmten Schweine unmöglich wurde, hat der Landeshauptmann von Wien am 2. Mai eine Kundmachung erlassen, nach welcher mit Wirksamkeit vom 11. Mai an solche Transporte und Aussermarktbezüge von Schweinen an den Hauptmarkttagen für den Markt nicht mehr zugelassen, sondern zurückgewiesen werden. Diese Transporte müssen daher am Vortage eingebracht werden, und zwar vom 1. April bis Ende September bis längstens 19 Uhr, vom 1. Oktober bis Ende März bis zum Eintritte der Dunkelheit, spätestens aber bis 17 Uhr.

-.-.-.-.-

Freigabe der Prater-Hauptallee für Automobile anlässlich des Traber-Derby.

Auf Ansuchen des Wiener Trabrennvereines hat der Magistrat anlässlich des Traber-Derby für morgen, Sonntag, in der Zeit von 14 Uhr bis 2o Uhr die Prater-Hauptallee in der Strecke Praterstern-Meereistrasse in beiden Richtungen für Benzinkraftfahrzeuge mit Ausnahme von Motorrädern und Lastkraftwagen freigegeben.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Stromabschaltung.

Im Hause, Meidling, Schwenkgasse 19, wurde die elektrische Installation trotz wiederholten Aufträgen nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl sie wegen bestehenden Erdschlusses und der infolge der zahlreichen blanken Leitungsstellen im Keller drohenden Lebensgefahr die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuergefahr bildete. Um Unglücksfällen vorzubeugen, musste die zuständige Magistrats-Abteilung am 6. Mai in diesem Hause den elektrischen Strom vom städtischen Kabel abschalten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

155

Wien, am 11.Mai 1931.

Die Tätigkeit der Wiener Schlichtungsstellen in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres.

In seiner lezten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen den Bericht über die Tätigkeit der Wiener Schlichtungsstellen in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 31.März 1931 zur Kenntnis genommen.In der Mietengesetznovelle vom Jahre 1929 ist eine staffelweise Erhöhung des Hauptmietzinses vorgesehen worden, während der Berichtszeit beträgt der Hauptmietzins nach der gesetzlichen Regelung das Zweitausendvierhundertfache des Friedenszinses, bei grösseren Wohnungen das Zweitausendsiebenhundertfache des Friedenszinses.Das Mietengesetz sieht jedoch vor, dass unter besonderen Umständen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen,insbesondere die Notwendigkeit teurer Reparaturarbeiten gegeben sind, durch Vorentscheidungen der Schlichtungsstellen der Gemeinde Wien der Hauptmietzins erhöht werden kann.In den ersten drei Monaten des heurigen Jahres sind nun bei den Wiener Schlichtungsstellen 1.346 Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses eingebracht worden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 1.962 solche Anträge eingebracht worden waren. Im ersten Vierteljahr des Vorjahres musste in 807 Fällen eine Erhöhung des Hauptmietzinses von den Schlichtungsstellen bewilligt werden; heuer wurde im ersten Vierteljahre bloss in 427 Fällen eine solche Erhöhung bewilligt.Von diesem 427 Fällen entfallen 49 auf eine Erhöhung über das Fünftausendfache des Friedenszinses,55 auf eine Erhöhung bis zum Fünftausendfachen,187 auf eine Erhöhung bis zum Viertausendfachen und 136 auf eine Erhöhung bis zum Dreitausendfachen des Friedenszinses.157 Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses sind von den Schlichtungsstellen in den Monaten Jänner,Februar und März abgewiesen worden. In der Berichtszeit langten bei den Wiener Schlichtungsstellen insgesamt 3.693 Anträge ein; da während der gleichen Zeit des Vorjahres 5.593 Anträge eingelaufen waren, bedeutet das eine Verminderung um rund 34 Prozent.Die Zahl der Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses ging ungefähr im gleichen Ausmasse zurück, und zwar um rund 32 Prozent; während nämlich im Vorjahre 1.962 solche Anträge eingebracht worden waren, waren es heuer bloss 1.346. Ausser diesem 1.346 Anträgenauf Erhöhung des Hauptmietzinses hatten sich die Schlichtungsstellen noch mit 1.045 Anträgenauf Ueberprüfung der Betriebskosten und mit 167 Anträgen der Mieter auf Vornahme von Erhaltungsarbeiten zu befassen; 138 Anträge betrafen das Entgelt bei Untermieten, in 980 Fällen sollte der Vermieter zur Vorlage der Verrechnungen verhalten werden, 17 Anträge betrafen sonstige Streitfälle aus dem Mietverhältnisse. Im ersten Vierteljahr des vorigen Jahres waren 1.177 Anträge auf Ueberprü-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

Wien, am 11. Mai 1931.

fung der Betriebskosten, 167 Anträge der Mieter auf Vornahme von Erhaltungsarbeiten, 159 Anträge über das Entgeld bei Untermieten, 980 Begehren, den Vermieter zur Vorlage der Verrechnungen zu verhalten, und 34 sonstige Anträge eingebracht worden. Vor den Wiener Schlichtungsstellen sind in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres 434 Vergleiche geschlossen worden; in 3.055 Fällen sind Vorentscheidungen gefällt worden, in 727 Fällen die eingebrachten Anträge zurückgezogen oder Anträge wegen Unzuständigkeit abgelehnt worden. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren 851 Vergleiche geschlossen, 4.473 Vorentscheidungen gefällt und 736 Anträge zurückgezogen oder wegen Unzuständigkeit abgelehnt worden. Während in den ersten drei Monaten des Vorjahres die Summe der von den Schlichtungsstellen bewilligten Instandhaltungskosten 3,603.897 Schilling 30 Groschen betragen hatte, betragen die im ersten Vierteljahr des heurigen Jahres bewilligten Instandhaltungskosten insgesamt 2,241.991 Schilling 48 Groschen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Oeffentlicher Rettungsdienst der Wiener Gemeindewache.

Bekanntlich hat die Wiener Gemeindewache einen öffentlichen Rettungsdienst eingerichtet, der bei Unglücksfällen erste Hilfe leistet. Im April hat der Rettungsdienst der Gemeindewache in 971 Fällen erste Hilfe geleistet, und zwar bei 1 Verkehrsunfall, 34 Unglücksfällen, 2 Selbstmorden oder Selbstmordversuchen und 934 sonstigen Vorfällen; 72 verletzten, 857 erkrankten und 42 sonst gefährdeten Personen ist Hilfe geboten worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden.

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 19. Mai, um 1/2 5 Uhr nachmittags statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ein neuer Säuglingskurs in der Mütterschule der Stadt Wien.

Wenn sich genügend Teilnehmer melden, wird noch in diesem Schuljahr ein Säuglingskurs in der Mütterschule der Stadt Wien abgehalten. Der Kurs würde am 19. Mai beginnen und 6 Wochen hindurch jeden Dienstag und Donnerstag von 1/2 7 Uhr bis 1/2 9 Uhr in der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, stattfinden. Baldige Anmeldung bei der Schulleitung, Telefon B 25-4-19, ist notwendig.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

156

Zweite Ausgabe. Wien, am 11.Mai 1931.

Studienreise deutscher Feuilletonisten nach Wien.

Bürgermeister Seitz begrüsst die deutschen Feuilletonisten.

Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich hat eine Reihe der namhaftesten deutschen Feuilletonisten eingeladen, Wien und seine Umgebung in einer Studienreise eingehend kennenzulernen. Die Gäste aus dem Deutschen Reich, die gestern in Wien ankamen, wurden heute mittags von Bürgermeister Seitz im Rathause empfangen.

Bürgermeister Seitz, der die deutschen Feuilletonisten in sehr herzlicher, freundschaftlicher Weise begrüsste und in Wien willkommen hiess, dankte ihnen vor allem dafür, dass sie Wien zum Ziele ihrer ersten Studienreise gewählt und damit ihr Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem österreichischen Deutschtum und mit der alten deutschen Stadt am Donaustrande bekundet haben. In launiger, humorvoller Art sprach Bürgermeister Seitz dann über das Zeitungswesen der Gegenwart, über die Verdienste, die sich der deutsche Journalismus um das öffentliche Leben, die Wirtschaft und die Kultur des deutschen Volkes erworben habe. "In der heutigen Zeit", sagte er, "kann man kaum sagen, dass die Zeitungen Erfreuliches zu berichten haben. Unerfreulich ist der politische Teil;- soweit wir als Politiker die Blätter der eigenen Richtung lesen, sehen wir Bekanntes, soweit wir gegnerisch eingestellt sind, naturgemäss selten Erfreuliches. Der lokale Teil mit seinen Tagesereignissen, mit seinen Berichten der Tragik des Tages, von Not und Elend, von Selbstmord und unglücklicher Liebe kann auch nicht als erfreulich bezeichnet werden; vom volkswirtschaftlichen Teil ist heute, in der Krisenzeit, Erfreuliches überhaupt nicht zu erwarten. Bleibt eigentlich nur der unterhaltende Teil der Zeitung, der Feuilletonteil, einer der wenigen Lichtpunkte der heutigen Zeitungen." Dann sprach Bürgermeister Seitz über die Entwicklung, die die Stadt Wien in den letzten Jahren genommen hat. "Wenn Sie nun durch unser Wien fahren werden", sagte er, "werden Sie neben den Dokumenten und Standardwerken der alten Kulturstadt, der höfischen Stadt Wien auch das neue Wien, das Wien der Arbeit sehen, das als Hauptstadt eines kleinen Sechsmillionenreiches andere, neue Wege in die Zukunft bahnen musste. Sie werden vor allem sehen, dass diese Stadt und ihre Bevölkerung fast alles unwahr gemacht hat, was man ihr prophezeite: dass sie eine sterbende, verhungernde Stadt sei, ein Wasserkopf. Sie werden sehen, dass Wien und seine Bevölkerung den Beweis erbracht hat, dass Gesundes, Aufstrebendes in ihm wurzelt, dass es sich selbst unter den schwersten Umständen der Krisenzeit erhalten und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt — Wien, am 11. Mai 1931.

behauptet hat. Möge Ihr Besuch", schloss Bürgermeister Seitz," Sie in der Erkenntnis und in dem tiefen Gefühl der Solidarität aller deutscher Volksstämme bestärken, möge er Ihnen zeigen, dass die Stadt Wien sich bewusst ist, dass sie mit den anderen deutschen Kulturzentren berufen ist, die grosse Kulturmission des Deutschtums im Herzen Europas zu tragen, dass Wien als alte deutsche Stadt mithelfen wird, die Welt dem Deutschtum zu erobern durch seine Schätze an deutscher Kultur, durch seine innere Kraft, seine Wissenschaft, seine Kunst, seine geistigen Waffen. Dieser Gedanke an die Sendung deutschen Geistes erhebt uns über das furchtbare Schicksal unserer Tage; darin sind wir alle einig, ohne Unterschied des Standes und der Parteien, dass wir geschlossen aushalten werden in schwerer Zeit, um unsere Kinder und Enkel einer besseren Zukunft entgegenzuführen. In diesem Sinne möge Ihr Besuch zu den starken Banden, die uns mit dem Brudervolk verknüpfen, ein neues Band schlingen."

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Begrüssungsworten des Bürgermeisters dankte Redakteur Sinsheimer (Feuilletonchef des Berliner Tageblattes) dem Bürgermeister für die freundliche und herzliche Begrüssung. Er bezeichnete Bürgermeister Seitz als die Personifikation des unverzagten Wien. Es habe einmal ein verzagtes Wien gegeben; Bürgermeister Seitz sei einer derjenigen gewesen, die durch ihren unverdrossenen Mut und ihre Unverzagtheit geholfen haben, die falschen Meinungen über Wien zu überwinden. "Wir sind", sagte Redakteur Sinsheimer, "nicht nach Wien gekommen, um Kritik zu üben, sondern um Wien kennen und lieben zu lernen. Wien, das die Ueberlieferung und den Fortschrift auf das Glücklichste in sich vereint, die Liebe zu Wien, das im Geistigen ebenso wurzelt wie im Genusse, wird uns in schöner Erinnerung bleiben, solange wir leben.".

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

Wien, am 12. Mai 1931.

Wieder grosse Arbeitsaufträge der Gemeinde Wien.

Bestellungen und Aufträge für mehr als dreieinhalb Millionen Schilling.

In der vorigen Woche sind von den zuständigen Ausschüssen des Wiener Gemeinderates neuerlich grosse Arbeitsaufträge vergeben worden, die insgesamt Kosten im Betrage von nahezu 3,560.000 Schilling erfordern. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung hat die Ausgestaltung verschiedener Leichenhallen und Leichenkammern und einen Zubau zur Feuerhalle der Stadt Wien beschlossen; für diese Arbeiten werden 215.000 Schilling aufgewendet. Im Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten sind die notwendigen Freileitungs-Kabelarbeiten für die Auswechslung der Feuermelder mit einem Kostenaufwand von mehr als 250.000 Schilling beschlossen worden. Weitaus die grössten Beträge jedoch werden für Arbeiten an neuen städtischen Wohnhausanlagen verwendet. In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen Aufträge vergeben, deren Ausführung weit mehr als drei Millionen Schilling kostet. 28.000 Schilling werden für Malerarbeiten in einer Wohnhausanlage aufgewendet, fast 50.000 Schilling für Anstreicherarbeiten, mehr als 35.000 Schilling für Tischlerarbeiten, 35.000 Schilling für Isolierungsarbeiten und 100.000 Schilling für Elektro-, Gas- und Wasserleitungsinstallationen. Die Erd-, Baumeister-und Eisenbetonarbeiten für einige neue Wohnhausanlagen, die ebenfalls vom Gemeinderatsausschuss in seiner letzten Sitzung vergeben worden sind, erfordern allein Kosten in der Höhe von rund 2,845.000 Schilling. Es ist zu erwarten, dass die grossen Arbeitsaufträge, die für die heimische Industrie und für das heimische Gewerbe langdauernde Beschäftigung bringen, auch wesentlich zur Bekämpfung der drückenden Arbeitslosigkeit beitragen werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Kinderrettungswoche.

65.000 Schilling-Erträgnis der Strassensammlung.

Vergangenen Freitag und Samstag wurde im Rahmen der vom Wiener Jugendhilfswerk alljährlich veranstalteten Kinderrettungswoche zur Unterbringung von Kindern in Ferienheimen in allen Wiener Bezirken eine Strassensammlung abgehalten. Sie hatte ein Erträgnis von 65.000 Schilling. Die meisten Spenden brachten Meidling mit 6.500 Schilling, Favoriten mit 4.750 Schilling, Fünfhaus und Ottakring mit je 4.400 Schilling, die Innere Stadt mit 4.200 Schilling und Hietzing mit 4.000 Schilling auf. Die gegenwärtig laufende Haussammlung der Kinderrettungswoche wird erst Ende des Monates abgeschlossen. sein.

358

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 158
KARL HONAY
Wien, am 13.Mai 1931.

Saisonbeginn in den Wiener städtischen Bädern.

Eröffnung am kommenden Samstag.

Die Wiener städtischen Sommerbäder werden am Samstag, den 16. Mai, um 9 Uhr vormittags eröffnet.Die Bäder, die im Vorjahre einen Rekordbesuch aufzuweisen hatten - 1,773.068 Besucher der Sommerbäder weist die Statistik für 1930 aus - sind heuer instandgesetzt und weiter ausgestaltet worden.

Das städtische Strombad "Aspernbrücke", das sich wegen seiner zentralen Lage besonders guten Zuspruches erfreut, ist erweitert worden;neue stromaufwärts gelegene Flächen sind in das Bad einbezogen worden.Die Zahl der Liegegelegenheiten ist überdies vergrössert und für die Kinder ein eigener Sandspielplatz geschaffen. Um an schönen, warmen Tagen auch abends einen Badebetrieb zu ermöglichen, erhalten die Vorkaiflächen und das Badeschiff eine eigene Beleuchtungsanlage; die Arbeiten zur Installation dieser Anlage haben bereits begonnen.

Im Schwimm-,Sonnen-und Luftbad "Kongressplatz" ist die Beleuchtung für den Abendbetrieb, der sich im Vorjahre bestens bewährt hat, verbessert und erweitert worden. Diese Badeanlage wird auch heuer wieder an schönen Badeabenden bis 22, beziehungsweise 23 Uhr geöffnet bleiben.Die noch nicht befestigten Wege sind mit neuem Estrich versehen worden.

Die Schwimmabteilung des Theresienbades besteht derzeit im wesentlichen nur aus einem Schwimmbecken mit Gangflächen um das Becken und ist von dem ein Stockwerk hohen Umkleideobjekt eingeschlossén.Es fehlen also Grün-und Liegeflächen für ein Sonnen- und Luftbad.Heuer wird daher der abgefristete Teil der Gartenanlage an das bestehende Schwimmbad angeschlossen und in diesem Teile ein Luft-und Sonnenbad eingerichtet werden.Dadurch wird das Theresienbad eine vollkommene moderne Sommerbadeanstalt.Da das Bad unmittelbar bei einem Verkehrsknotenpunkt liegt und daher besonders leicht erreichbar ist,kann auf starken Besuch gerechnet werden.Um jede Verunreinigung des Badewassers im Schwimmbecken zu vermeiden, werden zwischen den Luft- und Sonnenbedaflächen und dem Schwimmbad nach Geschlechtern getrennte Brause-und Fusswaschgelegenheiten aufgestellt werden. Die Luft- und Sonnenbadeflächen werden mit zahlreichen Liegebrettern, Tischen, Sesseln und Bänken ausgestaltet.

Im städtischen Strombade "Kuchelau" sind für Männer und für Frauen besondere Brauseanlagen eingerichtet worden. Auch in diesem Bade sind zahlreiche Liegebretter, Tische und Sessel neu hergestellt worden.

Im städtischen Strandbade "Gänsehäufel"werden auch heuer Konzerte abgehalten werden; an jedem Donnerstag, Samstag und Sonntag wird eine eigene Konzertkapelle in der Stärke von 26 Mann konzertieren. Das erste Konzert findet bereits am Sonntag, den 17. Mai, statt.Ausserdem werden täglich

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II. Blatt Wien, am 13. Mai 1931.

Schallplattenvorführungen durch Lautsprecher und Radio-Uebertragungen erfolgen.

Die städtischen Sommerbäder werden heuer insgesamt 28.943 Umkleidegelegenheiten besitzen.

In allen städtischen Badeanstalten - 58 an der Zahl - können während der Sommerbadezeit gleichzeitig 47.120 Personen baden. Jederzeit ist also für fast 50.000 Wiener allein durch die städtischen Bäder die Möglichkeit der Erfrischung und Abkühlung in der Sommerhitze gegeben. Wie sehr die Wiener davon Gebrauch machen, beweist die Statistik: Im Vorjahre haben 1,773.068 Personen die städtischen Sommerbäder, 10.961.396 Personen die städtischen Badeanstalten überhaupt besucht. Mindestens sechsmal jährlich besucht also jeder Wiener ein städtisches Bad. Es ist zu hoffen, dass der heurige Sommer noch eine Steigerung des Bäderbesuches, der im Interesse der Volkshygiene so sehr erwünscht ist, bringen wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Fahrpreis der Strassenbahn und Stadtbahn am 14. Mai.

Morgen, Donnerstag, (Feiertag) gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Es haben daher die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahrscheine Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrscheine und Wochenkarten gelten für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an. Die Schüleranweisungen sind ungültig. Die Autobusse verkehren morgen. Auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist bis 9 Uhr und von 16 bis 18 Uhr die Beförderung von Hunden nicht zulässig.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Laufe der vergangenen Woche wurde in der Wienerbergstrasse, in der Draschegasse und auf dem Schedifkaplatz in Meidling, in der Amsthausgasse, Högelmüllergasse, Leitgebgasse und Storkgasse in Margareten und auf dem Reithofferplatz in Fünfhaus die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt. Im Zuge der weiteren Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung werden demnächst die Abt Karlgasse, Weimarerstrasse, Ebner Eschenbachgasse und Pfarrer Deckertgasse in Währing und die Löschenkohlgasse und Pouthongasse in Fünfhaus mit öffentlicher, elektrischer Beleuchtung versehen werden. Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind bereits vergeben worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Die Bezirksvertretung Hietzing hält am Samstag, den 16. Mai um 16 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

360

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

159

Wien, am 15. Mai 1931.

Reichsdeutsche Austauschbeamte in Wien.

Empfang durch den Bürgermeister.

Schon seit einigen Jahren wird der Austausch reichsdeutscher und österreichischer Verwaltungsbeamter durchgeführt, um reichsdeutsche Beamte mit dem System der österreichischen Verwaltung und österreichische Beamte mit dem der reichsdeutschen Verwaltung vertraut zu machen. Auch heuer ist wieder eine Reihe deutscher Beamter nach Oesterreich gekommen. Die deutschen Gäste wurden Mittwoch nachmittags von der Stadt Wien im Schlosshotel Cobenzl empfangen. Bei dem Empfange waren auch der deutsche Gesandte Dr. Rieth, Vizebürgermeister Hoss, die amtsführenden Stadträte Kokrda und Speiser, Magistrats-Direktor Dr. Hartl, hohe Richter und hohe Beamte des Bundeskanzleramtes und des Magistrates anwesend. In Vertretung des Bürgermeisters, der durch Sitzungen im Parlament verhindert war, begrüsste amtsführender Stadtrat Speiser die deutschen Gäste im Namen der Stadt Wien. Er würdigte den Wert der Austauschaktion und gab seiner besonderen Freude Ausdruck, dass die Stadt Wien und Oesterreich liebe Freunde aus dem Deutschen Reiche, mit denen uns ein Gefühl inniger Zusammengehörigkeit verbindet, empfangen könne. Landrat Dombois dankte im Namen der deutschen Gäste für die Begrüssung, für den Empfang und für die Aufnahme, die die deutschen Beamten in Wien gefunden haben. Auch er verwies auf die Zusammengehörigkeit der deutschen Volksstämme, die ein Gefühl echter Freundschaft zwischen den Oesterreichern und den Deutschen mit sich bringe. Landrat Dombois dankte insbesondere auch dafür, dass die Stadt Wien es den deutschen Beamten ermöglicht habe, ihre sozialen Einrichtungen kennenzulernen. Später erschien Bürgermeister Seitz; er richtete eine herzliche Ansprache an die Gäste, in der er die Bedeutung der Austauschaktion würdigte. "Wir sind", führte Bürgermeister Seitz aus, "von einem grossen monarchistischen Machtstaat zu einer kleinen bescheidenen Republik geworden. Wir haben den Beamtenkörper des alten Staates übernommen, der noch erfüllt war mit alter Tradition und mit den Ansichten des alten Staates. Gerade darum ist die Entwicklung der Verwaltung so interessant. Und da es in Deutschland ähnlich gekommen ist, kann die Austauschaktion für die deutsche und für die österreichische Beamtenschaft von höchster Bedeutung sein."
Dann verwies der Bürgermeister darauf, dass in Wien dieser Funktionär kein Berufsbeamter sei, sondern ein Politiker, der vom Plenum des Gemeinderates gewählt ist, ein Exponent einer politischen Partei." Seit 12 Jahren", sagte Bürgermeister Seitz, "arbeite ich als Politiker mit Berufsbeamten zusammen und habe in dieser Zeit die Tätigkeit der Beamtenschaft schätzen und ehren

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II. Blatt Wien, am 15. Mai 1931.

gelernt. Die Zusammenkunft deutscher und österreichischer Verwaltungsbeamter bekundet neuerlich die Zusammengehörigkeit der deutschen Volksstämme, die heute eine kulturelle Einheit bilden, aber alle den Wunsch haben, einmal auch eine staatsrechtliche Einheit zu bilden, den alten deutschen Traum der staatlichen Einheit zu verwirklichen."

Die herzlichen Begrüssungsworte des Bürgermeisters fanden grossen Beifall. In Erwiderung dieser Begrüssung gab Landrat Dombois namens der Gäste nochmals dem Dank für die Aufnahme in Wien herzlich Ausdruck. Im freundschaftlichen Zusammensein verbrachten die Gäste aus dem Reiche und die Wiener den Nachmittag auf dem Cobenzl.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 28. Mai, um 6 Uhr nachmittags statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eine Radrennbahn im Wiener Stadion.

Bestätigung der Baubewilligung.

Die Wiener Stadion- Betriebsgesellschaft, der bekanntlich die Verwaltung und der Betrieb des Stadions übertragen worden ist, ist an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen um Zustimmung zur Errichtung einer betonierten Radrennbahn, einer dazugehörigen Umkleidehütte und der nötigen Abortanlagen herangetreten. Die Rennbahn soll auf dem Grund der Gemeinde Wien, der derzeit an die Stadion- Betriebsgesellschaft für die Dauer von sechs Jahren verpachtet ist, errichtet werden. In seiner letzten Sitzung hat nun der Gemeinderatsausschuss fürallgemeine Verwaltungsangelegenheiten die Baubewilligung für die Errichtung der Rennbahn bestätigt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Stromabschaltung.

Die elektrische Installation im Hause Märzstrasse 132 in Hietzing musste von der zuständigen Magistrats-Abteilung wegen vielfacher Mängel beanständet werden. Da den erteilten Aufträgen bisher nicht entsprochen wurde und da wegen des argen Zustandes der sehr schadhaften, stellenweise sogar blanken Gang-und Kellerleitungen in diesem Hause Gefahr im Verzuge bestand, weil der bestehende Zustand die Sicherheit der Personen gefährdete, ausserdem eine Feuergefahr bildete und auch die Gafahr einer elektrolytischen Zerstörung der Gas- und Wasserleitungsrohre gegeben war, musste im öffentlichen Interesse in diesem Hause der elektrische Strom vom städtischen Kabel abgeschaltet werden.

-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

160

Zweite Ausgabe.

Wien, am 15.Mai 1931

Einhaltung der Beförderungsvorschriften bei der Fahrt auf der Strassenbahn und Stadtbahn.

Die Strassenbahndirektion macht seit längerer Zeit die Beobachtung, dass Fahrgäste, die auf den Plattformen stehen, insbesondere während der Fahrt über Kurven nicht die notwendige Vorsicht wahren. Bei der Wiener elektrischen Stadtbahn sind häufig entgegen den behördlichen Vorschriften die Türen während der Fahrt nicht geschlossen. Im Interesse der Fahrgäste richtet daher die Strassenbahndirektion an das Publikum neuerlich und eindringlichst die Mahnung, bei der Benützung der Strassenbahn und Stadtbahn die behördlichen Vorschriften zu beachten und insbesondere auf der Stadtbahn die Wagentüren während der Fahrt geschlossen zu halten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Freie Arztstelle.

An der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe gelangt die Stelle eines Anstaltsoberarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines Anstaltsoberarztes betragen 375 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Anstaltsoberarzt einmal um 11 Schilling monatlich. Hiezu kommt eine Sonderzahlung am 1. Juni und 1. Dezember jeden Jahres im Ausmasse von je 30 vom Hundert eines Monatsbezuges und ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 31 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegt sein müssen, sind bis spätestens 31. Mai im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Rathaus einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von 1 Schilling versehen; die Gesuchsbeilagen sind, wenn sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von je 2o Groschen zu versehen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Morgen, Samstag, findet um 16 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 161
KARL HONAY

Wien, am 16.Mai 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen.Anschliessend an die Stadtsenat-Sitzung findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

-.-.-.-.-.-.-

Schulschluss und Schulbeginn.

Am 15. Juli Schulschluss.- Schulbeginn am 16. September.

Der Stadtschulrat für Wien teilt amtlich mit:

Der letzte stundenplanmässige Unterricht findet Dienstag,den 14.Juli, statt.Die Zeugnisverteilung erfolgt am Mittwoch, den 15.Juli, um 9 Uhrvormittags.Kinder,die spätestens am 15. September 1931 das sechste Lebensjahr vollenden, sind schulpflichtig und müssen angemeldet werden.Die Anmeldungen(Einschreibungen) sind am 9.,11.,12.und 13.Juni während der Schulstunden von 8 Uhr bis 12 Uhr, am 13. Juni überdies von 15 Uhr bis 17 Uhr in der Kanzlei der dem Wohnorte zunächst gelegenen Schule vorzunehmen.Nur in den Gemeindebezirken Mariahilf,Josefstadt,Alsergrund und Brigittenau findet versuchsweise eine zentrale Schülereinschreibung in den Ortsschulratskanzleien, beziehungsweise auf dem Alsergrund an vier vom Ortsschulrate kundzumachenden Schulen des Bezirkes statt;die Einschreibtermine in diesen Bezirken werden in den "Kundmachungen" der Ortsschulräte verlautbart werden.Zu den Einschreibungen sind der Tauf-(Geburt-)schein, bei geimpften Kindern das Impfzeugnis und eine die Heimatszuständigkeit des Kindes nachweisende Urkunde mitzubringen.

Kinder, die sich voraussichtlich an den genannten Einschreibterminen nicht in Wien befinden (Landaufenthalt und dergleichen), können vor den Einschreibterminen beim Ortsschulrate auch schriftlich, gegen nachträgliche Beibringung der Dokumente, angemeldet werden. Schulpflichtige Kinder, deren Einschreibung zu den genannten Terminen versäumt wurde, können gleichfalls nur beim Ortsschulrate ihres Wohnbezirkes angemeldet werden.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer möglichst gleichmässigen Besetzung der Klassen gilt die Einschreibung in eine Schule noch nicht als Zuweisung an diese Schule. In der Regel wird die Zuweisung der Kinder an die dem Wohnorte zunächst gelegene Schule erfolgen.Um die tunlichste Berücksichtigung des Wohnortes bei der Zuweisung zu ermöglichen, wird den Eltern im eigensten Interesse empfohlen, die Einschreibtermine genauestens einzuhalten.Ansuchen von Eltern oder deren Stellvertreter um Zuweisung eines Kindes an eine bestimmte Schule, die ausreichend zu begründen sind, können nur vom Ortsschulrate und nur dann bewilligt werden, wenn die gleichmässige Klassenbesetzung dies ermöglicht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 16. Mai 1931.

Gesuche um Altersnachsicht für solche Kinder, die das sechste Lebensjahr erst in der Zeit zwischen dem 16. September 1931 und dem 15. Jänner 1932 erreichen, sind vom Tage des Anschlages der von den Ortsschulräten zur Verlautbarung dieser Bestimmungen hinauszugebenden Kundmachungen bis längstens Samstag, den 13. Juni, beim Ortsschulrate, beziehungsweise für Privatschulen in der Kanzlei des Bezirksschulinspektors einzubringen. Später einlangende Gesuche können nur bei Nachweis stichhältiger Gründe für die Nichteinhaltung des Termines in Behandlung genommen werden. Der Ortsschulrat bestimmt nach Massgabe der Platzverhältnisse, ob und in welche öffentliche Schule ein zum vorzeitigen Schulbesuche reifes Kind aufzunehmen ist, und verständigt hievon die Eltern. Kinder, die einer Altersnachsicht bedürfen, dürfen auf keinen Fall, auch nicht vorläufig und mit Vorbehalt, in eine Schule eingeschrieben werden, sondern können erst nach erfolgter Zuweisung durch den Ortsschulrat aufgenommen werden.

Die Einschreibungen jener Kinder, die eine öffentliche Volksschule in Wien nicht besucht haben, in eine öffentliche Hauptschule haben am Dienstag, den 15. September, zwischen 8 und 11 Uhr beim Ortsschulrate zu erfolgen. Die Anmeldungen für die Einjährigen Lehrkurse finden in der Zeit vom 1. - 4. Juli und am 21., 22. und 23. September in den Kanzleien der Hauptschulen mit Einjährigen Lehrkursen ebenfalls in der Zeit von 8 Uhr bis 11 Uhr statt.

Gesuche der Eltern um Befreiung ihres Kindes vom Unterrichte in einzelnen Gegenständen sind bei der Schulleitung, Gesuche um Befreiung vom Gesamtunterrichte (wegen eines geistigen oder eines schweren körperlichen Gebrechens) bei der Schulleitung oder in der Kanzlei des Ortsschulrates an den Tagen der Einschreibung einzubringen.

Vom Donnerstag, den 10. September, an können die Eltern, deren Kinder beim Ortsschulrate eingeschrieben worden sind, in der Kanzlei des Ortsschulrates, von Montag, den 14. September, an auch in der dem Wohnorte zunächst gelegenen Schule in der Zeit von 8 Uhr bis 15 Uhr erfragen, an welche Schule ihr Kind zugewiesen wurde.

Am Mittwoch, den 16. September, haben sich alle Schulkinder um 9 Uhr vormittags zur Einteilung in die Klassen und zur Empfangnahme der Lernmittel in ihren Schulen einzufinden. Am nächsten Tage, also am Donnerstag, den 17. September, beginnt um 8 Uhr früh der regelmässige Unterricht. Die Einjährigen Lehrkurse beginnen den Unterricht am Mittwoch, den 23. September, um 8 Uhr früh.

365

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt — Wien, am 16. Mai 1931.

Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck".

Wie schon seit einer Reihe von Jahren beabsichtigt die Gemeinde Wien auch heuer, den Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" durchzuführen und besonders schöne Ausschmückungen von Fenstern, Balkonen und Geschäftsportalen mit Preisen zu bedenken, für die der Gemeinderat einen Betrag in der Höhe von 10.000 Schilling gewidmet hat. Ueber die Zuerkennung der Preise entscheidet ein Preisgericht, dem sechs Gemeinderäte und drei Vertreter des Magistrates angehören. Ausschmückungen in Höfen und Vorgärten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Anmeldungen zur Preisbewerbung sind bis spätestens 6. Juni schriftlich unter Verwendung von besonderen Anmeldedrucksorten an die Magistrats-Abteilung 22, Neues Amtshaus, zu richten. Anmeldungen, die nach dem 6. Juni einlangen, können nicht berücksichtigt werden. Die zum Wettbewerb angemeldeten Fenster müssen in der Zeit vom 6. bis 18. Juli an den Oberlichten durch Papierstreifen kenntlich gemacht werden, um dem Preisgericht ein leichteres Auffinden der angemeldeten Fenster zu ermöglichen. Die Anmeldedrucksorten und Papierstreifen sind bei den Einreichstellen der magistratischen Bezirksämter kostenlos erhältlich.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenabsperrungen.

Wegen Strassenarbeiten wird die Krottenbachstrasse in Döbling in der Strecke zwischen Orientierungsnummer 114 und der Strehlgasse von Montag, den 18. Mai, auf die Dauer von etwa sechs Wochen für jeden Fuhrwerksverkehr gesperrt. Die Zufahrt für Fuhrwerke von der Billrothstrasse nach Neustift am Walde und Salmannsdorf erfolgt über die Sieveringer-Strasse und Agnesgasse.

Ebenso werden in Meidling wegen Strassenarbeiten die Altmannsdorferstrasse von der Grünbergstrasse bis zur Schlöglgasse und die Edelsinngasse von der Ruckergasse bis zur Altmannsdorferstrasse von Montag, den 18. Mai, an für die Durchfahrt von Fahrzeugen jeder Art gesperrt. Fuhrwerke, die nach Altmannsdorf oder Hetzendorf fahren wollen, müssen den Weg über die Breitenfurterstrasse oder über die Hohenbergstrasse (Gartenstadt) nehmen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Währing.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing findet am Donnerstag, den 21. Mai, um 5 Uhr nachmittags statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY
162
Wien, am 18. Mai 1931.

Hörer der preussischen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Wien. Eine Reise zum Studium kommunaler Einrichtungen.-Empfang im Rathaus.

Gegenwärtig weilen 31 Hörer der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin-Charlottenburg unter Führung des Direktors Dr. Nölting in Wien, um die kommunalen Einrichtungen Wiens, insbesonders die soziale Aufbauarbeit kennen zu lernen. Heute mittags wurden die Teilnehmer an dieser Studienreise im Rathaus empfangen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüsste Stadtrat Professor Dr. Tandler die Hörer der Fachschule. Mit besonderer Freude, führte Professor Dr. Tandler aus, empfange die Stadt Wien stets Gäste aus dem Deutschen Reiche. Er hoffe, dass das Studium der Einrichtungen Wiens, insbesondere der Wohlfahrtsanstalten, den Gästen reiche Eindrücke vermitteln werde. Direktor Dr. Nölting dankte für die herzlichen Begrüssungsworte und für die wahrhaft freundschaftliche Aufnahme, die die deutschen Gäste in Wien gefunden haben. Was die Hörer der Fachschule in Wien bisher gesehen haben, habe ihnen die Ueberzeugung gebracht, dass die soziale Aufbauarbeit der Stadt Wien beispielgebend sei.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Fast 40.000 Besucher der städtischen Sommerbäder am ersten Badesonntag.

Die städtischen Sommerbäder hatten am ersten Badesonntag im heurigen Jahr einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Insgesamt hatten sich 38.358 Badegäste in den städtischen Bädern eingefunden; die meisten Badebesucher hatten das städtische Strandbad "Gänshäufel" mit 11.o2o Gästen und das Schwimm-,Sonnen-und Luftbad "Kongressplatz" in Ottakring mit 8.22o Gästen zu verzeichnen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenarbeiten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seinen letzten Sitzungen viele Aufträge zur Errichtung neuer Strassen oder zur Erneuerung bereits bestehender Strassenzüge vergeben, damit die günstige Witterung für die Strassenarbeiten voll ausgenützt werden kann. Auch in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses sind eine Reihe solcher Aufträge vergeben worden, deren Ausführung insgesamt 411.ooo Schilling Kosten erfordert. In nächster Zeit werden die Vorkaistrassen unter der neuen Augartenbrücke hergestellt werden. Mit diesem Strassenbau wird auch für einen geregelten Wasserabfluss von der Brücke gesorgt. Die Strassen sollen als Betonstrassen mit einer Fahrbahnbreite von 6 Metern, die notwendigen Gehwege in einer Breite von 0'9 Metern und 1'45 Metern ausgeführt werden. In der Leopoldstadt wird eine Teilstrecke der Lassallestrasse neues Pflaster erhalten. Schon im Vorjahre ist das Pflaster der Lassallestrasse in der Strecke vom Bahnviadukt bis zur Venedigerau erneuert worden; nunmehr sollen diese Arbeiten bis zum zweiten Tor der Kohlenlagerplätze des Nord-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II.Blatt
Wien, am 18. Mai 1931.

bahnhofes fortgeführt werden. Die Ausführung der Arbeiten- die Strasse erhält Würfelpflaster auf Betonunterlage- erfordert Kosten im Betrage von 95.000 Schilling. Die Altmannsdorferstrasse in Meidling wird in der Strecke von der Bahnzeile bis zur Schlöglgasse mit einem Kostenaufwand von ebenfalls 95.000 Schilling umgebaut; der Teil der Strasse, der noch makadamisiert ist, erhält gleichzeitig Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage.Der Ausbau der Siedlung Lockerwiese in Hietzing hat den Neubau der Ratmannsdorfgasse und einer noch unbenannten Gasse notwendig gemacht. Die Ratmannsdorfgasse, die in Verlängerung der Bogengasse zur Jagdschlossgasse führt , wird insgesamt 12 Meter breit sein, wovon 6 Meter auf die Fahrbahn, je 2 Meter auf die beiden Gehwege und 2 Meter auf eine Baumreihe entfallen werden.Die noch unbenannte Gasse verbindet die Ratmannsdorfgasse mit der Camillianergasse; sie wird eine 6 Meter breite Fahrbahn und 2 Meter breite Gehsteige haben. Beide Strassenzüge werden einen Asphaltbelag auf Betonunterlage erhalten. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 66.ooo Schilling.In Hernals ist der Neubau der Paschinggasse zwischen der Hernalser Hauptstrasse und der Zeillergasse und ebenso der Neubau der Zeillergasse zwischen der Güpferlingstrasse und der Paschinggasse notwendig geworden.Mit einem Kostenaufwand von 90.000 Schilling werden die notwendigen Strassenarbeiten durchgeführt werden. Schliesslich wird in Floridsdorf eine Teilstrecke der Vernholzgasse umgebaut. Die 7'5 Meter breite Fahrbahn wird in der Strecke von der Volkragasse bis zur Erzherzog Karl-Strasse aufgepflastert,die Gehsteige werden instandgesetzt werden. Hiefür werden 30.000 Schilling Kosten aufgewendet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ablenkung des Bahnhofrundverkehres.

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch und in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wird die Bahnhofrundlinie wegen Gleisarbeiten in der Invalidenstrasse vom Wiedner Gürtel über Prinz Eugenstrasse-Schwarzenbergplatz-Parkring-Stubenring-Aspernplatz-Uraniastrasse-Radetzkystrasse-Franzensbrückenstrasse zum Praterstern geleitet. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden.

Morgen, Dienstag, findet um 1/2 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

163

Zweite Ausgabe.

Wien, am 18. Mai 1931.

Die Jahrestagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Wien.

Empfang im Rathaus.

Heute nachmittags wurden die Teilnehmer an der Tagung des Verbandes der Deutschen Presse von Bürgermeister Seitz im Rathause empfangen. Bei dem Empfang waren auch der deutsche Gesandte Dr. Rieth, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Breitner, Linder, Speiser und Weber, Landtagspräsident Dr. Kolassa, viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zahlreiche Vertreter der Wiener Presse erschienen.

Für den Reichsverband der Deutschen Presse dankte Dr. Feder dem Bürgermeister und der Stadt Wien für die ehrende Einladung und für die herzliche Aufnahme, die die deutschen Journalisten in Wien gefunden haben. "Wenn wir deutschen Journalisten an Wien denken", sagte Dr. Feder, "dann erinnern wir uns oft an Freiligraths Verse :Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien, Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien. Aber wir wissen, dass in Wien Vieles besser geworden ist, vor allem durch die Tatkraft und Umsicht der neuen Stadtverwaltung. Wien hat eine grosse Vergangenheit gehabt; hier sieht man in schönem Zusammenklang alte Kultur und die grossartigen neuen sozialen Einrichtungen, mit denen Wien beweist, dass es lebt, dass es eine grosse Vergangenheit, eine starke Gegenwart und eine grosse Zukunft hat." (Lebhafter Beifall).

Bürgermeister Seitz dankte für die herzlichen Worte des Vertreters der Deutschen Presse. "Es ist heute das ganze grosse deutsche Volk," sagte der Bürgermeister," von dem man sagen könnte: Wenn wir noch beten könn wir beteten für es. Alles was heute geschieht, führt uns zu ernster Betrachtung. Dass Sie trotzdem bei den grossen Sorgen Ihres Standes, die ja nur ein Teil der Sorgen des deutschen Volkes sind, zu geselligen Zusammenkünften Zeit gefunden haben und überdies dazu, unsere alten Kulturbestände und die Werke des neuen Wien zu schauen, ist besonders dankenswert. Ich muss nicht erst betonen, wie sehr wir Wiener uns freuen, Gäste aus dem Deutschen Reich begrüssen zu können. Besonders in der heutigen Zeit, die man so oft die Zeit der Sachlichkeit nennt, begrüsse ich solche Veranstaltungen wie die Ihre. Gerade in dieser Zeit der Sachlichkeit ist es gut, wenn die Menschen zusammenkommen, wenn sie sich gesellig zusammenfinden, wenn sie einander kennenlernen. Wenn wir Politiker im Parkett des Parlaments auf einander zukommen und uns auch nur in konventioneller Weise begrüssen, dann betrachtet das die Galerie manchmal geradezu als Verrat. Das hat seine Ursache darin, dass der politische Kampf stark ins Persönliche übergegriffen hat. Gerade

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II.Blatt Wien, am 18. Mai 1931.

darum aber ist der persönliche Verkehr nützlich und notwendig, und besonders dort, wo es grosse Gegensätze gibt.Wenn jetzt so viele Kongresse stattfinden, so entspringt das offenbar dem Bedürfnis, von der trockenen Sachlichkeit zum lebenden Menschen zu kommen, und ich als Parteimann, der fest steht auf den Zinnen seiner Partei, wünsche trotzdem und begrüsse immer den versöhnlicheren Ton im Verkehr, bessere Formen, die ein Gebot der Kultur unseres Volkes sind."Dann begrüsste Bürgermeister Seitz die deutschen Gäste herzlichst namens der Stadt Wien und dankte ihnen dafür, dass sie durch ihren Besuch die Möglichkeit persönlichen Kontaktes und persönlichen Verstehens gegeben haben. Lebhafter Beifall dankte dem Bürgermeister für seine herzliche Begrüssung. Die Gäste blieben sodann noch einige Zeit in geselligem Zusammensein im Rathaus.

-.

Geehrte Redaktion!

Die Schüler der Knaben-und Mädchenhauptschule in der Brigittenau,Leipzigerplatz,veranstalten übermorgen,Mittwoch,um halb 11 Uhr vormittags im Vortragssaal des Winarskyhofes,Brigittenau,Stromstrasse 76, eine Mozartfeier.Präsident Glöckel ersucht,zu dieser Feier,die ein eigenartiges Programm aufweist,einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zu entsenden.

-.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

164

Wien, am 19.Mai 1931

Wieder grosse Aufträge und Bestellungen der Gemeinde Wien.

Auch in der letzten Woche haben die zuständigen Gemeinderatsausschüsse eine Reihe von Aufträgen vergeben, die der heimischen Industrie und dem heimischen Gewerbe Beschäftigung geben und so mithelfen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat die Legung neuer Rohrstränge für die städtischen Gaswerke und

die Vornahme verschiedener Arbeiten im Simmeringer Gaswerk beschlossen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen allein 1,120.000 Schilling. Im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten sind Aufträge für verschiedene Arbeiten im Versorgungsheim Lainz mit einem Kostenaufwand von nahezu 35.000 Schilling und eine Reihe von Strassenherstellungen in verschiedenen Bezirken mit einem Kostenaufwand von mehr als 400.000 Schilling beschlossen worden. Die Gesamtkosten der von den beiden Ausschüssen in der letzten Woche beschlossenen Arbeiten betragen 1,565.000 Schilling.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Verbesserungen im Strassenbahnverkehr.

Gleiserneuerungen und Umlegung von Gleisen.

Bekanntlich wendet die Gemeinde Wien alljährlich bedeutende Summen für die Erneuerung und Umlegung von Strassenbahngleisen auf, um so die Verkehrsverhältnisse möglichst zu verbessern. Bereits vor einigen Wochen hat der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen für solche Gleisarbeiten bei den städtischen Strassenbahnen, die im heurigen Jahre durchgeführt werden sollen, einen Sachkredit in der Höhe von 4,680.000 Schilling bewilligt. Nunmehr hat die Strassenbahndirektion die Entwürfe für die Gleisarbeiten vorgelegt. Die Umänderungen der bestehenden Gleisanlagen werden eine wesentliche Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse bewirken. So wird an der Kreuzung Ringstrasse- Wipplingerstrasse eine Weiche gegen die Wipplingerstrasse zu verschoben werden, um Verkehrsschwierigkeiten zu verhindern; in der Löwengasse nächst dem Radetzkyplatz soll die Breite der Seitenfahrbahn, die jetzt stark wechselt und zum Teile unzureichend ist, reguliert werden. Die Gleisanlage Siebensterngasse-Neubaugasse-Westbahnstrasse, die derzeit als Gleisverschlingung ausgeführt ist, wird in eine Weichenanlage umgebaut, die eine grosse Betriebsicherheit gewährt. Da eine automatische Stellung der Weiche vorgesehen ist, ist auch jede Gefährdung beim Weichenstellen ausgeschlossen. Im Zusammenhang mit dieser Gleisumlegung soll auch ein eingleisiges Stück zweigleisig ausgebaut werden. In der Nussdorferstrasse, die vollständig

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II. Blatt
Wien, am 19. Mai 1931.

reguliert und neu gepflastert werden soll, werden die Gleise in die Mitte der neugeschaffenen Fahrbahnen verlegt werden. Weiters soll anlässlich der Erneuerung der Weiche vor dem Hause Linzerstrasse Nr. 261 diese Weiche um ungefähr 40 Meter stadtwärts verschoben werden; dadurch wird das eingleisige Stück um 40 Meter verkürzt. In der Sechshauserstrasse sollen die Gleise zwischen der Arnsteingasse und der Kollingasse so gelegt werden, dass auf der Seite der ungeraden Häusernummern für eine Wagenreihe eine durchlaufende Fahrbahn geschaffen wird; in zwei besonders engen Strassenteilen werden auch beiderseits der Gleise Seitenfahrbahnen für eine Wagenreihe hergestellt werden. In einem Teile der Felberstrasse zwischen der Schweglerstrasse und der Neubergenstrasse werden die Gleise in die Mitte der Fahrbahn verlegt. Die Kreuzung Lerchenfeldergürtel mit der Linie Josefstädterstrasse-Neulerchenfelderstrasse, die derzeit unter einem sehr spitzen Winkel verläuft und daher für den Verkehr ungünstig ist, wird steiler gemacht, um jede Verkehrshinderung auszuschliessen. Schliesslich sollen die Gleise in der Heiligenstädterstrasse zwischen Barawitzkagasse und Grinzinger Allee auf ein eigenes Bankett verlegt werden. Die Gleisarbeiten, die in fast allen Bezirken Wiens durchgeführt werden, bringen somit wesentliche Verkehrsverbesserungen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Haushaltungsschule der Stadt Wien.

In der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, und Landstrasse, Petrusgasse 10, wird eine zehnmonatige Haushaltungsschule für schulentlassene Mädchen abgehalten, die zur Führung eines einfachen Haushaltes heranbildet. Ausserdem besteht auch eine Fachschule für Grossküchenbetriebe, die einschliesslich des dreimonatigen Praktikums in Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien zwölf Monate dauert. Diese Fachschule dient der Heranbildung von Personal für Grossküchenbetriebe; das Aufnahmsalter ist 16 Jahre. Ueberdies wird in der Haushaltungsschule der Stadt Wien auch eine Reihe von Spezialkursen abgehalten. Prospekte sind auf Wunsch bei der Schulleitung erhältlich. Einschreibungen finden täglich in der Zeit zwischen 8 Uhr und 14 Uhr statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ablenkung des Bahnhofrundverkehres.

In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wird die Bahnhofrundlinie wegen Gleisarbeiten auf dem Margareten-Gürtel statt über den äusseren Mariahilfer Gürtel über den inneren Mariahilfer Gürtel-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY
Zweite Ausgabe. Wien, am 19. Mai 1931.

Professor Darnaut, Professor Haberlandt und Professor Sauer Bürger der Stadt Wien.

Feierliche Ueberreichung der Bürgerdiplome durch Bürgermeister Seitz.

In den letzten Monaten des Vorjahres hatte der Wiener Gemeinderat Professor Hugo Darnaut anlässlich des 80.Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die Malkunst,Hofrat Professor Dr.Haberlandt anlässlich des 70.Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die Wissenschaft,insbesondere um die Volkskunde,und Hofrat Professor Emil Sauer in Würdigung seiner Verdienste um die Musik und insbesondere das Wiener Kunstleben zu Bürgern der Stadt Wien ernannt.Heute mittags fand im Sitzungssaale des Stadtsenates die feierliche Ueberreichung der Ernennungsurkunden an die drei neuen Bürger der Stadt Wien statt.An der Feier nahmen ausser den Familienangehörigen und Freunden der neuen Bürger auch die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Breitner und Linder, Präsident Glöckel, eine Reihe namhafter Künstler und Vertreter von Künstlerorganisationen teil.

Die Überreichung der Bürgerdiplome nahm Bürgermeister Seitz vor. " Wir haben uns hier in feierlicher Stimmung zusammengefunden," sagte der Bürgermeister, " um drei bedeutenden Männern das äussere Zeichen der Anerkennung der Stadt Wien für ihre Lebensarbeit zu geben. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat stimmeneinhellig, ohne Unterschied der Partei, beschlossen, die drei Herren zu Bürgern der Stadt Wien zu ernennen. Das ist die einzige Auszeichnung die Wien zu vergeben hat; sie bekundet die Schätzung, die die Wiener für ihre hervorragenden Mitbürger hegen. Sehr wesentlich unterscheidet sich diese Ehrung von anderen, wie sie z.B. in alter Zeit üblich waren, etwa von der Erhebung in den Adelsstand. Da brachte der Kaiser zum Ausdruck, dass er den Geadelten aus der Reihe der anderen Menschen in die Nähe des Thrones emporhebe. Die Bürgerernennung ist nicht so gedacht; sie sagt nichts anderes als: " Du bist unser und wir sind stolz darauf, Dich unseren Bürger nennen zu können." Hier erhebt die Masse selbst den Menschen über sich empor; es ist eine Auszeichnung voll demokratischen Geistes. Wer Ihr Lebenswerk auch nur von ferne beobachten konnte, wird mit uns überzeugt sein, dass durch die Bürgerernennungen ein Akt gesetzt wurde, der gut und richtig ist und dem das ganze Volk Wiens zustimmt.

Dann wendete sich Bürgermeister Seitz zu jedem Einzelnen der drei neuen Bürger und würdigte in kurzen Worten deren Lebensarbeit. In Professor Darnaut ehrte der Bürgermeister den eigenartigen Künstler, der die österreichische Landschaft in der zarten Art uns darzustellen weiss, wie wir Wiener sie empfinden, den Künstler, dessen Werk auch den einfachen Menschen ergreift und erhebt, den schaffensfrohen Mann, der auch in hohem Alter die Welt immer mit neuen Werken überrascht. " In jahrzehntelanger Arbeit", sagte Bürgermeister Seitz zu Professor Haberlandt gewendet," haben Sie auf dem

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
2. Blatt
Wien, am 19. Mai 1931.

Gebiet der Volkskunde für Wien und Oesterreich Grosses geleistet. Ihnen erscheint die Wissenschaft nicht als Monopol einiger weniger, Sie wissen, dass die Wissenschaft nicht allein für sich leben kann, sondern verwurzelt sein und neue Kraft gewinnen muss aus der Masse. So sind Sie zu dem Volksbildner geworden, der nach den modernsten Grundsätzen der Didaktik wirkt, der die Menschen schauen lässt, was er sie lehren will. Aus diesem Gedanken ist Ihr Lebenswerk, das Museum für Volkskunde, entstanden. " Dann sprach Bürgermeister Seitz, zu Professor Sauer gewendet, von dem Bekenntnis zur Musik, das dem echten Wiener das Erste ist, ohne das man sich den Wiener nicht vorstellen kann." Wenn Wien auch nicht die Stadt ist," sagte der Bürgermeister," in der immer nur lustige Weisen erklingen, ist es doch eine Stadt, die nicht leben kann ohne Musik. So ist es selbstverständlich, dass wir die Grossen im Reiche der Töne, seien sie nun Schöpfer oder Interpreten anderer, immer hoch eingeschätzt haben. Und das macht auch den Ruhm der Stadt Wien aus." Dann würdigte der Bürgermeister den neuen Bürger Sauer als einen der Männder, die den Ruhm der Wiener Musik hinaustragen in alle Länder, auf die Wien stolz ist, die seine würdigen Repräsentanten sind, nich in äusserem Prunk, sondern im edlen Reich der Töne. Wien habe aber Professor Sauer auch unendlich viel zu danken für sein Wirken als Lehrer; Tausende und Abertausende seien aus der Schule Sauer hervorgegangen, vielen Hunderttausenden habe Professor Sauer so auch indirekt glückliche Stunden geschaffen.

Die drei neuen Bürger dankten dem Bürgermeister und der Stadt Wien für die Auszeichnung.Tief bewegt erklärten sie, in ihrem Lebenswerk zur Ehre Wiens und Oesterreichs fortwirken zu wollen.

Das Diplom Professor Darnauts enthält ein Bild des Schlosses Plankenstein, geschaffen von der Malerin Therese Schachner, das Diplom Professor Haberlandts ein Bild des Museums für Volkskunde vom Maler Oskar Stössel, das Diplom Professor Sauers ein Bild Wilhelm Leglers, das den Blick vom oberen Belvedere auf Wien zeigt.

Nach Ueberreichung der Diplome richtete Bürgermeister Seitz noch Dankesworte an die erschienenen Angehörigen und Freunde der drei neuen Bürger. die dadurch, dass sie den bedeutenden Männern zur Seite stehen , sie befruchten, in schweren Stunden trösten, sich nicht nur um diese Männer, sondern auch um die grosse Sache Verdienste erwerben, der die Männer dienen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

166

Wien, am 2o.Mai 1931.

Ausgestaltungsarbeiten in den Gaswerken Simmering und Leopoldau.

Bei der Erbauung des Gaswerkes Simmering ist eine elektrische Zentrale errichtet worden, die für die Belieferung des Werkes mit Gleichstrom zu sorgen hatte. Nach dem Ausbau des Werkes genügte jedoch die Leistung dieser Gleichstrom-Zentrale nicht mehr, weshalb die Zubauten zu dem Werk mit Drehstrommotoren ausgerüstet worden sind, die den nötigen Strom von den städtischen Elektrizitätswerken beziehen. Die Gleichstrom-Zentrale des Simmeringer Gaswerkes, die nunmehr schon länger als 3o Jahre in Betrieb steht, erweist sich wegen der veralteten Konstruktion der Maschinen nicht mehr als wirtschaftlich; sie bietet auch nicht mehr die nötige Betriebssicherheit.Um die Zentrale instandzusetzen,wären jedoch Kosten erforderlich, die in krassem Missverhältnis zum Werte der ganzen Anlage stünden. Darum beabsichtigen die städtischen Gaswerke, die Eigenstromerzeugung aufzulassen und den ganzen Strombedarf des Simmeringer Werkes von den städtischen Elektrizitätswerken zu beziehen. Diese Umstellung macht einen Austausch der ortsfesten Gleichstrommotoren gegen Drehstrommotoren notwendig.Insgesamt wird die Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom Kosten in der Höhe von rund 48o.ooo Schilling erfordern. Zunächst sollen die Stromverteilung und die Motoren des Ofenhauses auf Drehstrom umgestellt werden, wodurch die Gleichstromanlage soweit entlastet wird, dass sie ohne durchgreifende Reparatur bis Ende des nächsten Jahres erhalten werden kann. Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat in seiner letzten Sitzung diesen Antrag der Direktion der städtischen Gaswerke angenommen und den Sachkredit für die ersten Arbeiten zur Umstellung der Stromversorgung im Gaswerk Simmering, die Kosten im Betrage von 17o.ooo Schilling erfordern, bewilligt.

Der Rohrstrang, der zur Förderung des im Gaswerk Leopoldau erzeugten Leuchtgases in den Behälter Brigittenau dient, war so stark beansprucht, dass zu seiner Entlastung an die Errichtung eines zweiten Förderstranges vom Werk bis zum Behälter geschritten werden musste. Die erste Teilstrecke dieses neuen Rohrstranges wurde bereits im vorigen Jahr gelegt; heuer soll nun die zweite Teilstrecke des neuen Rohrstranges, die in der Brünnerstrasse von der Shuttleworthstrasse bis zur Floridsdorferbrücke und von dieser Brücke bis zur Forsthausgasse verläuft, hergestellt werden. Auch diese Arbeiten hat der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen in seiner letzten Sitzung beschlossen und den hiefür erforderlichen Sachkredit in der Höhe von 750.000 Schilling bewilligt.

375

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 20. Mai 1931.

Goldene Hochzeiten.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Adolf und Cäcilie Franz, Josef und Marie Heller, Samuel und Katharina Kellermann, Sigmund und Marie Meissner, Johann und Franziska Pavlicek und Karl und Franziska Strecker das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-

Entlehnung von Gemälden aus den städtischen Sammlungen für eine Ausstellung im Künstlerhaus.

Die Gesellschaft der Bilder- und Miniaturenfreunde in Wien veranstaltet im Verein mit der Künstlergenossenschaft im Künstlerhaus eine Ausstellung unter dem Titel "Das Wiener Sittenbild des 19. Jahrhunderts. Genrebilder österreichischer Maler". In dieser Ausstellung sollen auch Gemälde aus dem Besitze der Stadt Wien ausgestellt werden. Die Gesellschaft der Bilder- und Miniaturenfreunde hat sich daher an die Direktion der städtischen Sammlungen gewendet und gebeten, ihr für die Dauer der Ausstellung einige Bilder aus dem Stande des Historischen Museums der Stadt Wien zu überlassen. In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, die Entlehnung der Bilder für Ausstellungsdauer zu bewilligen.

--.-.-.-.-.-.-.--

Strassenbenennung.

Ein Teil der ursprünglichen Meridianstrasse in Döbling hat im Jahre 1919 den Namen Dänenplatz, ein anderer Teil den Namen Meridianplatz erhalten, sodass seit 12 Jahren nur mehr ein kleiner Teil des Strassenzuges weiter den Namen Meridianstrasse führte. Heuer ist der Meridianplatz in Josef Kainz-Platz umbenannt worden, während im Vorjahre der Dänenplatz den Namen Dänenstrasse erhielt. Da nun die bisherige Meridianstrasse eine Fortsetzung der neuen Dänenstrasse bildet, hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten in seiner letzten Sitzung geschlossen, zur Vereinfachung auch den restlichen Teil der Meridianstrasse in Dänenstrasse umzubenennen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Am Pfingstsamstag Parteienverkehr im Wohnungsamt.

Der Magistrat teilt mit: Am Pfingstsamstag findet der Parteienverkehr im Wohnungsamt nur in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Währing.

Morgen, Donnerstag, findet um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing statt.

-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

167

II. Ausgabe.

Wien, am 20. Mai 1931.

Ein Fall von Choleraverdacht in Ebreichsdorf.

Das städtische Gesundheitsamt teilt amtlich mit:

Der Hilfsarbeiter Franz Stastny der Gutspachtung Ebreichsdorf wurde heute vormittags aus Ebreichsdorf der Infektionsabteilung des Franz-Josefs-Spitals mit der Diagnose Choleraverdacht eingeliefert. Die sofort vorgenommene klinische Untersuchung bestätigte den Verdacht nicht, sondern ergab die Wahrscheinlichkeit, dass ein Fall von Paratyphus vorliege. Die bakteriologische Bestätigung dieser Diagnose kann erst morgen vormittags erfolgen. Der Transportwagen wurde in der Desinfektionsanstalt der Gemeinde Wien desinfiziert. Alle Gerüchte von einer Cholerainfektion in Wien sind somit unbegründet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 29. Mai, um 4 Uhr nachmittags statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

377

WIENER STADTBIBLIOTHEK

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 168
KARL HONAY
Wien, am 21.Mai 1931.

Neue Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien.

Die Entwürfe im Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen genehmigt.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung wieder die Entwürfe für drei Wohnhausanlagen genehmigt, deren Bau in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden soll.Für diese Anlagen hat die Gemeinde Wien die Bundeszuschüsse nach den gesetzlichen Vorschriften über die Wohnbauförderung in Anspruch genommen.

In der Leopoldstadt wird in der Schüttelstrasse eine Wohnhausanlage nach den Plänen des Architekten Z.V.Franz Schacherl errichtet.Die Anlage besteht aus zwei Teilen; der grössere Teil, der Fronten gegen die Schüttelstrasse, gegen die Laufbergergasse und gegen den Reservegarten der bundesämtlichen Praterverwaltung hat, ist von dem kleineren Teil durch das der Gemeinde Wien gehörige "Lichtensteinschlössel" getrennt. Die Wohnhausanlage wird an 13 Stiegenhäusern insgesamt 228 Wohnungen enthalten. Von dem gesamten Baugrunde, der 7634 Quadratmeter gross ist, werden nur 2603 Quadratmeter verbaut, während die restliche Fläche gärtnerisch ausgestaltet wird. Die technische Ausführung und Ausgestaltung der Anlage erfolgt in der bei Wohnhausbauten der Gemeinde Wien bisher üblichen Weise. Insgesamt werden die Kosten der Errichtung dieser neuen Wohnhausanlagen rund 3,730.000 Schilling betragen.

An der Hagengasse-Camillo Sittegasse-Gablenzgasse-Alliogasse in Fünfhaus wird ein Wohnhausbau nach einem Entwurfe des Architekten Z.V. Leo Kammel errichtet werden. Diese Anlage wird an 6 Stiegenhäusern 115 Wohnungen umfassen und insgesamt rund 1,840.000 Schilling Kosten erfordern. Von dem 2537 Quadratmeter grossen Baugrund werden nur 61 Prozent - 1544 Quadratmeter_ verbaut, während 993 Quadratmeter des Baugrundes zu einem Gartenhof ausgestaltet werden.

Schliesslich wird auch an der Holochergasse-Oeverseestrasse-Preysinggasse-Löschenkohlgasse in Fünfhaus ein Wohnhausbau errichtet.Der Entwurf, der vom Architekten Professor Dr. Oskar Strnad stammt, sieht 85 Wohnungen an 6 Stiegenhäusern vor. Der Baugrund ist 1978 Quadratmeter gross; hievon werden jedoch bloss 1176 Quadratmeter, also nicht einmal 60 Prozent des gesamten Baugrundes, verbaut,während der restliche Teil des Baugrundes- ungefähr 801 Quadratmeter - zu einem Gartenhof ausgestaltet wird.Die Kosten der Errichtung dieser neuen Wohnhausanlage werden rund 1,380.000 Schilling betragen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 21. Mai 1931.

Der Choleraverdacht in Ebreichsdorf auch durch die bakteriologische Untersuchung widerlegt.

Der gestern in die Infektionsabteilung des Franz-Josefs-Spitales mit der Diagnose Choleraverdacht eingelieferte Hilfsarbeiter Franz Stastny ist, wie nunmehr eindeutig feststeht, nicht an Cholera erkrankt. Die klinische Diagnose, die keinen Choleraverdacht ergeben hatte, ist durch die inzwischen abgeschlossene bakteriologische Untersuchung bestätigt worden. Von einem Cholerafall kann also keine Rede sein.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Wiener Schulen feiern Mozart.

Der Stadtschulrat für Wien hat das Mozartjahr zum Anlass genommen, um die Schulen aufzufordern, im Rahmen von Schülerdarbietungen Mozartfeiern zu veranstalten. Eine solche Mozartfeier hat gestern, Mittwoch, im Vortragssaal des Winarsky-Hofes die Knaben-Hauptschule in der Brigittenau, Leipzigerplatz, veranstaltet, zu der die Schüler anderer Brigittenauer Volks- und Hauptschulen geladen waren. Im Mittelpunkt der Feier standen Szenen aus Mozarts Oper "Die Zauberflöte". Die Begleitmusik spielte das Schülerorchester, den Papageno, den Tannino und andere Gestalten aus der Zauberflöte stellten gleichfalls Schüler dar; ebenso wurden die Chorgesänge von Schülern vorgetragen. Schülerinnen der Mädchen-Hauptschule in der Brigittenau, Leipzigerplatz, tanzten das Menuett in Es-dur; dann brachte eine Volksschülerin das Wiegenlied auf der Geige zum Gehör, worauf die Feier mit den erhebenden Klängen des Mozart'schen Bundesliedes geschlossen wurde. Der Feier wohnten Präsident Glöckel und eine Abordnung von Lehrern aus Deutschböhmen, die gegenwärtig die Wiener Schulverhältnisse studieren, bei.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Wiederbenützung leerstehender Wohnräume muss angezeigt werden.

Der Magistrat musste in der letzten Zeit einen Hauseigentümer bestrafen, weil die Wiedervermietung eines seinerzeit als leerstehend bekanntgegebenen Mietobjektes entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des Wohnbausteuergesetzes dem Magistrat nicht angezeigt worden war. Der Magistrat nimmt diesen Fall zum Anlass, die Hauseigentümer und deren Stellvertreter aufmerksam zu machen, dass solche Wiederbenützungen nach § 7, Abs. 4, des zitierten Gesetzes und nach Artikel VII, Abs. 8, der Durchführungsverordnung vom 2o. März 1923, L.G.Bl. für Wien Nr. 34, spätestens binnen 14 Tagen dem Magistrat bei Vermeidung der Straffolgen anzuzeigen sind. Als leerstehend angezeigte Räumlichkeiten gelten bereits dann als benützt und daher als wohnbausteuerpflichtig, wenn sie in irgend einer Weise, zum Beispiel zur Aufbewahrung von Gegenständen oder auch nur vorübergehend, verwendet werden. -.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

169

Wien, am 22. Mai 1931.

Bürgermeister Seitz über den Rückgang der Biersteuer.

Ein Brief des Bürgermeisters an den Bundeskanzler.

Wie bereits wiederholt veröffentlicht wurde, weist die Biersteuer, insbesondere in Wien, einen ausserordentlichen und bisher von Monat zu Monat steigenden Rückgang auf. Die Wiener Biersteuer wurde seinerzeit eingeführt, um die Beiträge des Landes für die Notstandsaushilfen und die Altersfürsorge zu decken. Dies trifft jedoch schon längst nicht mehr zu und es ergeben sich dabei ausserordentliche Abgänge.Eine Erhöhung der Biersteuer wurde später vorgenommen, damit Wien zu dem Haushalte der anderen Bundesländer beitrage.Wien ist verpflichtet, allmonatlich 641.ooo Schilling aus diesem Titel als Härteausgleich zu bezahlen. Geht der Steuerertrag darüber hinaus, so muss der Ueberschuss gleichfalls abgeliefert werden, ist aber das Steuerergebnis ein geringeres, so muss Wien unter allen Umständen noch aus seinen sonstigen Einnahmen für die Ergänzung sorgen.Das ist nun schon seit langer Zeit der Fall und bedeutet einen Zustand, wie er wohl in der Steuergeschichte der ganzen Welt vollkommen vereinzelt und beispiellos dasteht. Der Bürgermeister hat diese Verhältnisse zum Anlass genommen, um an den Bundeskanzler eine Zuschrift folgenden Wortlautes zu richten:

"Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf den nachfolgend geschilderten Tatbestand zu lenken:

Der Bierverbrauch weist fortgesetzt einen ausserordentlichen und von Monat zu Monat steigenden Rückgang auf. In den ersten drei Monaten des heurigen Jahres betrug der Ausstoss in Wien 88.152, 80.871 und 91.042 Hektoliter. In den gleichen Monaten des Jahres 1930 waren es 108.851, 98.973 und 128.486 Hektoliter. Der Rückgang beträgt demnach im Jänner dieses Jahres 2o Prozent, im Feber 22 und im März 29 Prozent.Wien wird dadurch in ganz besonders harter Weise getroffen. Die seinerzeitige Einführung der Bierabgabe von 6 Schilling für das Hektoliter auf Grund des Gesetzes vom 29. November 1926 erfolgte im Zusammenhang mit der den Ländern neu auferlegten Beitragspflicht zu den Notstandsaushilfen und zur Altersfürsorge.Schon damals wurde im Wiener Landtag vom Finanzreferenten eindringlichst darauf verwiesen, dass für Wien mit diesem Steuersatz unter gar keiner Bedingung das Auslangen gefunden werden könne. Insbesondere in Krisenzeiten würde sich zweifellos herausstellen, dass wachsende Arbeitslosigkeit mit sinkendem Bierverbrauch gleichbedeutend ist und daher schon der Natur nach die Bierverbrauchabgabe sich nicht als Deckung für die Notstandsaushilfen eignet. Die Entwicklung der Verhältnisse hat die Berechtigung dieser Befürchtung leider in einem ganz ausserordentlichen Umfang erwiesen. In den ersten drei Monaten des Jahres 1931 hat Wien aus dieser Biersteuer

38o

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

 Wien, am 22.Mai 1931.

1,545.207'51 Schilling eingenommen. Hingegen mussten als Beitrag zu den Notstandsaushilfen und zur Altersfürsorge 3,959.086 Schilling geleistet worden. Es ergibt sich also bloss in diesem einen Vierteljahr ein Fehlbetrag von 2,413.878'49 Schilling. Aber auch die Gebarung in der vorherliegenden Zeit ist eine ungünstige gewesen. Seit Einführung des Gesetzes hatt die Gemeinde nicht weniger als 6,338.420 Schilling 56 Groschen mehr an Beitragszahlungen zu leisten, als durch die Bierabgabe hereingebracht werden kann. Die Entwicklung im heurigen Jahr ist aber eine geradezu katastrophale.

Als vollkommen unerträglich muss der Zustand bezeichnet werden, der bezüglich des zweiten Teiles der Biersteuer von 3 Schilling 80 Groschen eingetreten ist. Sie wurde mit dem Gesetz vom 21. Dezember 1928 eingeführt und dient als sogenannter Härteausgleich. Die Gemeinde ist verpflichtet, das Gesamterträgnis an die übrigen Länder und Gemeinden abzuführen. Das ist schon an sich ein ganz ungewöhnlicher und in der Geschichte des Steuerwesens wohl beispiellos dastehender Fall, dass eine Gebietskörperschaft den Bürgern Steuern auferlegen muss, um sie anderen Gebietskörperschaften abzuliefern.Es wurde aber damals entgegen allen Einwendungen noch die Bestimmung erzwungen, dass dies mit einem verbürgten Minimalbetrag, der dem seinerzeitigen Ertrag ungefähr entsprochen hat, geschehen müsse. Es sind dies monatlich 541.667 Schilling. Nun hat dieser Teil der Biersteuer in den ersten drei Monaten dieses Jahres 983.293 Schilling 84 Groschen gebracht. Hingegen hatte Wien 1,625.001 Schilling abzuliefern. Es mussten also um den tatsächlichen Ertrag der Biersteuer auf diese verbürgte Mindestsumme zu ergänzen, noch 641.707 Schilling 16 Groschen aus anderen Steuereingängen Wiens hinzugefügt werden. Das ist nicht mehr ein Härteausgleich für die anderen Länder, sondern es ist eine ungeheure und einfach nicht aufrecht zu erhaltende Härte, die Wien hier zugefügt wird.

Ich muss deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die dringendste Aufforderung richten, den hier geschilderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es wird dies auch in einer nahen Zukunft dadurch möglich sein, dass die vom Bund im Zusammenhang mit dem einmaligen Notopfer für die Landwirtschaft eingeführte Biersteuer mit 31. Dezember 1931 endet.Da wohl unter den gegebenen finanziellen Verhältnissen der öffentlichen Verwaltungen ein blosses Erlöschen der Bierabgabe nicht beabsichtigt sein dürfte, so wäre dies der Anlass,bei der zu gewärtigenden Aufteilung durch angemessene Berücksichtigung Wiens das zugefügte Unrecht gut zu machen.Ich melde schon jetzt diesen Anspruch Wiens hiedurch ausdrücklich an und bitte Sie,sehr geehrter Herr Bundeskanzler, in Würdigung der vorstehenden Darlegungen um Ihre volle Unterstützung."

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 22. Mai 1931.

Grosse Arbeitsaufträge für Wohnhausbauten der Gemeinde Wien.

In einer Ausschussitzung werden Aufträge für mehr als 6 1/2 Millionen Schilling vergeben.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung wieder Aufträge für verschiedene Arbeiten an städtischen Wohnhausanlagen, die jetzt erbaut werden, vergeben; die Kosten der Durchführung dieser Arbeiten betragen insgesamt mehr als 6,559.7oo Schilling. Spenglerarbeiten an verschiedenen Wohnhausanlagen erfordern fast 16o.ooo Schilling Kosten, Strassen- und Wegherstellungen fast 1oo.ooo Schilling, verschiedene Ton- und Terazzoplattenpflasterungen mehr als 15o.ooo Schilling Kosten; für Zimmermannsarbeiten werden 95.ooo Schilling, für Bautischlerarbeiten 165.ooo Schilling und für Malerarbeiten mehr als 3o.ooo Schilling aufgewendet. Die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für sechs Wohnhausanlagen werden allein mehr als 4,65o.ooo Schilling kosten. Schliesslich sind auch noch Schlosserarbeiten mit einem Kostenaufwand von mehr als 26o.ooo Schilling und Installationsarbeiten mit einem Kostenaufwand von mehr als 93o.ooo Schilling vergeben worden. Diese grossen Aufträge bedeuten für das Wiener Baugewerbe und für alle beteiligten Gewerbezweige überhaupt langdauernde Beschäftigung; sie bringen auch tausenden Arbeitern Arbeit und sind so ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Fahrpreis der Strassenbahn und Stadtbahn am Pfingstmontag.

Am Pfingstmontag gilt auf der Strassenbahn und auf der Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahrscheine, Schüleranweisungen und Schülerfreikarten haben keine Gültigkeit. Der Autobusbetrieb ist an diesem Tage eingestellt. Die Beförderung von Hunden ist auf der Strassenbahn und Stadtbahn während des ganzen Tages zulässig.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Haushaltungsschule der Stadt Wien.

In der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, und Landstrasse, Petrusgasse 1o, wird eine zehnmonatige Haushaltungsschule für schulentlassene Mädchen abgehalten, die zur Führung eines einfachen Haushaltes heranbildet. Ausserdem besteht auch eine Fachschule für Grossküchenbetriebe, die einschliesslich des dreimonatigen Praktikums in Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien, zwölf Monate dauert. Diese Fachschule dient der Heranbildung von Personal für Grossküchenbetriebe; das Aufnahmsalter ist 16 Jahre. Ueberdies wird in der Haushaltungsschule der Stadt Wien auch eine Reihe von Spezialkursen abgehalten. Prospekte sind auf Wunsch bei der Schulleitung erhältlich. Einschreibungen finden täglich in der Zeit zwischen von 8 und 14 Uhr statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 17o
KARL HONAY

Wien, am 23.Mai 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Mittwoch, um 10 Uhr der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend daran hält die Landesregierung eine Sitzung ab.

Der Wiener Landtag tritt am Freitag um 16 Uhr 30 zusammen. Unmittelbar nach Schluss der Sitzung des Wiener Landtages findet eine Sitzung des Gemeinderates statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eine grosse Bade-und Wäschereianlage für den städtischen Wohnhausbau auf dem Engelsplatz.

Der erste Teil der grossen Wohnhausanlage auf dem Engelsplatz in der Brigittenau dürfte noch im heurigen Jahre besiedelt werden;es muss daher für die nötigen Bade-und Wäschereianlagen vorgesorgt werden.Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat daher in seiner letzten Sitzung die im Gesamtprojekt der grossen Wohnhausanlage vorgesehene Wäscherei und Badeanlage nach den Plänen des Architekten Rudolf Perco genehmigt.Die Anlage wird an der Wehlistrasse errichtet. In Terrainhöhe ist ein grosser Waschsaal mit 54 Waschständen vorgesehen; die Räume für das Einweichen, Trocknen, Mangeln und Bügeln der Wäsche sind um den zentral gelegenen Waschsaal angeordnet; das Kesselhaus liegt an der Strasse. Im ersten Stock der neuen Anlage wird das Bad liegen, das 12 Wannenbäder und 16 Brausebäder umfassen wird; die notwendigen Reservoirs sollen im Dachgeschoss untergebracht werden.Die Erzeugung des Dampfes und des Heisswassers für Wäscherei und Bad wird durch zwei Flammenrohrkessel erfolgen. Der Schornstein für die Anlage wird in einem turmartigen Aufbau der anschliessenden Wohnhausgruppen untergebracht, von der jetzt zwei Häuser errichtet werden. Diese beiden Häuser, die ausser Keller und Parterre vier Geschosse und ein Dachgeschoss mit flachem Dach haben werden, werden insgesamt 35 Wohnungen enthalten.Der Turm wird in Ziegelrohbau ausgeführt werden und eine öffentliche Uhr tragen.Die Gesamtkosten für die Wäscherei-und Bad anlage und die beiden anschliessenden Wohnhäuser betragen rund 1,62o.ooo Schilling, wozu mehr als 47o.ooo Schilling auf die beiden Wohnhäuser entfallen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus.

Die Bezirksvertretung Fünfhaus fält am Freitag, den 5. Juni, um 18 Uhr eine Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 23. Mai 1931.

Verbot des Fussballspielens im Innundationsgebiet.

Das Bundesstrombauamt, dem die Sorge um die Hochwasserschutzanlagen längs des Donaustromes obliegt, hat das Fussballspielen im Bereiche des am linken Donauufer liegenden Ueberschwemmungsgebietes verboten, um die bei Hochwasser und zur Bekämpfung der Staubplage überaus wichtige Grasnarbe zu schützen. An alle Besucher des Ueberschwemmungsgebietes, die sich insbesondere an Sonn- und Feiertagen dort aufhalten, ergeht daher das dringende Ersuchen, das Verbot des Fussballspielens nicht zu übertreten und alles zu vermeiden, was zu einer Beschädigung der Uferschutzanlagen führen könnte.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Vorübergehende Einstellung des Autobusverkehres Billrothstrasse- Salmannsdorf.

Wegen Strassenbauarbeiten in der Krottenbachstrasse wird der Autobusverkehr der sogenannten Krottenbachlinie von kommenden Dienstag an auf ungefähr sechs Wochen teilweise eingestellt. Während dieser Zeit wird ein Pendelverkehr von der Abfahrtstelle Billrothstrasse- Gymnasiumstrasse bis zur Baustelle geführt, und zwar in der ersten Woche bis zur Glanzinggasse und später bis zur Langenaugasse. Auf die Dauer dieser teilweisen Einstellung der Autobuslinie gelten die Streckenkarten mit der Vorschreibung der Strassenbahnlinien 38 oder 39, Zone 2 oder 3, auch auf der Linie 41 zwischen der Spitalgasse und der Endstelle Pötzleinsdorf. Der Vorweiser der Streckenkarte muss sich jedoch mit einer für die Elektrobuslinie Pötzleinsdorf-Salmannsdorf oder für die Autobuslinie Billrothstrasse- Salmannsdorf gültigen Erkennungskarte ausweisen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

In diesen Tagen feierten das Ehepaar Andreas und Marianne Schicker seine diamantene und die Ehepaare Udo und Ottilie Beckert, Gustav und Rosa Ernst, Ignaz und Barbara Gebel, Ludwig und Elisabeth Laut, Franz und Anna Schulz und Karl und Marie Strohmayer ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
171
Wien, am 26. Mai 1931.

Die Beerdigung Wilhelm Exners.

Durchführung der Beerdigung durch die Gemeinde Wien.- Widmung eines Ehrengrabes.

Ueber Anregung des Bürgermeisters wird die Gemeimde Wien in Würdigung und Anerkennung der grossen Verdienste Dr. Wilhelm Exners die Beerdigung des verstorbenen Gelehrten durchführen und ein Ehrengrab für Wilhelm Exner im Wiener Zentralfriedhof widmen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Starker Besuch in den städtischen Sommerbädern.

Das schöne Wetter brachte den städtischen Bädern an den beiden Pfingstfeiertagen einen überaus starken Besuch.Am Sonntag badeten in den städtischen Bädern 38.534 Personen, am Montag 48.321 Personen;insgesamt hatten die städtischen Bäder also an den beiden Pfingstfeiertagen 86.855 Badegäste.Die meisten Besucher hatte, wie gewöhnlich, das städtische Strandbad "Gänshäufel", das an beiden Pfingstfeiertagen von 25.573 Badelustigen aufgesucht wurde. Dann folgen das Schwimm-,Sonnen- und Luftbad "Kongressplatz" mit 16.648 Badegästen und das Strandbad "Alte Donau" mit 12.1o7 Badegästen. In den Kinderfreibädern tummelten sich viele tausende Kinder. Der Betrieb wickelte sich in allen Bädern klaglos ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierte das Ehepaar Jakob und Margaretha Avender das Fest der diamantenen Hochzeit. Da das Jubelpaar in Oberösterreich seinen Wohnsitz hat, ist ihm der Glückwunsch und die Ehrengabe der Stadt Wien übersendet worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit erhalten in Meidling die Schwenkgasse und Hasenhutgasse und in Fünfhaus die Markgraf Rüdigergasse,Dankwartgasse,Langmaisgasse, Rauenthalgasse,Volkergasse,Alberichgasse und der Vogelweidplatz öffentliche elektrische Beleuchtung.Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind bereits vergeben worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat eingesetzte Beirat, dem die Begutachtung der Ansuchen um Gewährung von Zinszuschüssen zu Mietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 4o. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 2o7 Parteien in 32 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 1.077 Schilling genehmigt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 21.393 Parteien in 2.39o Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge von 99.591 Schilling bewilligt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt — Wien, am 26. Mai 1931.

Die Gemeinde Wien widmet eine Grabstelle für Philipp Langmann.

Für den vor kurzem verstorbenen Dichter Philipp Langmann wird die Gemeinde Wien auf Veranlassung des Bürgermeisters eine Grabstätte in bevorzugter Lage auf dem Wiener Zentralfriedhof ehrenhalber widmen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

325 Einäscherungen im April in Wien.

In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden im vergangenen April 325 Leichen eingeäschert. Von den Verstorbenen waren 203 Männer und 122 Frauen; 189 hatten der römisch-katholischen, 3 der altkatholischen, 34 der evangelischen, 2 der griechisch-orthodoxen und 27 der mosaischen Religion angehört, während 70 konfessionslos waren. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden im April 54 Einsegnungen nach altkatholischem und 48 nach evangelischem Ritus vorgenommen; 288 Leichen wurden aufgebahrt. 33 Leichen wurden im April von auswärts zur Einäscherung nach Wien gebracht.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Stromabschaltung.

Die elektrische Installation im Hause Gentzgasse 72 in Währing musste von der zuständigen Magistrats-Abteilung wegen vielfacher Mängel beanständet werden. Da den erteilten Aufträgen bisher nicht entsprochen wurde und wegen der Schadhaftigkeit der Leitung in diesem Hause Gefahr im Verzug bestand, weil der bestehende Zustand der Leitung die Sicherheit der Personen gefährdete und ausserdem Feuersgefahr und die Gefahr einer Zerstörung der Gas- und Wasserleitungsrohre gegeben war, musste im öffentlichen Interesse in diesem Hause der elektrische Strom vom städtischen Kabel abgeschaltet werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

484.831 Gasabnehmer in Wien.

Wie die Direktion der städtischen Gaswerke mitteilt, haben am 30. April dieses Jahres 484.831 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen. Gegenüber dem Stand im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 30. April dieses Jahres mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten hatten. Im vergangenen April haben die städtischen Gaswerke 1156 Gasmesser neu aufgestellt, 515 Gasmesseranlagen vergrössert und 182 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten verschiedener Art war auch im April sehr rege.

-.-.-.-.-.-.-.--

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 3., 10., 17. und 24. Juni im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen jeweils um 1/2 11 Uhr vormittags.

386

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

172

II. Ausgabe.

Wien, am 26. Mai 1931.

Die Beerdigung Wilhelm Exners.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wird die Beerdigung Dr. Wilhelm Exners von der Gemeinde Wien durchgeführt.

Der verstorbene Gelehrte wird im Technologischen Gewerbemuseum, Währingerstrasse 59, aufgebahrt. Morgen, Mittwoch, wird der Sarg um 3 Uhr nachmittags durch ein Spalier von Schülern der Anstalt durch die nach dem Verstorbenen benannte Wilhelm Exnergasse und durch die Michelbeuerngasse getragen und dann auf den Zentralfriedhof überführt werden. Vor der Gedächtniskirche im Zentralfriedhof findet morgen, Mittwoch, um 3/4 4 Uhr nachmittags eine Trauerfeier statt, bei der das Stiegler-Quartett mitwirken und der Wiener Männergesangsverein, dessen Ehrenmitglied Wilhelm Exner war, den Chor "Wanderers Nachtlied" vortragen wird. Dem Wunsche des Verstorbenen gemäss werden keine Ansprachen gehalten werden. Nach der Trauerfeier wird der Sarg in feierlichem Zuge zu dem von der Gemeinde Wien gewidmeten Ehrengrabe getragen und dort nach der Einsegnung bestattet werden. Bei der Bestattung wird der Wiener Männergesangsverein den "Wahrspruch" zum Vortrag bringen.

Die Herausgabe von Parten entfällt über besonderen Wunsch des verstorbenen Gelehrten.

387

-.-.-.-.-.-.-.-.--

WIENER STADTBIBLIOTHEK

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
173
Wien, am 27.Mai 1931.

Neuerlich bedeutende Bestellungen der Gemeinde Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung wieder eine Reihe bedeutender Aufträge und Bestellungen vergeben. So werden verschiedene Sorten Rohmolino um rund 42.500 Schilling, Wintermontourstoff um rund 46.000 Schilling, Eicherbrettelböden für Wohnungen in neuen Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien um rund 1,900.000 Schilling und Gerste für den Futtermitteldienst auf dem Zentralviehmarkt um rund 75.000 Schilling angeschafft. Die Gesamtkosten der in der Gemeinderatsausschussitzung vergebenen Bestellungen und Aufträge betrage mehr als zwei Millionen Schilling.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eine neue Schornsteinbauweise.

In einer der letzten Sitzungen des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen berichtete Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Musil über die Erfahrungen mit den bei einigen städtischen Wohnhausbauten probeweise ausgeführten neuartigen Sammelschornsteinen. Diese, auch Thermophorschornstein genannt, erlauben weit mehr Feuerungen anzuschliessen als die bisher üblichen engen Schornsteine; sie sind eine Erfindung des technischen Ober-Inspektors Ingeneur Motzko. Das Stadtbauamt führte zwecks wissenschaftlicher Klärung der neu Erfindung unter der Leitung der Versuchsanstalt für Feuerungsanlagen der Winer Technischen Hochschule viele Wochen hindurch eingehende Versuche und Messungen durch, die im allgemeinen ein recht günstiges Ergebnis zeigten. Nachdem nunmehr die theoretischen Grundlagen gewonnen sind, ist zu gewärtigen, dass die neue Bauweise, die unleugbare Vorteile besitzt, ihren Eingang in die Praxis finden wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Beabsichtigte Errichtung eines Denkmales für Dr. Franz Odehnal.

Widmung eines Platzes in der Gartenanlage auf dem Bischof Faber-Platz.

Das Odehnal-Denkmalkomitee hat an die Gemeinde Wien das Ansuchen gerichtet, die Aufstellung eines Dr. Franz Odehnal-Denkmales in Währing in der Gartenanlage auf dem Bischof Faber-Platz zu gestatten. In seiner letzten Sitzung hat nun der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, diesem Ansuchen Folge zu geben und einen Platz in der Gartenanlage für die Errichtung des Denkmales zu widmen. Die Bewilligung erlischt, wenn das Denkmal nicht binnen Jahresfrist errichtet wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Vorsicht beim Rudern und Schwimmen in der Donau.

Bereits zu Beginn der heurigen Schiffahrtsperiode hat die Donau mehrere Todesopfer gefordert. Eigene Unvorsichtigkeit und Nichtbeachtung der behördlichen Vorschriften waren die hauptsächlichsten Ursachen dieser beklagenswerten Unfälle. Die Schiffahrtsgesellschaften führen wieder darüber Klage, dass ihre Dampfer und Motorboote durch Sportboote (Faltboote) und Schwimmer arg behindert werden. Das Amt der Wiener Landesregierung fordert

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
II. Blatt
Wien, am 27. Mai 1931.

daher neuerlich alle Sportbootfahrer in deren eigenstem Interesse auf, das Anfahren der Dampfschiffe und Motorboote zu unterlassen, da sie damit nicht nur sich selbst in eine nicht zu unterschätzende Gefahr bringen, sondern oftmals auch schwere Störungen der gewerbsmässigen Schiffahrt verursachen. Ebenso wird vor dem Anschwimmen an Schiffe- einem alljährlich beklagten Unfug- gewarnt. Schliesslich wird daran erinnert, dass das Befahren des Donaukanales mit Sporbooten, soferne hiezu nicht eine besondere Bewilligung erwirkt wurde, und das Baden im Donaukanal ausserhalb der Badeanstalten verboten ist.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Schülerfahrtbegünstigungen bei der Strassenbahn.

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen macht neuerlich darauf aufmerksam, dass Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen bei den städtischen Strassenbahnen für das kommende Schuljahr schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Schluss des laufenden Schuljahres eingebracht werden sollen. Nur solche zeitgerecht vorgelegte Ansuchen können vor Beginn des neuen Schuljahres erledigt werden, so dass die Schüler gleich beim Schulbeginn in den Genuss der Fahrscheinbegünstigung gelangen. Für später, etwa in den Monaten Juli und August oder gar erst nach Schulbeginn eingebrachte Fahrbegünstigungsansuchen kann eine zeitgerechte Erledigung nicht in Aussicht gestellt werden. Fahrbegünstigungsansuchen für das laufende Schuljahr, also für das Schuljahr 1930-31, werden nicht mehr angenommen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Stipendien der Gemeinde Wien.

Im Studienjahr 1931-32 gelangen für Schüler der Wiener Obermittelschulen (Obergymnasien, Oberrealschulen und sonstigen Obermittelschulen, die dieselben Berechtigungen zum Besuche der Hochschulen gewähren), der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien, der Wiener Bundes-Lehrerbildungsanstalten, der Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen in Wien, der Wiener Staatsgewerbeschulen, des Wiener Technologischen Gewerbemuseums, der Wiener Handelsakademien mit Oeffentlichkeitsrecht, der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums für Kunst und Industrie, der Bundeslehranstal für Textilindustrie und der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien ungefähr 100 von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien von je 300 Schilling jährlich und für Hörer der Wiener Universität, der Wiener Technik, der Wiener Tierärztlichen Hochschule, der Hochschule für Welthandel, der Hochschule für Bodenkultur, der Fachhochschule für Musik und darstellende Kunst, der Akademie für bildende Künste und der Akademischen Spezialschule für Medailleurkunst in Wien ungefähr 80 von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien von je 420 Schilling (396 Schilling für Hörer der Rechte) jährlich nach den hiefür bestehenden allgemeinen Vorschriften und unter den nach-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY
III. Blatt
Wien, am 27.Mai 1931.

stehenden besonderen Voraussetzungen und Bedingungen zur Verleihung.

Zum Genusse dieser Stipendien sind nur unbemittelte öffentliche Schüler und Schülerinnen und ordentliche Hörer und Hörerinnen der genannten Lehranstalten berufen, Privatisten an Mittelschulen und ausserordentliche Hörer an Hochschulen sind von der Beteilung mit einem Stipendium ausgeschlossen. Unter sonst gleichen Bestimmungen haben nach Wien zuständige Bewerber den Vorzug. Die mit der Würdigkeitsbestätigung der Schulleitung und dem Nachweis der österreichischen Bundesbürgerschaft versehenen Gesuche sind bis 2o. Juli unmittelbar beim Wiener Magistrate, Abteilung 8, Neues Rathaus, einzubringen. Dem Gesuche sind Geburts-(Tauf-)schein, Heimatschein, Studiennachweise der beiden letzten Semester, allenfalls auch Prüfungs- und Frequentationszeugnisse, (Hörer der Technischen Hochschule haben überdies das vorgeschriebene Einheitenverzeichnis beizubringen), ein legales Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Einschreiters und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, und ein Fragebogen, der vor Ueberreichung des Gesuches in der Magistrats-Abteilung 8 zu beheben und in allen Rubriken genau auszufüllen ist, beizuschliessen. Die mit einem Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Die Stipendien werden Mittelschülern für eine Zeit verliehen, die zur Vollendung ihrer Studien an der Mittelschule bei normalem Studienfortgange erforderlich ist, Hochschülern bis zum Schlusse des Studienjahres; das Stipendium kann jedoch in der Regel bis zur Vollendung der Studien alljährlich wieder verliehen werden, falls nicht besondere Gründe dagegen sprechen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 28. Mai, um 6 Uhr nachmittags statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Parteienverkehr im Wohnungsamt.

Vor einigen Wochen wurde im Wohnungsamt zur Erleichterung des Umtausches und der Sichtung der Evidenzbescheinigungen ein zweiter Sprechtag wöchentlich eingeführt. Nunmehr sind diese Arbeiten abgeschlossen. Ab 1. Juni findet daher im Wohnungsamt Parteienverkehr nur mehr an Samstagen in der Zeit von 8 Uhr bis 12 Uhr statt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

174

II .Ausgabe

Wien, am 27.Mai 1931.

Eine englische Studienkommission für Städtebau in Wien.

Die Londoner Garden Cities und Town Planning Association, die anlässlich des letzten Wiener Städtebaukongresses gegründet wurde und sich mit den Problemen des Städtebaues und der Errichtung von Gartenstädten beschäftigt,hat eine Studienreise nach dem Kontinent veranstaltet.Die Studienkommission ist vor einigen Tagen nach dem Besuche mehrerer Städte Deutschlands und der Tschechoslowakei in Wien eingetroffen, um die Schöpfungen der Wiener Stadtverwaltung,insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues,kennenzulernen.Die Reisegesellschaft,der unter anderem Gemeinderäte von London und anderen englischen Städten angehören, besichtigte eine Reihe städtischer Wohnhausbauten,darunter die Wohnhausanlagen auf dem Margaretengürtel, in der Aichholzgasse,die Anlagen Sandleiten und Karl Marx-Hof,die Gartenstädte Spinnerin am Kreuz, Wienerberg und Tivoli,die Siedlungen Hermeswiese,Lockerwiese und Kagran,das Amalienbad das Kongressbad und mehrere Kinderfreibäder,den neuen Tuberkulosepavillon im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz, die neue Schule in Kagran,das Stadion,eine Reihe von städtischen Sportplätzen und Dauerkleingartenanlagen und anderes mehr.Heute nachmittags waren die Teilnehmer an der Studienreise Gäste der Stadt Wien;im Schlosshotel Cobenzl begrüsste in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Weber die Gäste.Er verwies auf den internationalen Städtebaukongress in Wien im Jahre 1926,bei dem die Wiener Wohnbaupolitik im Mittelpunkte der Erörterungen gestanden sei. "Wir freuen uns,nunmehr feststellen zu können",sagte Stadtrat Weber,"dass die Richtlinien unserer Wohnbaupolitik,die vor fünf Jahren insbesondere von deutscher Seite einer scharfen Kritik unterzogen wurden,jetzt volle Anerkennung finden.An Stelle des einzelnen Bauherren,beim Wohnungsbau für den/die kaufmännische Rentabilität ausschlaggebend ist,haben wir die Gesamtheit der Bevölkerung gesetzt.Die Gemeindeverwaltung will ihre Wohnbautätigkeit solange fortsetzen,bis jeder Bürger das Obdach besitzt,auf das er Anrecht hat."
Für die Gäste sprach Captain R.L.Reiss,der für die herzliche Aufnahme dankte,die die Teilnehmer an der Studienreise in Wien gefunden haben."Wir glauben",führte Captain Reiss aus,"dass Wien der Welt gezeigt habe,wie man das Wohnungsproblem,insbesondere was die finanzielle Seite betrifft,lösen soll. Wir bewundern die Wiener städtischen Wohnhausanlagen,die Kindergärten, die Schöpfungen des neuen Wien überhaupt,die uns bleibende Eindrücke verschafft haben."

391

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY
175
Wien, am 28. Mai 1931.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im März 1931.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, wurden im vergangenen März in Wien 827 Trauungen vollzogen, um 598 weniger als im Februar dieses Jahres und um 15 weniger als im März 1930. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im heurigen März 408 Ehen, vor der politischen Behörde 182 Ehen geschlossen.

An den Magistrat wurden im vergangenen März 328 Ansuchen um Ehedispens gerichtet; 260 Dispensansuchen wurden im gleichen Monat aufrecht erledigt.

800 Personen änderten im März dieses Jahres ihre Konfession; darunter waren 610 Personen, die aus der römisch-katholischen Kirche aus - traten. 501 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

Im Berichtsmonate kamen in Wien 1613 Säuglinge lebend zur Welt, um 307 mehr als im Februar dieses Jahres, aber um 209 weniger als im März 1930. Von den Lebendgeburten waren 842 Knaben und 771 Mädchen, 1190 eheliche und 423 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 301 Kinder, in Anstalten 1.312 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im heurigen März betrug 159; das sind um 7 mehr als im Februar dieses Jahres, hingegen um 19 weniger als im März 1930. Von den Totgeburten waren 87 Knaben und 53 Mädchen; in 19 Fällen war das Geschlecht unkenntlich. 26 Totgeburten erfolgten in der Wohnung der Mutter, 133 in Anstalten.

Im vergangenen März starben in Wien 2.356 Personen, um 53 weniger als im Februar dieses Jahres und um 8 mehr als im März 1930. Von den Verstorbenen waren 1.183 männlichen und 1.173 weiblichen Geschlechtes. 2.217 Verstorbene gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 139 ortsfremd waren. In ihrer Wohnung starben 930 Personen, in Anstalten 1.426 Personen. Von den im heurigen März in Wien verstorbenen Personen waren 680, also fast ein Drittel aller Ver-storbenen, über 70 Jahre alt.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im Mätz in Wien 134 Säuglinge im ersten Lebensjahr starben, und zwar 60 Knaben und 74 Mädchen. Von den verstorbenen Säuglingen waren 92 eheliche und 42 uneheliche Kinder. 67 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 67 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Im Berichtsmonate wurden in Wien 2.325 Leichen bestattet, von denen 331 eingeäschert wurden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Freitag, tritt um 1/2 5 Uhr nachmittags der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Unmittelbar nach Schluss der Sitzung des Wiener Landtages findet eine Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien statt.

392

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 28. Mai 1931.

Strassenarbeiten in Wien.

Umbau von Strassen in einigen Wiener Bezirken.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auch in seiner letzten Sitzung wieder eine Reihe von Strassenarbeiten in verschiedenen Bezirken beschlossen und die nötigen Aufträge vergeben, damit während der günstigen Bausaison die Arbeiten durchgeführt werden können. Auf dem Getreidemarkt wird das Holzpflaster längs der Akademie der bildenden Künste mit einem Kostenaufwand von 70.000 Schilling neu hergestellt. In Margareten soll die Kohlgasse in der Strecke von der Arbeitergasse bis zur Margaretenstrasse umgebaut werden; dieser Teil der Kohlgasse, der heute noch eine Makadamfahrbahn hat, wird eine Asphaltbetondecke erhalten. Mit Ausnahme einer kleinen Strecke der 8 Meter breiten Fahrbahn, die wegen der Steigung Kleinsteinpflaster hat, wird dann die ganze Kohlgasse mit einer Asphaltdecke versehen sein; auch die Gehsteige werden asphaltiert. In Hietzing wird eine Reihe von Strassenzügen umgebaut. Die Onno Kloppgasse wird eine 7'5 Meter breite Fahrbahn mit einer Asphaltdecke auf Betonunterlage erhalten; hiefür werden Kosten im Betrage von 40.000 Schilling aufgewendet. In gleicher Weise wird auch die Rupertgasse, die derzeit als Makadamstrasse ausgeführt ist, umgebaut werden; die notwendigen Kosten für diesen Strassenumbau betragen 50.000 Schilling. Schliesslich wird auch die Stadlergasse in der Strecke von der Lainzerstrasse bis zur St. Veitgasse mit einem Kostenaufwand von 100.000 Schilling umgebaut; die Gasse, die heute zwischen der St. Veitgasse und der Bernbrunngasse eine Makadamfahrbahn hat und zwischen der Bernbrunngasse und der Lainzerstrasse überhaupt nur als provisorisch hergestellte Zufahrtsstrasse ausgeführt ist, wird einheitlich eine 7'5 Meter breite in Asphaltbeton auf Betonunterlage ausgeführte Fahrbahn erhalten. Endlich wird in Floridsdorf im Siedlungsgebiet der Siedlung Freihof die Steigenteschgasse in der Strecke von der Afritschgasse bis zur östlichen Randstrasse der Siedlung eine 5 Meter breite, in Beton ausgeführte Fahrbahn erhalten; dieser Strassenumbau erfordert Kosten im Betrage von 45.000 Schilling. Die Pragerstrasse, die als Teil der Prager Reichsstrasse in der Verwaltung des Bundes steht, soll von der Bundesstrassenverwaltung heuer umgebaut werden. Während dem Bunde die Erhaltung der durchlaufend 7'5 Meter breiten Fahrbahn obliegt, hat die Gemeinde Wien für die Erhaltung der Seitenfahrbahnen und für die Gehsteige zu sorgen. Auch die Gemeinde Wien wird sich also an dem Strassenumbau beteiligen und hiefür Kosten im Betrage von rund 120.000 Schilling aufwenden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Morgen, Freitag, findet um 4 Uhr nachmittags eine Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten statt.

-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

176

Wien, am 28. Mai 1931.

Internationaler Religionspsychologischer Kongress.

Empfang im Rathaus.

Die Teilnehmer am 1. Internationalen Religionspsychologischen Kongress, der gegenwärtig in Wien tagt, wurden heute im Rathaus empfangen. Bei dem Empfang waren Vizebürgermeister Hoss und die amtsführenden Stadträte Kokrda und Professor Dr. Tandler anwesend. In Vertretung des Bürgermeisters, der infolge der politischen Ereignisse verhindert war, zu erscheinen, begrüsste Stadtrat Professor Dr. Tandler die Gäste. Professor Tandler führte aus, dass gerade er im Fürsorgereferat Gelegenheit habe, die Bedeutung der Vorsorge für das körperliche und geistige Wohl der Menschen zu erkennen. In vielen Fällen müsse neben die materielle Hilfe der Zuspruch treten, das psychologische Erfassen der Sorgen und Nöte des Einzelnen. "Wien ist eine gastfreundliche Stadt," sagte Professor Tandler, "der wienerische Mensch ist gastfreundlich und freut sich, Gäste begrüssen zu können. Gerade in einer Zeit, die uns so viel Unglück gebracht hat, freuen wir uns über einen Besuch von Menschen, die nicht nur sich davon überzeugen wollen, was wir geleistet und was wir zu leisten unterlassen haben, sondern die nach Wien kommen, um mit Wienern freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Der Kongress gibt Ihnen Gelegenheit, die Stadt Wien und ihre Bevölkerung kennenzulernen. Wir hoffen, dass Sie sich unter Freunden fühlen, und sind überzeugt, dass Sie an den Aufenthalt in Wien zurückdenken werden und, wenn sich eine Möglichkeit dazu bietet, gerne wieder nach Wien kommen werden, wissen wir doch, dass jeder, der Wien kennengelernt hat, es immer wieder gerne aufsucht." Nach den mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Begrüssungsworten Professor Tandlers dankte Hofrat Professor Dr. Beth im Namen des Kongresses für den Empfang und für die Aufnahme, die die Kongressteilnehmer in Wien gefunden haben. Das alte bekannte Sprichwort 'mens sana in corpore sano' gelte nicht nur für das Individuum, sondern auch für die Masse, für das Volk, für die Menschheit. Was Wien auf diesem Gebiete für seine Bevölkerung geleistet habe, sei allgemein bekannt und gewürdigt. Man könne aber das alte lateinische Sprichwort auch umkehren; auch dann habe es tiefe Bedeutung. In diesem Sinne habe der Kongress seine Tätigkeit begonnen und wolle er sie fortsetzen. Mit Worten des Dankes an die Wiener Stadtverwaltung schloss Professor Dr. Beth seine Ausführungen. Nach dem Empfang besichtigten die Kongressteilnehmer das Rathaus.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

Wien, am 29. Mai 1931.

Die Teilnehmer an der Internationalen Lehrfilmkonferenz werden im Rathause empfangen.

Heute mittags wurden die Teilnehmer an der Internationalen Lehrfilmkonferenz, die gegenwärtig in Wien ihre Beratung abhält, im Rathause empfangen.An dem Empfang nahm auch der chinesische Geschäftsträger in Wien teil, der eifrigst als Förderer der Internationalen Lehrfilmkonferenz wirkte. Stadtrat Professor Dr.Tandler, der in Vertretung des infolge der politischen Ereignisse am Erscheinen verhinderten Bürgermeisters die Gäste im Rathaus begrüsste, würdigte die Bedeutung der Konferenz, die sich mit einem Probleme befasse, das nicht nur für die Gegenwart, sondern vor allem für die Zukunft höchste Bedeutung habe."Wir alle sind überzeugt,"führte Professor Dr.Tandler aus," dass die Zeit der alten Lehrmittel vorbei ist und dass in Anpassung an die neuen Forschungsmethoden auch neue Lehrmethoden gefunden und erprobt werden müssen.Ich selbst wirke seit vielen Jahren an der Schaffung von Lehrfilmen mit, die an meiner Lehrkanzel den Studenten wertvolle Studienbehelfe sind. Darum vor allem bin ich überzeugt, dass das Bestreben, das die Teilnehmer an der Internationalen Lehrfilmkonferenz vereinigt hat, ein ausgezeichnetes ist.Sie haben sich zusammengefunden, um den Film, ein kostbares Instrument menschlicher Erkenntnis, in den Dienst der Volksaufklärung zu stellen. Die Gemeinde Wien, die das Wirken für die Volksaufklärung stets mit allen Mitteln unterstützt, verfolgt daher Ihre Beratungen und Ihre Tätigkeit mit grossem Interesse und starker Sympathie." Dann gab Professor Tandler der Freude Ausdruck, die die Wiener empfinden, wenn sie Gäste bei sich empfangen können. Die Wiener Bevölkerung sei nicht das Volk der Phäaken, wie man manchmal im Auslande vermeinen möge.Wien habe mit vielen Mühen Aufbauarbeit geleistet trotz der furchtbaren Wirtschaftslage,die das ganze Volk bedrücke. Ueber allen Zweifel erhaben sei jedenfalls die Wiener Gastfreundschaft, die wirklich vom Herzen komme."Wenn Sie die alten, kulturhistorisch interessanten Denkmäler Wiens betrachten," sagte Professor Tandler am Schlusse seiner Ausführungen," vergessen Sie nicht,dass es auch ein sozial und ökonomisch interessantes neues Wien gibt,das wir selbst gezimmert haben und um dessen Zukunft wir uns bemühen,das Wien, das durch mich dem Wunsche Ausdruck gibt, dass Ihre edlen Bestrebungen zu den besten Ergebnissen, zu Ergebnissen, die alle befriedigen, führen mögen." Auf die Begrüssungsworte Professor Tandlers erwiderte Präsident Direktor Dr. Günther (Berlin).Er würdigte die Aufbauarbeit Wiens, die unter besonders schwierigen Verhältnissen erfolgt sei. Auch die Bestrebungen der Konferenz habe Wien stets unterstützt."Wir wollen den Film auch dazu verwenden,"sagte Präsident Dr. Günther,"dass die Menschen besser schauen, das Geschaute besser ausdrücken und so schliesslich einander besser verstehen lernen. Darin erblicken wir eine wichtige soziale Arbeit." Dann dankte Präsident Dr. Günther für den Empfang,für die Aufnahme, die die Teilnehmer an der Konferenz in Wien gefunden haben,und für die herzliche Gastfreundschaft, die sie in Wien überall empfinden konnten. Anschliessend an den Empfang besichtigten die Gäste das Rathaus.

395

-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

178

II. Ausgabe.

Wien, am 29. Mai 1931.

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 29. Mai 1931.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung um 17'15 Uhr.

Der Präsident hält zunächst demverstorbenen Landtagsabgeordneten und Gemeinderat Binder folgenden Nachruf:Der Landtag hat einen schweren Verlust erlitten, eines seiner Mitglieder verloren. (Die Versammlung erhebt sich) Der Abg. Hans Binder ist vorgestern, am 27. Mai, verschieden. Binder war von Beruf ein Angestellter des öffentlichen Dienstes, und hat aus seinem Berufe vielerlei Kenntnisse für das Mandat eines Abgeordneten mitgebracht. Seit 8 Jahren, seit dem Jahre 1923, hat er dem Landtage angehört und den grossen Bezirk Landstrasse hier vertreten.Wir alle haben ihn gekannt als einen Mann, der die ihm anvertrauten Interessen mit Sachkenntnis, Eifer und grossem Pflichtbewusstsein hier verfochten und sich die Achtung aller in diesem Hause erworben hat. Er war Mitglied des Finanzausschusses des Landtages und hat in dieser Eigenschaft Gelegenheit gehabt, an einer der wichtigsten Stellen der Arbeit für das Land Wien mitzutun.In jungen Jahren schon,im 48. Lebensjahre, ist er gestorben, in einem Augenblick,in dem er noch vieles hätte leisten können. Wir werden den liebenswürdigen Kollegen im Landtage stets ein ehrendes Angedenken bewahren. Sie haben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben, die Kundgebung wird im Protokoll verzeichnet werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingegangen.

St.R. Breitner berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Aenderung des Gesetzes vom 7. Februar 1930 über die Beteiligung des Landes Wien an der Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.Er erinnert daran, dass Ende 1929 die Wiener Russlandsaktion als beendet erklärt wurde, nachdem Aufträge von rund 78 Millionen Schilling unter Gemeindehaftung genommen worden waren.Als unsere Aktion zu Ende war, hat der Wiener Landtag beschlossen, den Industriellen und Kaufleuten die Möglichkeit zu bieten, wenigstens von der damals bestandenen Bundesaktion Nutzen zu ziehen und es liegt ein Beschluss des Landtages vor, wonach auch das Land Wien gleich den anderen Ländern seinen Beitritt zur Bundesaktion ausgesprochen hat. Nun hat sich auf Drängen der Industrie und der sonst beteiligten exportierenden Kreise der Nationalrat bestimmt gefunden, das bis dahin bestandeene Bundesgesetz über die Russlandhaftung zu verbessern. Wir sind der Meinung, dass diese Begünstigung gerade in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges ausgenützt werden soll und es wird deshalb dem Landtag ein Gesetz unterbreitet, wonach den Exporteuren des Gebietes des Landes Wien die Möglichkeit der Teilnahme an der Bundesaktion gewährleistet wird. (Beifall bei der Mehrheit).

Abg. Dr.Wagner (E.L.) bemerkt, seine Partei habe seinerzeit für das Russlandhaftungsgesetz gestimmt in der Ueberzeugung,dass in Zeiten so schwerer Depression niemand das Recht hat einen Gesetzentwurf in den Weg zu treten, der auch nur die Möglichkeit bietet, eine Arbeitshand mehr in unserem Lande zu beschäftigen.Dieselbe Haltung nehmen wir auch dem heutigen Gesetzentwurfe gegenüber ein.Wir bedauern allerdings, dass obwohl es die Republik und insbesondere das Land Wien an der Förderung des Russlandgeschäftes nicht hal fehlen lassen, der Export nach Russland von Jahr zu Jahr ganz bedeutend zurückgegangen ist. So hat der Export nach Russland in den ersten vier Monaten des Vorjahres die Fakturensumme von 17'8 Millionen Schilling erreicht, in derselben Periode des heurigen Jahres aber nur 8'8 Millionen.Wenn wir auch der Not gehorchend diesem Gesetzentwurf zustimmen, so wollen wir, die wir nicht auf dem Boden der Lehre von Karl Marx stehen, doch nicht verhehlen, dass eine Förderung des Exportes nach der Sowjetunion in vieler Hinsicht bedenklich sei.Nach Aussagen der Russen selbst werden sie nach einigen Jahren auf industrielle Importe aus anderen Ländern nicht angewiesen sein, dazu kommt, dass die Preiserstellung mannher Exporte aus Russland nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Motiven erfolgt und wenn eine solche Politik die Lebenhaltung breiter Massen in anderen Staaten empfindlich berührt, so kann sie nicht besonders sympathisch berühren.Es muss also festgestellt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung unseres Staates und ein hochangesehener Teil,der Wiener Bevölkerung mit der Politik der Sowjetrepubliken keineswegs übereinstimmt. Unsere Zustimmung zu dem Gesetz kann daher nicht so gedeutet werden, als ob wir in der Sowjetunion eine besondere Förderin der brüderlichen Zusammenarbeit unter den Nationen erblicken würden.Gerade das Gegenteil ist der Fall.Nur die bittere Not zwingt uns auf diesen Weg. Gerade diese Bewerbung um ein armseeliges Geschäft mit Russland sollte Europa zeigen, dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir allen schönen Versprechungen, die man unserem armen Lande gemacht hat, nicht mehr glauben können, weil kein einziges dieser Versprechungen gehalten worden ist.Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, dass es eine Selbsttäuschung von uns allen war, wenn wir von einer Lebensfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gesprochen haben.Jetzt freilich,wo die Katastrophenentwicklung etwas deutlichere Formen anzunehmen beginnt, beeilen sich wieder die berufsmässigen Krisenbeschwörer, uns zu versichern, dass uns geholfen werde. Aber mit Anlehen und mit der Stützung von verkrachten Kreditinstituten ist uns nicht zu helfen.Uns kann nur geholfen werden, wenn man unserer Bevölkerung Gelegenheit gibt, zu arbeiten.In einem solchen Zeitpukt muss auch der Wiener Landtag seine Stimme erheben und wenigstens die Forderung stellen, dass man, wenn man uns die Versprechungen, die man uns gegeben hat, nicht halten will oder kann, uns wenigstens nicht hindern soll, uns selbst zu helfen.Es ist nicht die Schuld des deutschösterreichischen Volkes,dass sich in uns die Ueberzeugung gefestigt hat, wir haben ausser unseren Brüdern und Schwestern in Deutschland keine Freunde in Europe

Wenn wir daher mit Ihnen wirtschaftlich zusammenarbeiten wollen,hat niemand das moralische Recht , uns in den Arm zu fallen.Daher nehmen wir mit einer gewissen Resignation die Abstimmung über den vorliegenden Gesetzesentwurf auf, in der Ueberzeugung, unsere Pflicht zutun, ohne aber nur im entferntesten daran zu denken,dass daraus die Rettung unseres Wirtschaftslebens erfolgen könnte.Die Rettung kommt nicht vom Gegner, sondern vom Freund(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Das Gesetz wird hierauf in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Abg. Bermann berichtet über das Ersuchen des magistratischen Bezirksamtes für den VII.Bezirk um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Landtagsabg. Geiger.Es handelt sich um eine Uebertretung des Bäckerschutzgesetzes. Der Berichterstatter weist darauf hin,dass hier ein ganz singulärer Immunitätsfall vorliegt.In dem gegenständlichen Fall ist nämlich das Erkenntnis der Behörde sowohl in erster wie in zweiter Instanz bereits vor der Wahl des Abg. Geiger erfolgt. Nun ist die Frage zu entscheiden, ob die Zustellung und der Vollzug der erflossenen Strafe eine Angelegnheit ist, die unter die Verfassungsbestimmungen betreffend die Immunität fällt. Diese Frage ist durch ein Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes in einem Analogen Fall im Jahre 1921 entschieden worden und an dieses Erkenntnis sind wir gebunden. Der Berichterstatter stellt schliesslich den Antrag, der Auslieferung des Abg. Geiger zuzustimmen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Sodann wird beschlossen eine neungliederige Kommission zur Vorberatung einer Novelle der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und einer Novelle der Gemeindewahlordnung für die Stadt Wien vorzunehmen, wozu Präs. Dr. Danneberg bekanntgibt, dass nach einer Mitteilung des Landeshauptmannes in allernächster Zeit dem Landtag zwei Gesetzentwürfe zugehen werden, die sich mit einer Novellierung der beiden genannten Gesetze beschäftigen.

In die Kommission werden gewählt von den Sozialdemokraten die Abg. Bermann, Bock, Danneberg,Hofbauer, Linder und Nowak von der Einheitsliste Gschladt,Kolassa und Wagner .

Damit ist die Tagesordnung der Landtagssitzung erledigt.

Schluss der Sitzung 17'2o Uhr.

398

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: KARL HONAY

179

III.Ausgabe

Wien, am 29. Mai 1931.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 29. Mai 1931.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17'3o Uhr die Sitzung. Der Bürgermeister erklärt zunächst : des schmerzlichen Verlustes den der Landtag und der Gemeinderat der Stadt Wien durch den Tod des Landtagsabg. und Gemeinderates Hans Binder erlitten hat ist schon in der vorangegangenen Landtagssitzung gedacht worden.

Der Bürgermeister [illegible] gibt sodann folgendes bekannt:Der GR.Ing. Dr.Hengl hat in der Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 193o die Gebarung im Weinlager der Lagerhäuser der Stadt Wien einer abfälligen Kritik unterzogen und schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung der Lagerhäuser erhoben. Seine Beschwerde beinhaltet kurz zusammengefasst den Vorwurf, dass in den städtischen Lagerhäusern die Zoll - und Steuervorschriften nicht eingehalten werden.Die Behauptungen des Herrn G.R.Ing. Dr.Hengl sind zum Gegenstand einer rigorosen Untersuchung gemacht worden. Der hierüber von der Direktion der Lagerhäuser erstattete Bericht, demzufolge die Beschwerde jeder Grundlage entbehrt, ist dem Herrn St.R.Kunschak zur Kenntnis gebracht worden und steht auch jederzeit dem Herrn Beschwerdeführer zur Einsicht offen. Damit das Bild, das man von der ganzen Sache erhält, nicht vielleicht als einseitig dargestellt erklärt werden kann, habe ich auch eine Aeusserung des Zolloberamtes einholen lassen.Diese Aeusserung lautet:" An die Lagerhäuser der Stadt Wien. Unter Bezugnahme auf die dortige Zuschrift vom 24. Februar 1931 wird mitgeteilt, dass in der Lagerung von Weinen im Zollager "Lagerhaus der Stadt Wien" die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der § 6 der Zollagerordnung, strikte eingehalten werden. Ein Anstand in der Gebarung mit diesen Weinen hat sich bis jetzt nicht ergeben. Aus dieser Aeusserung der Zollbehörde und aus dem Berichte der Direktion der Lagerhäuser geht eindeutig hervor, dass die Behauptungen des Herrn GR.Ing. Dr.Hengl vollkommen tatsachenwidrig waren. Es würde sich für ein Mitglied des Gemeinderates empfehlen, sich vor der Erhebung derart schwerwiegender Vorwürfe, insbesondere wenn es sich um Unternehmungen handelt, deren Ansehen und Ehre mit eine Basis des Unternehmens ist, etwas genauer über den Tatbestand zu informieren.Ich kann nicht umhin, die leichtfertige Beschwerdeführung des Herrn Gemeinderates Ing. Dr. Hengl zu rügen.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingegangen.

Ohne Debatte werden genehmigt:Der Ankauf von Grundstücken im X. Bezirk, in Kagran, in Mauer, Flächenwidmungs-und Bebauungspläne, die Bewilligung eines Ehrenpreises von 5oo Schilling für die Kunstgemeinschaft,von 1ooo Schilling für die "Wiener Sezession" und vön 5oo Schilling für den Künstlerbund Hagen, ferner die Errichtung eines Wohnhausbaues XV.,

Holochergasse, unter Inanspruchnahme der Bundeszuschüsse nach dem Wohnbauförderungs- und Mietengesetz mit einem voraussichtlichen Gesamterfordernis von Schilling, 1,375.627'27.

Folgende Anträge werden von der Tagesordnung abgesetzt:Der Magistrat wird angewiesen, den Vertrag über die Unterbringung von tuberkulosegefährdeten Wiener Kindern in der Waldschule Alland unverzüglich zu kündigen und der Magistrat wird angewiesen, den Vertrag über die Belegung des Rekonvaleszentenheimes Weidlingau Würzbachtal mit erholungsbdürftigen Wiener Kindern unverzüglich zu kündigen.

Ohne Debatte wird auch der Amtrag auf Genehmigung eines Sachkredites von 17o.ooo Schilling für die Umgestaltung der elektrischen Antriebe im Ofenhaus des Gaswerkes Simmering angenommen.

GR.Suchanek berichtet über den Ankauf des Hauses Lerchenfelderstrasse 79 und Tausch dieses Hauses gegen das Haus Lerchenfelderstrasse 81.

St.R.Kokrda beantragt eine formale Ab-änderung des Antrages hinsichtlich des Tauschübereinkommens der Gemeinde Wien mit den Besitzern des Hauses Lerchenfelderstrasse 81.Das Haus Lerchenfelderstrasse . 79 soll abgetragen werden und an seiner Stelle wollen die Besitzer des Hauses Lerchenfelderstrasse 81 einen Wohnhausbau mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung aufführen.Sollte hiefür der Bundeszuschuss nicht erreicht werden, so ist sowohl der Kauf als der Tausch gegenstandslos.

Der Antrag wird angenommen, wenn des Abänderungsantrag Kokrda,

GR.Beisser berichtet über die Errichtung eines Kaffeehauskioskes in der Gartenanlage vor der Votivkirche auf dem Freiheitsplatze gegenüber dem Hause Schottengasse lo.

GR.Stöger (E.L.) gibt der Befürchtung Ausdruck,dass dadurch das Bild der Anlage gestört werden würde.Die Anlagen sind der Erholung und der Gesundheit der Bevölkerung gewidmet,sie sollen daher ihren eigentlichen Zwecken nicht entzogen werden.(Beifall).

In seinem Schlusswort stellt der Referent fest,dass der Charakter der Anlage gewahrt bleibt,worauf der Antrag angenommen wird.

St.R.Prof. Tandler Berichtet über die Grundsätze für die Organisation der Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz.Die Sonderabteilung ist eine nicht öffentliche,an das Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz angeschlossene Sonderheilanstalt der Gemeinde Wien.Sie umfasst das Institut für Strahlentherapie,eine Heilanstalt mit einem Höchstbelagraum von loo Betten, von denen mindestens 7o Prozent für Unbemittelte bestimmt sind,und die notwendigen wissenschaftlichen Laboratorien.Das Institut ist zur Strahlenbehandlung von Pfleglingen des Krankenhauses Lainz und von ambulanten Patienten bestimmt, die Heilanstalt dient zur Aufnahme und Dauerbehandlung anstaltsbedürftiger Pfleglinge. In der Heilanstalt sind 3 Gebührenklassen vorgesehen:die allgemeine (III. Klasse) ist nur für Unbemittelte bestimmt; Bemittelte dürfen nur in die höheren Gebührenklassen (I.und II.Klasse) aufgenommen werden.Bei der Aufnahme

in die Sonderabteilung für Strahlentherapie und bei der Behandlung im Institut haben nach Wien zuständige Patienten den Vorzug.Die dem Institute für Strahlentherapie zur Verfügung stehende Radiummenge wird grundsätzlich nur in diesem Institute verwendet.Für besondere Fälle können jedoch Ausnahmen von dieser Bestimmung festgesetzt werden.Die derzeit im Röntgeninstitute befindliche Abteilung für Röntgentherapie wird an das Institut für Strahlentherapie angegliedert.

St.Rätin Dr. Motzko (E.L.) wendet sich neuerlich dagegen,dass die Sonderabteilung eine nicht-öffentliche ist.Der Zweck der Radiumabteilung kann nur erfüllt werden,wenn sie als öffentliche Abteilung geführt wird, wenn jeder,ob arm, ob reich, die Behandlung , die er notwendig hat,erlangen kann.In den Grundsätzen wird von dem Institut für Strahlenbehandlung und der Heilanstalt gesprochen.Ist das Institut ein Ambulatorium oder wollen Sie mit ihm eine Art Klinik schaffen? Wenn aus dem Institut eine Art Klinik werden sollte,müssten wir uns mit allem Nachdruck dagegen wenden,weil der Hauptzweck der Radiumabteilung,die Heilbehandlung,in den Hintergrund gedrängt werden würde.Die Rednerin verlangt schliesslich Aufklärung,warum nicht,wie seinerzeit vorgesehen,3500 Milligramm Radium bromid und 1500 Milligramm Radium sulfat angekauft wurden,sondern 4500 Milligramm Radium sulfat und nur 500 Milligramm Radium bromid.Am Schlusse ihrer Ausführungen erklärt St.Rätin Dr.Motzko,dass ihre Partei nicht in der Lage ist, für die Vorlage zu stimmen.(Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erwidert Prof. Tandler, dass weder Radium sulfat, noch Radium bromid,sondern Radium element gekauft wurde.Die Zahlung erfolgt erst nach Messung des Radiums durch das Radiuminstitut der Universität .Da die gesamte Montage mit sulfat gemacht wird,wurden 4500 Milligramm Radium sulfat und nur 500 Milligramm Radium bromid angekauft.Das entspricht auch den Erfahrungen der Fachleute.Im übrigen erklärt der Referent,dass Frau St.Rat Dr. Motzko keine Veranlassung zu irgendeinem Misstrauen haben könne.

Die Vorlage wird angenommen.

St.R.Weber berichtet über die Errichtung einer Wohnhausanlage in der Schüttelstrasse.Der Bau soll 228 Wohnungen enthalten;die Baukosten betragen voraussichtlich 3'73 Millionen Schilling.

GR.Körber (E.L.) verweist darauf,dass beim Bau in der Ybbsstrasse ebenfalls keine Einbauten vorgesehen waren,jetzt aber dennoch ein grösserer Raum für Parteizwecke der Sozialdemokraten verwendet wird.Ich hoffe,dass in der neuen Wohnhausanlage in der Schüttelstrasse jeder Raum nur für Wohnzwecke verwendet werden wird.Der Redner verlangt dann die Regulierung des Strassenterrains des Lassallehofes und führt über umfangreiche Strassenabsperrungen Beschwerde,die anlässich des Umbaues der alten Augartenbrücke durchgeführt worden.(Beifall).

Der Referent betont,dass alle Einbauten in den Plänen eingezeichnet sind.Wenn ein Plan geändert werden soll,so beschäftigt dies je nach der Kompetenz entweder den Gemeinderat oder den zuständigen Ausschuss.

Die Vorlage wird angenommen.

St.Weber berichtet über die Errichtung einer Wohnhausanlage in der Hagengasse mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung.Gemäss dem Bauentwurf sollen 115 Wohnungen,ein Geschäftslokal und 1 Werkstätte geschaffen werden.Das Gesamterfordernis einschliesslich des Grundwertes beträgt 1'86 Millionen Schilling.

StR.Biber (E.L.) erklärt, dass sich eine Wohnung in diesem Bau auf 17400 Schilling stellen wird.Bei der Wohnhausanlage in der Holochergasse,die ebenfalls die Gemeinde aufführt,stellt sich eine Wohnung auf 15700 Schilling.Das ist ein Unterschied von fast 15 Prozent.Der Preis von 17400 Schilling ist sehr hoch.Der Redner richtet an den Referenten die Anfrage, wieso in dem einen Gemeindebau eine Wohnung 15700 und in einem anderen Gemeindebau eine Wohnung 17400 Schilling kostet,wenn dazu noch fast die gleichen Verhältnisse vorliegen.Er verweist auf die schwierige Lage,in der sich der Holzmarkt befindet,und verlangt,dass im letzten Stockwerk der Gemeindebauten statt Betondecken Holzdecken ausgeführt werden.

In Friedenszeiten ist selbst bei den vornehmsten Palästen zur obersten Gleiche Holz verwendet worden.St.R.Biber beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Rede des Stadtrat Weber nach einem Bericht der Arbeiter Zeitung vor der englischen Studienkommission für den Städtebau gehalten hat.Er hat unter anderem dort behauptet, dass die Wiener Wohnbaupolitik volle Anerkennung finde. Dass den Engländern die Architektonik der Wiener Wohnhaus bauten gefallen haben wird, glauben wirschon, denn unsere Architekten vollbringen hier wirklich erstklassige Leistungen. Aber wir bezweifeln, dass die Engländer mit der Wohnbaupolitik der Gemeinde einverstanden sein könnten.Bekanntlich hat ja vor einiger Zeit der englische Staatskanzler erklärt, so reich sei England nicht, dass es die Wege der Wiener Wohnbaupolit gehen könne.Auch dass die Engländer mit der Aeusserung des St.R.Weber,einverstanden gewesen sind, dass anstelle des einzelnen Bauherren die Gesamtheit der Bevölkerung treten müsse, glauben wir nicht.[illegible] M Sie behaupten ja immer,dass Sie die breite Masse der Bevölkerung [illegible] zur Steuerzahlung nicht heranziehen. Bauherr ist aber auf der ganzen Welt derjenige, der zahlt.Vom Gesichtspunkt des Ansehens der Gemeinde Wien möchten wi den St.R.Weber bitten, bei Reden aus solchen Anlässen streng sachlich zu bleiben.Es wäre viel notwendiger,dass St.R.Weber dem Gemeinderat volle Aufklärung darüber gebe, in welchem Masse die Gemeinde heuer beim Bau von Wohnungen gehemmt ist(Lebhafter Beifal, bei der E.L.)

St.R.Weber stellt zunächst fest,dass die vom St.R.Biber errechnete Baukostensumme von 17400 Schilling für den einen Bau den Tatsachen nicht entspreche, dass die Baukostensumme in diesem Falle vielmehr 16000 Schilling betrage, also nur um ein unwesentliches höher sei als in dem anderen Fall.Die Frage, ob Holzdecken verwendet werden sollen, wurde überall studiert, man ist aber überall zur Ueberzeugung gekommen, dass die Betondecken sowohl im Bezug auf ihre Bestandsdauer wie auf die Feuersicherheit den Holzdecken vorzuziehen ist, wozu noch kommt, dass es kaum möglich ist,

so grosse Mengen getrockneten Holzes zu bekommen, wie die die Gemeinde braucht. Wenn St.R. Biber bezweifelt, dass unsere Wohnbautätigkeit anderwärts Anerkennung findet, so kann ich ihm das über Wunsche mit zahlreichen schrifllichen Zeugnissen belegen. Wien ist heute tatsächlich das Mekka der internationalen Bauwelt geworden. Es vergeht nahezu keine Woche, in der nicht hervorragende Baufachleute und Wohnungspolitiker zu uns zu Studienzwecken kommen. Eben erst ist die englische Studiengesellschaft abgereist und morgen kommt der Stadtbaudirektor von Manchester mit seinen Fachleuten und einigen Politikern zu uns, um unsere Wohnbauten zu studieren. Ja man kommt nicht nur zu Studienzwecken zu uns, man ahmt uns auch nach. In England gibt es eine ganze Reihe grosser Städte, wo es ebensowenig wie in Wien eine private Bautätigkeit gibt. Es bauen dort nicht nur die Gemeinden, sie verwalten auch die Objekte und reparieren die Häusern in eigener Regie. Das Prinzip, das wir in Wien durchgeführt haben, hat sich fast in ganz Europa Geltung verschafft, und zwar sagt dem Ausland nicht nur die Architektonik unserer Bauten, sondern auch unsere Finanzpolitik zu. Was schliesslich unser Wohnbauprogramm betrifft, so werden wir die 30.000 Wohnungen vollenden und die im Budget des heurigen Jahres für den Wohnhaus bau eingesetzten 90 Millionen werden restlos ausgegeben werden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St.R. Biber (E.L.) stellt gegenüber der Bemerlung des St.R. Weber, dass Holzdecken eine geringere Bestandsdauer hätten als Betondecken fest, dass es in Wien tausende und abertausende Quadratmeter Holz gibt, die einen hundertjährigen Bestand haben, während keine einzige Betondecke eine solange Bestandsdauer hat. Es ist auch nicht richtig, dass es bei uns zu wenig trockenes Holz gibt, richtig ist, dass es kein nasses Holz gibt, da sämtliche Sägewerke infolge der Stockung des Holzgeschäftes überbevorrätet sind. Dass in Oesterreich erzeugte Bauholz ist vollkommen einwandfrei.

Der Referentenantarg wird angenommen.

St.R. Weber berichtet über das Uebereinkommen mit der Gesiba bezüglich des Siedlungsbauprogrammes 1931.

GR. Ulbreich (E.L.) bemerkt, dass im Gegensatz zu den Wohnhausbauten bei den Siedlungen die Kosten der Strassenherstellungen auf die Kosten der einzelnen Wohnungen umgerechnet werden müssen. Die Gemeinde schämt sich nicht einmal sich die Kosten für die Instandhaltung der Strasse und für die Beleuchtung von den Siedlern bezahlen zu lassen. Hat St.R. Weber das auch den Engländern gesagt? Oder hat man den Engländern erzählt, dass Wien für die genossenschaftliche Bautätigkeit nicht einen Groschen aufwandet?

Vor Jahren hat man auf dem Gebiete der Förderung der genossenschaftlichen Bautätigkeit einen bescheidenen Versuch gemacht.Bei diesem ist es leider geblieben.Der Redner beschwert sich dann darüber,dass die Siedler für die Beleuchtung der Strassen in den Siedlungen aufkommen müssen,auch wenn solche Strassen eine öffentliche Notwendigkeit sind.Er stellt den Antrag auf Uebernahme der Beleuchtungsanlagen in den Wiener Siedlungen und durch die Gemeinde Wien,die künftig die Kosten für den Betrieb und die notwendige Ausgestaltung der Beleuchtungsanlagen zu tragen hat.Ein Eventualantrag des GR.Ullreich geht dahin,die Gemeinde solle die Kosten für die Beleuchtung der Hauptdurchzugstrassen in den Siedlungen übernehmen und d n Siedlern für die Beleuchtung der Wohnstrassen eine 5oprozentige Ermässigung des Strompreises einräumen.(Beifall).

St.R.Kabrhak (E.L.)erwidert auf die Ausführungen des Stadtrates Weber,dass es wertvoll wäre,den ausländischen Experten auch die stenographischen Protokolle des Gemeinderates zur Verfügung zu stellen,damit sie ein wirkliches Bild gewinnen.Stadtrat Weber nimmt das rein Technische her und leitet davon die Bewunderung der Ausländer für die Wiener Wohnbaupolitik ab.Dass die Wiener Wohnhausbauten architektonisch mehr oder minder gut sind,darüber besteht kein Streit.Es gibt Bauten im geschlossenen Gebiet,von denen man sagen muss,dass die Architekten kein Gefühl für das Stadtgebiet haben.Ein Beispiel dafür ist der Bau in der Wickenburggasse.Dagegen gibt es wieder sehr gelungene Bauten im unverbauten GebietIm freien Gelände sind die Grundrisslösungen gut,aber im verbauten Gebiet versagt Ihre Kunst.Wir werden darüber nie einig werden,da ja unter den Künstlern selbst verschiedene Kunstrichtungen bestehen;was dem Einen gefällt,findet der Andere abscheulich.Der Redner verweist dann auf die Wohnbauverhältnisse in Deutschland und bemerkt,dass man sich im Reich nunmehr auf die 32 Quadratmetertype festgelegt hat,weil einmal die Wirtschaftsnot eine ungeheure ist und weil man draussen den Mut hat,auszusprechen,dass das Volk auch in seiner Bauweise nicht über seine Verhältnisse leben soll.Früher man im Reich Wohnungen mit 5o Quadratmeter gebaut.Wenn für den Bau öffentliche Mittel in Anspruch genommen wurden,mussten grössere Wohnungen mit einem Badezimmer, kleinere Wohnungen mit einer Badenische eingerichtet werden.Der Bedarf an grossen Wohnungen ist jetzt im Reich vorbei und man trägt den nun gegebene Verhältnissen Rechnung.Wenn man nun jetzt die Wiener Bauten nachmacht,so ist das für uns gar nicht schmeichalhaft,sondern nur der Beweis,wie rückständig wir noch sind.Wenn gesagt wird,dass auch England Wohnkasernen baut,so muss festgestellt werden,dass Zinskasernen in England nur als Notstandsmassnahmen gedacht sind.Ein entscheidendes Merkmal für die Wohnbaupolitik ist aber die Finanzierung und man hat uns noch nicht bewiesen, dass die Wiener Finanzierungsmethode irgendwo anders massgebend ist. Wohin wir mit dieser Finanzierung aus Steuergeldern gekommen sind, zeigt sich ja jetzt.In einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates hat St.R.Weber sein feierliches Versprechen, dass in diesem Jahre über 6ooo Wohnungen erbaut werden sollen, ganz eindeutig zurückgenommen. Und tatsächlich ist in diesem

Jahres bis zum heutigen Tage noch nicht ein einziger Wohnbau dem Gemeinderat vorgelegt worden, der nach dem alten System gebaut würde.Die Wohnhäuser, die jetzt gebaut werden, werden ausschliesslich auf Grund der Bunddswohnbauförderung gebaut.Das zeigt,dass Sie auf Grund der alten Finanzierungsmeth de nicht mehr bauen können, weil es offenbar der Finanzreferent nicht erlaubt.Die Wohnbautätigkeit ist also faktisch auf die Wohnbautätigkeit auf Grund der Wohnbauförderung eingeschränkt, das heisst in Wirklichkeitnwird die Gemeinde in diesem Jahre nur 3'4 Millionen für Wohnhausbauten ausgeben. Das ist der treffendste Beweis für die Richtigkeit unserer Argumente gegen Ihre Finanzierungsmethoden.Solange das Wiener Wirtschaftsleben alle diese Abzapfungen von Steuern ertragen konnte, hat Ihre Finanzierungsmethode bei der Wohnbaupolitik gehalten. Jetzt, wo die Wirtschaft die Steuern nicht aufbringen kann, sind Sie auch mit Ihrer Wohnbaupolitik fertig. Hätten Sie eine Anleihe in grösserem Umfange aufgenommen, so könnten Sie nicht nur über diese Zwangslage hinwegkommen, sondern auch die Wirtschaft befruchten.Ueber diese Dinge werden Sie mit den englischen Deputationen nicht gesprochen haben.Die englische Deputation wird nicht wenig darübergestaunt haben, wenn sie einerseits den Bericht über die gestrige Nationalratssitzung gelesen und dagegen die Bemerkung des St.R.Weber gehalten hat, die er vor dieser Deputation gemacht hat,es werde so weiter gebaut werden wie bisher. Man weiss nicht, was man mehr bewundern soll: die Sorglosigkeit oder die Kühnheit, mit der der Referent solche Aeusserungen macht [illegible] die dem Sachverhalt nicht entsprechen.(Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St.R.Breitner bemerkt, es entspreche dem Wesen der Privatwirtschaft, dass Bauten aus Anleihen, aus Hypotheken hergestellt und die Wohnungen so vermietet werden, dass die aufgewendeten Kapitalien ihre Verzinsung finden.In jenen Ländern, in denen der Mieterschutz aufgehoben oder wie in Deutschland wesentlich gelockert worden ist, war es auch möglich diesen Weg zu gehen.Nur ist die Frage, welchen Teil des Einkommens der deutsche Arbeiter und Angestellte für die Wohnung verwenden muss.(Beifall bei der Mehrheit). Wenn die ausländischen Studienkommissionen ihre Bewunderung äussern so nicht deswegen allein,weil die nun erbauten Wohnungen wesentlich besser sind als die in ihren eigenen Ländern,Denn wir haben ja in Wien einen ganz erschreckenden Tiefstand der Wohnkultur gehabt.Nahezu 73 Prozent aller Wiener Wohnungen waren Kleinewohnungen und im Durchschnitt sind auf einen Wohnraum in Wien 4'3 Bewohner entfallen.Die Entwicklung die sich da in der Wohnkultur vollzogen hat ist eine ganz ungeheuerliche.Rund 8o Prozent der Wohnungsn hatten im Jahre 1913 weder Gas noch Elektrizität.Während es heute kaum eine Wohnung ohne Gas oder elektrisches Licht gibt.Wenn man nun den ausländischen Gästen zeigt, dass ein Volk, das im Kriege und durch den Friedensvertrag so schrecklich misshandelt worden ist, imstande ist, etwas so wesentlich Besseres zu schaffen als es früher war, wird das natürlich anerkannt.(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).Es wäre eigentlich gar nicht überraschend, wenn aus der Tatsache des wirtschaftlichen Niederganges, den wir jetzt erleben und der sich für die Gemeinde in verringerten Steuerleistungen und

andererseits in erhöhten Leistungen für Wohlfahrtszwecke ausdrückt, die Folgerung abgeleitet werden würde,dass die Wohnbautätigkeit eingeschränkt wird. Ich stelle aber ausdrücklich fest, dass das bisher nicht geschen ist und dass wir alle erdenklichen Anstrengungen machen, um das zu vermeiden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).Wenn GR.Kunschak sagt, die ganze Wohnbautätigkeit der Gemeinde für das Jahr 1931 bestehe in den mit Bundeswohnbauförderung erbauten Häusern, so ist das nicht richtig.Wir haben aus dem Vorjahre eine ungewöhnlich grosse Anzahl von Bauten in den verschiedenen Stadien der Vollendung in das heurige Jahr herübergenommen,da es natürlich nicht möglich ist, jedes Jahr 6ooo Wohnungen zu beginnen und sie in demselben Jahr auch fertigzubringen.So kommt es,dass in dem einen Jahr eine grössere Zahl von Bauten neu begonnen wird, und dass dann ein Jahr folgt, in dem es mehr Vollendungsarbeiten und eine geringere Anzahl von Inangriffnahmen gibt.Am 31. Dezember 1931 waren nun mehrere tausende Wohnungen in verschiedenen Vollendungsstadien und die Organe des Stadtbauamtes haben festgestellt, dass zur Fertigstellung dieser angefangenen ohnungen noch rund 64 Millionen Schilling erforderlich sein werden.Von dem im Budget enthaltenen Betrag musste diese Summe für die Vollendungsarbeiten beiseitegelegt werden. Wir haben den absoluten Vorsatz, bis Ende d.J. alle im Budget vorgesehenen Beträge auszugeben. Im nächsten Jahr werden dann eben mehr Bauten begonnen werden können.Dass wir neben den 2ooo mit Bundeswohnbauförderung zu erbauenden Wohnungen nich auch noch unser ganzes Wohnbauprogramm durchführen,sondern diese 2ooo Wohnungen in das Wohnbauprogramm einbeziehen, ist die Folge der Abgabenteilung.Aber man darf sich über den Effekt nicht täuschen.Wäre die Abgabenteilung nicht gekommen, so hätten wir die 2ooo Wohnungen auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes nicht zugewiesen erhalten, wir hätten sie aus eigenen Mitteln erbauen müssen und es wäre kein Arbeiter mehr beschäftigt gewesen als heute.Wir haben die feste Absicht den Weg, den wir bisher gegangen sind, weiterzugehen.Hätten wir Ihren Ratschlägen gefolgt, so würden wir heute überhaupt nicht mehr bauen können(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit), Denn auf dem Wege der Anleihe würden wir heute bei einer Summe von 7oo Millionen Schilling stehen und ganz abgesehen davon, ob es der Gemeinde gelungen wäre eine Anleihe in einem solchen Ausmass zu bekommen, müssten wir, wenn wir nur 8 Prozent für die Amortisation und Verzinsung berechnen, mindestens 56 Millionen für Verzinsung und Amortisation ausgeben.Und bei dem Tiefstand der Löhne, die wir in Oesterreich haben, wäre die Folge, dass tausende von Wohnungen leerstehen würden. Wenn man also das Ziel verfolgt, dem Menschen eine Wohnung zu geben, die sie noch bezahlen können und die sie nicht durch Einschränkung ihrer wichtigsten Lebensbedürfnisse bezahlen müssen, so ist das System das einzig mögliche, dass man sich nicht in diese Zinsenschuld begibt.Wir sind bisher auf diesem Gebiete schuldenfrei geblieben und das allein gibt uns schon die Gewissheit, dass die Wohnbautätigkeit nicht zu Ende sein kann.Wir sind aber auch fest entschlossen, die Wohnbautätigkeit auch nach der bisherigen Finanzierungsmethode fortzusetzen.Wir haben in Wien eine erschreckend hohe

Zahl von schlechten unhygienischen Wohnungen, von Wohnungen die Kellercharakter haben, von Wohnungen, indie nicht ein einziger Sonnenstrahl dringt. Wir haben hier also noch ungeheuerlich viel Arbeit zu leisten. Wir müssen an dem Mieterschutz viel eher festshalten als alle anderen Länder, weil das Lohnniveau bei uns ein so ausserordentlich gedrücktes ist. Wir wissen nicht, welche Wirtschaftsnöte noch über dieses Land und über ganz Europa kommen werden und es sind heute die Anzeichen überaus düstere. Wir haben in dieser Stadt nie mit einem rosenroten Optimismus verwaltet, aber mit der Zuversicht, dass diese Stadt ihre innere Lebensfähigkeit in sich trägt. Wenn man an dieser Stadt nicht verzweifelt, wenn man in Wien nicht eine Stadt sieht, die verurteilt ist, zu verdorren, sondern eine Stadt, die sich besser behauptet hat, als man in den Jahren 1918 und 1919 hoffen durfte, müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen, dass sich die Stadt weiter behauptet, und diese Voraussetzungen sind, dass man den Menschen, die hier leben, und den Kindern, die hier heranwachsen, bessere und gesündere Wohnungen gibt. Ob das das Ausland bewundert oder nicht, ist das minder Wesentliche. Dass in Zeiten der Not ein Fortschritt erzielt werden kann, ist ein Beweis für die Lebenskraft dieser Stadt und darum glauben wir , dass wir an unserer Methode im Interesse der Stadt Wien festhalten müssen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St.R. Kunschak refloktiert auf die Ausführungen des St.R. Breitner. Er verweist darauf, dass es Fortschritte gibt, die sich naturgemäss ergeben. So ist das auch bei der Wohnkultur, weshalb man nicht behaupten darf, dass das, was sich heute in Wien als Wohnkultur darstellt, ein Erfolg der sozialdemokratischen Verwaltung ist. Die Mitteilung des St.R. Breitner, dass von den 90 Millionen Schilling für das Jahr 1931 schon 64 Millionen vorweggenommen sind, hat mich erschüttert. Es sind also für das laufende Jahr nur mehr 26 Millionen für die Bautätigkeit verfügbar, ein Beweis, welcher gewaltige Rückstand beim Wohnbauprogramm in finanzieller Hinsicht aufgelaufen ist. Zur selben Zeit, als man bei der Budgetaufstellung festgestellt hat, dass für Zahlungen 1930 ein Rückstand von 64 Millionen da ist, hat St.R. Weber im Gemeinderat erklärt, dass über 6000 Wohnungen im heurigen Jahr gebaut werden. Man muss also Weber über die Finanzlage hinsichtlich des Wohnbauprogrammes vollkommen im Unklaren gelassen haben. Die zweite Tatsache ist, dass hier im Gemeinderat feierlich erklärt wurde, dass die Bauten mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung ein Plus zum Programmsind. Heute stehen wir nun nur mehr beim Plus , die Grundzahl aber ist verlorengegangen. Was die Opposition bekämpft, ist nicht, dass überhaupt gebaut wird, ist nicht, dass weiter gebaut wird, sondern ist der Umstand, dass die ganze Bautätigkeit zu einer Aufgabe der Gemeinde gemacht wurde und dass jede andere Bautätigkeit von der Gemeinde unterbunden wird, so auch die genossenschaftliche Bautätigkeit. Wenn Siedler von der Genossenschaft ein Haus übernehmen, wird das vom städtischen Finanzreferat als Häuserverkauf gewertet. Wenn Sie die private Initiative und den privaten Opfergeist mobil machen, werden Sie rascher zu dem

von uns allen gewünschten Ziele kommen,nämlich der Verbesserung der Wiener Wohnverhältnisse und der Beseitigung des Wohnungselendes.(Beifall).

St.R.Breitner entgegnet,St.Kunschak befinde sich in einem Irrtum, wenn er meint,dass es sich bei den 64 Millionen um Barrechnungen für Leistungen 1930 handle.Das ist nicht der Fall;es handelt sich um Leistungen, die vom 1.Jänner d.J. an vollbracht werden.Die 64 Millionen Schilling also sind keine Rückstände.Es ist auch nicht so,dass wir heute nur mehr über 26 Millionen Schilling verfügen,im Gegenteil,wir werden die ganze Budgetsumme verbauen.Der Vorwurf,dass wir die private Bautätigkeit unterbinden, ist ein Unrecht.Wir haben die Heimbauhilfe gegründet und hiefür Millionen von Schilling zur Verfügung gestellt.Alle Wohnhausbauten sind von der Wohnbausteuer befreit,wir haben Bauten, die mit Bundeswohnbauhilfe errichtet werden,von den Anliegerbeiträgen befreit,wir vergeben Baurechte,wobei die Gemeinde bei Hypotheken sogar noch die Haftung übernimmt.Was die Baugenossenschaften anlangt,verstehe ich unter einer Baugenossenschaft eine Dauergemeinschaft.Wenn dann nach dem Bau eine Aufteilung erfolgt,der genossenschaftliche Gedanke verschwindet,dafür ist allerdings im Wertzuwachsabgabegesetz keine Vorsorge getroffen. St.R.Breitner stellt schliesslich fest, dass er immer die grossen Leistungen der christlichsozialen Zeit,die Ueberführung der Gas- und Elektrizitätsbewirtschaftung aus den Händen des Privatkapitals in die des Gemeinwesens anerkannt habe. Wir verlangen von Ihnen, dass Sie unsere Leistungen mit der gleichen Objektivität beurteilen. Wir sind eben der Meinung, dass die Beistellung der Wohnungen mit zu den Pflichten des Gemeinwesens gehört(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR.Ullreich (E.L.) bemerkt,er könne von seiner Feststellung nichts zurücknehmen, dass die Gemeinde der genossenschaftlichen Bautätigkeit feindselig gegenüberstehe. Ein paar Beispiele! Der Baugenossenschaft, deren Obmann er sei, ist die Fürsorgeabgabe vorgeschrieben worden, obwohl von dieser Abgaben nicht auf Gewinn berechnete Genossenschaften ausgenommen sind.Oder die Befreiung von der Wohnbausteuer ist für eine Genossenschaft solange ausgeschlossen, als sie aus Bundesmitteln Kredithilfe bekommt(Hört!Hört! bei der E.L.)Auch die Befreiung von den Anliegerbeiträgen die den Genossenschaften gewährt wird, ist kein Opfer,da die Genossenschaft alles und die Gemeinde gar nichts leistet.Für die Uebergabe des von der Genossenschaft erbauten Siedlerhauses an den Siedler muss eine Wertzuwachsabgabe von 2000 bis 3000 Schilling gezahlt werden(Hört!Hört!bei der E.L.) Unser Vorwurf ist daher voll berechtigt, dass die Gemeinde den Baugenossenschaften feindselig gegenüberstehe.(Beifall bei der E.L.)

St.R.Weber wendet sich entschieden gegen die Behauptung , dass die Gemeinde mit dem Wohnbauprogramm im Verzug sei, und stellt nochmals fest dass am 1.Mai d.J. 7.765 Wohnungen, und zwar auf 50 Baustellen im Bau waren.Die Anträge Ullreich schlägt er vor, dem Wohnungsausschuss zuzuweisen, indem er darauf hinweist, dass die Siedlungsgenossenschaften in keiner Weise schlechter behandelt werden als jeder Bauherr.Der Erfolg unserer Wohnbaupolitik ist,dass unsere Mieter nicht 25 Prozent,sondern nur 6 bis 8 Prozent für ihre Wohnungen von ihrem Einkommen für die Miete zahlen müssen,dass also auch der Aermste in der Lage ist, sich eine Wohnung halten zu können(Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen,die Anträge Ullreich dem Gemeinderatsausschuss IV zugewiesen.

Hierauf wird noch ein Antrag betreffend den Neubau der Radmannsdorfgasse und der Gasse II in der Siedlung Lockerwiese ohne Debatte angenommen.

Schluss der Sitzung 22'15 Uhr.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Bogenabfertigung 22'25 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

180

Wien, am 30. Mai 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Förderung des Badens und Schwimmens der Jugend in Wien.

Gewährung von Begünstigungen für die Schuljugend in städtischen Bädern.

Seit einer Reihe von Jahren gewährt die Gemeinde Wien der Schuljugend weitgehende Begünstigungen beim Besuche städtischer Badeanstalten und beim Schwimmunterricht in solchen Anstalten. In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, auch heuer wieder die Begünstigungen für die Jugendlichen, namentlich für die Wiener Schuljugend, wiedereinzuführen. Derzeit bestehen 58 städtische Badeanstalten, die Schulkinder entweder unentgeltlich benützen können oder in denen sie nur sehr niedrige Preise zu entrichten haben. Unter Mitwirkung der Schulbehörden und der verschiedenen Jugendfürsorgevereine können tausende Kinder unentgeltlich Bade- und Schwimmunterricht erhalten. Die Badeanstalten, in denen Jugendlichen besondere Begünstigungen zugebilligt werden oder die frei benützt werden können, sind die Brausebäder in der Leopoldstadt, Vereinsgasse 31, auf der Landstrasse, Apostelgasse 18, auf der Wieden, Klagbaumgasse 4, in Margareten, Einsiedlerplatz 18, in Mariahilf, Esterhazygasse 2, auf dem Neubau, Hermanngasse 28, in der Josefstadt, Florianigasse 24, auf dem Alsergrund, Wiesengasse 17, in Favoriten, Gudrunstrasse 163a, und in den Brauseabteilungen zweiter Klasse des städtischen Amalienbades, in Simmering, Geiselbergstrasse 54, in Meidling, Ratschkygasse 26, in Hietzing, Hütteldorferstrasse 136, in Rudolfsheim, Heinickegasse 3, in Fünfhaus, Reithofferplatz 4, in Ottakring, Friedrich Kaisergasse 11, in Hernals, Gschwandtnergasse 62, in Währing, Klostergasse 27, in der Brigittenau, Treustrasse 60, und in Floridsdorf, Kretzgasse 5 und Gennoplatz 11, weiters die Hallenschwimmbäder "Amalienbad" und "Jörgerbad", die Strombäder "Aspernbrücke","Kuchelau" und "Nussdorf", die Strandbäder "Gänsehäufel","Alte Donau", "Angelibad", "Stadlau" und "Am Roller",die Schwimm-, Sonnen- und Luftbäder "Theresienbad","Krapfenwaldl","Hütteldorfer Voll-und Schwimmbad", "Hohe Warte","Baumgartnerbad", "Ottakringer Bad" und "Kongressplatz" und schliesslich die Kinderfreibäder "Franz Josefs-Kai","Augarten", "Arenbergpark","Margaretengürtel",Neubaugürtel","Schweizergarten","Arthaberplatz", "Simmeringer Park", "Herderplatz","Ruckergasse", "Hietzing","Hütteldorf", "Reinlgasse", "Vogelweidplatz", "Galitzinberg", "Kongressplatz", "Hofferplatz", "Lorenz Bayerplatz", "Pezzlpark","Türkenschanzpark","Hartäckerpark", "Engelsplatz" und "Am Roller".

409

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt — Wien, am 30. Mai 1931.

Sonntag Eröffnung der Kinderfreibäder.

Mit Rücksicht auf das andauernde Schönwetter werden die städtischen Kinderfreibäder - den Wiener Kindern stehen heuer 22 Kinderfreibäder zur Verfügung- morgen, Sonntag, eröffnet. Die Kinder können in den städtischen Kinderfreibädern täglich von 10 Uhr bis 12 Uhr und von 13 Uhr bis 18 Uhr vollkommen unentgeltlich baden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Adaptierung und Neueinrichtung städtischer Leichenkammern.

Von den Leichenkammern, die zur Beisetzung unversargter Leichen dienen, ist bisher die Leichenkammer in der Dresdnerstrasse mit Vitrinen und einer Entlüftungsanlage ausgestattet worden. Nunmehr ist beabsichtigt, auch die Leichenkammer in der Gudrunstrasse, in der unversargte Leichen aus den Bezirken Wieden, Margareten, Mariahilf und Favoriten zur Beisetzung kommen, in gleicher Weise wie die Leichenkammer in der Dresdnerstrasse auszustatten. Durch Umlegen einer Holzwand, die den Beisetzraum vom Aufbahrungsraum trennt, soll der Beisetzraum zu einer den Anforderungen entsprechenden Leichenkammer vergrössert werden. Die Aufbahrung der Leichen wird in Zukunft in den Aufbahrungsräumen der Friedhöfe erfolgen, in denen die Leichen beerdigt werden. Da in der Leichenkammer in der Gudrunstrasse manchmal auch gleichzeitig sechs unversargte Leichen beigesetzt werden, sollen sechs Vetrinen aufgestellt werden, die mit einer Entlüftungsanlage versehen sind. Die Kosten des Umbaues und der Neueinrichtung der Leichenkammer betragen rund 26.ooo Schilling.

Nichtinfektiöse Leichen aus den Bezirken Alsergrund, Währing und Döbling und infektiöse Leichen aus den Bezirken Innere Stadt, Leopoldstadt, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Währing, Döbling und Brigittenau werden in der Leichenkammer in der Senperstrasse beigesetzt. Die Beisetzräume in dieser Leichenkammer , in der grösstenteils unversargte Leichenbeigesetzt werden, entsprechen nicht mehr den modernsten hygienischen Anforderungen und sollen daher ebenfalls mit Vitrinen und Entlüftungsanlagen versehen werden. Ausserdem soll durch Adaptierung ein angemessener Aufbahrungs- und Trauerraum geschaffen werden. Die Kosten für die Ausgestaltung der Leichenkammer in der Semperstrasse betragen rund 29.ooo Schilling.

In seiner letzten Sitzung hat der zuständige Gemeinderatsausschuss die Adaptierung der beiden Leichenkammern und die Einrichtung von Vitrinen mit Lüftungsanlagen bereits beschlossen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-